



# SCHUFA Kredit-Kompass 2011

Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland

Finanzmanagement im Privathaushalt

Wir schaffen Vertrauen

**schufa**





# SCHUFA Kredit-Kompass 2011

Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland

Finanzmanagement im Privathaushalt

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	4
<i>Dr. Michael Freytag</i>	
<b>SCHUFA Holding AG</b>	5
<b>1 Ergebnisse im Überblick</b>	6
<b>2 Finanzen früher und heute</b>	10
<b>Sechs Jahrhunderte öffentliche und private Haushaltsplanung</b>	
<i>Reinhard Schlieker</i>	
Lang ist's her ... Finanzen bis zum 19. Jahrhundert	10
Schneller, höher, weiter. Wandel des Geld- und Kreditwesens	11
Spare, dann hast du in der Not – denkste! Kriegsjahre und Inflation	11
Das Wunder. Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg	12
Die neue Unübersichtlichkeit. Notwendigkeit zur eigenverantwortlichen Finanzplanung	12
Im Kleinen beginnen. Wirtschaften im Alltag und zu Hause	13
<b>3 Wandel der Alltags- und Lebensökonomie</b>	14
<b>Eine Betrachtung anhand ausgewählter quantitativer Indikatoren und Fallbeispiele</b>	
<i>Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky und Birgit Bürkin</i>	
Einführung und Überblick	14
Haushalts- und Lebensformen	16
Beruf und Erwerbstätigkeit	20
Formen des Lebensunterhalts	25
Waren und Dienstleistungen für den privaten Konsum	26
Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge	28
Individuelle und gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten	29
Literatur und Quellen	30
<b>4 „Planen muss man als Familie neu lernen“</b>	31
<b>Ein Interview über Finanzen und Budgetplanung in Familien</b>	
<i>mit Prof. Dr. Stefanie Bödeker</i>	

<b>5 Finanzmanagement in deutschen Haushalten</b>	34
Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung	
<i>Dr. Annika Ollrog</i>	
Werthaltungen zu Geld	34
Kauf- und Sparverhalten	38
Finanzwissen	42
Handlungskompetenzen und Managementfähigkeiten	46
Abschließende Bewertung	52
Datengrundlage und Methodik der Befragung	54
<b>6 Private Kreditaufnahme in Deutschland</b>	56
Repräsentative Auswertungen auf Basis der SCHUFA-Daten	
Einleitung	56
Trends der privaten Kreditaufnahme	56
Entwicklung von Zahlungsstörungen	60
Zahlungsstörungen im regionalen Vergleich	63
Risiken der privaten Kreditaufnahme	67
Fazit	73
<b>7 Hilfen für das Finanzmanagement</b>	80
Ausgewählte Software zur Haushaltsbuchführung	80
Literatur zum privaten Finanzmanagement	84
<b>Glossar</b>	88
<b>Anhang</b>	91
SCHUFA macht Schule	91
SCHUFA Verbraucherbeirat	92
SCHUFA Kredit-Kompass	93
Studien in der Wissenschaftsreihe SCHUFA Kredit-Kompass	94
Abkürzungsverzeichnis	97
Abbildungsverzeichnis	98
Fragebogen der Bevölkerungsbefragung	100
Impressum und Kontakt	104

# Vorwort

## Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,



der diesjährige „Kredit-Kompass“ steht ganz im Zeichen des privaten Haushaltes als kleinster wirtschaftlicher Einheit. Im Jahr 2010 machte die private Nachfrage 58 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Der Konsum der privaten Haushalte ist damit ein wesentlicher Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und ein wichtiger Motor des Wirtschaftshandelns.

Private Haushalte konsumieren aber nicht nur, sie produzieren auch und investieren – ähnlich wie Unternehmen. Und wie Unternehmen müssen auch Haushalte wirtschaftlich handeln. Einen Haushalt „gut“ zu führen bedeutet daher mehr, als für den täglichen Bedarf einzukaufen, das Heim in Schuss zu halten oder die Familienangehörigen zu betreuen. Es gilt, die richtigen Geschäftspartner z.B. für die Energieversorgung, die Telekommunikations- oder Versicherungsdienstleistungen auszuwählen. Finanzen sind mittel- und langfristig zu planen, Haushaltsbudgets für die alltäglichen Ausgaben zu erstellen und diese zu kontrollieren.

Das Führen eines Haushaltes ist somit eine komplexe organisatorische und wirtschaftliche Herausforderung, deren Anforderungen mit zunehmender Entscheidungsdichte steigen.

Zu den Entscheidungsoptionen eines privaten Haushaltes gehört die Finanzierung. Manchmal ist diese eine unausweichliche Entscheidung, wenn beispielsweise notwendige Reparaturen anstehen oder nur die Ratenzahlung eine Neuanschaffung möglich macht.

Sowohl die Analysen der SCHUFA-Daten als auch eine repräsentative Bevölkerungsbefragung lassen den Schluss zu, dass private Haushalte durchaus geplant und umsichtig mit ihren Finanzen umgehen. Dennoch zeigen die Veränderungen der Alltags- und Lebensökonomien, dass die Anforderungen an das private Finanzmanagement steigen. Dies wird auch von einem großen Teil der Haushalte so empfunden. Insbesondere junge Erwachsene geben an, dass es zunehmend kompliziert sei, ihre Finanzen im Griff zu behalten. Zudem ist die Unsicherheit bei wichtigen Themen wie Altersvorsorge, Versicherungen und Vermögensplanung bei den unter 30-Jährigen am größten.

Mehr über den gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel und über den Umgang privater Haushalte mit Finanzen erfahren Sie in dem vorliegenden „Kredit-Kompass“.

Eine ebenso anregende wie informative Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Michael Freytag'. The signature is stylized and fluid, written on a white background.

Dr. Michael Freytag  
Vorstandsvorsitzender der SCHUFA Holding AG

# SCHUFA Holding AG

## Positive Kreditbiographie für über 91 Prozent der Verbraucher

Kredit kommt vom Lateinischen „credere“, und das steht für „Glauben“ und „Vertrauen“.

Bei vielen Vertragsabschlüssen stellen Unternehmen ihre Waren oder Dienstleistungen bereits vor der Zahlung zur Verfügung. Ratenkauf, Leasing, Kauf auf Rechnung oder Rahmenkredite gehören längst zur modernen Wirtschaftswelt.

Die SCHUFA unterstützt Verkäufer und Käufer bei der Herstellung des notwendigen Vertrauens, indem sie die Kreditwürdigkeit der Bürger dokumentiert. Pro Tag erteilt das Unternehmen rund 270.000 Auskünfte an angeschlossene Vertragspartnerunternehmen.

Der Datenbestand der SCHUFA Holding AG ist der bundesweit größte Datenpool zur Beurteilung des aktuellen Zahlungsverhaltens der erwachsenen Bürger in Deutschland. Er umfasst 479 Millionen Informationen zu 66,2 Millionen Personen.

Die meisten der Informationen des SCHUFA-Datenbestandes stammen von den rund 6.000 Vertragspartnerunternehmen, wie Kreditinstituten, Leasingunternehmen, Telekommunikationsanbietern und auch Versand- und Handelshäusern. Darüber hinaus speichert die SCHUFA Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen wie z.B. denen der Amtsgerichte.



Zu 91,3 Prozent der Verbraucher liegen ausschließlich positive Kreditbiographien vor, und mehr als 97,5 Prozent aller Konsumkredite werden ordnungsgemäß zurückgezahlt.

Die SCHUFA unterstützt wie kein anderer Informationsdienstleister die Wirtschaft durch die Bereitstellung von Positivinformationen und ermöglicht so vielen Verbrauchern einen schnellen und unkomplizierten Abschluss von Kreditgeschäften.

# 1 Ergebnisse im Überblick

## Finanzen früher und heute

Der Umgang mit Geld ist immer ein Spiegel der Zeit. In **Kapitel 2** betrachtet Reinhard Schlieker die Bedeutung des privaten Finanzmanagements in Deutschland über mehrere Jahrhunderte.

Bis zum 19. Jahrhundert bestand die Haushaltsplanung darin sicherzustellen, dass genug Geld für Lebensmittel vorhanden war. Erst im späten 19. bzw. im 20. Jahrhundert begann sich das Kreditwesen zu entwickeln. Der einfache Bürger bemerkte davon zunächst aber nichts und lebte weiterhin von der Hand in den Mund. Angesichts der Weltkriege, Wirtschaftskrisen und Inflation hatte die Bevölkerung kaum eine Möglichkeit, private Vermögen aufzubauen.

Geändert hat sich dies erst seit Gründung der Bundesrepublik. Mit der D-Mark gab es in (West-)Deutschland erstmals eine „harte“ Währung. Staatliche Renten versprachen Wohlstand im Alter – auch wenn zunächst nur wenige das gesetzliche Rentenalter überhaupt erreichten. Der Umgang mit Geld veränderte sich. Heute stehen private Haushalte vor ganz neuen Herausforderungen, ihre Finanzen zu managen.

## Wandel der Alltags- und Lebensökonomie

Wie diese Herausforderungen aussehen und wie sich die konkreten Rahmenbedingungen für das Wirtschaften im Privathaushalt in den vergangenen 20 Jahren verändert haben, beschreibt Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky in **Kapitel 3**. Er betrachtet die Entwicklung anhand ausgewählter quantitativer Indikatoren. Birgit Bürkin ergänzt diese Darstellung durch Fallbeispiele, die zeigen, was die veränderten Umstände für den einzelnen Haushalt bedeuten.

Haushalts- und Lebensformen befinden sich im Wandel. Durch die Zunahme von Ehescheidungen und den Rückgang von Eheschließungen und von Geburten leben immer mehr Menschen in kleinen Haushalten. Die wirtschaftliche Gestaltung des Alltags ist für Ein- oder Zweipersonenhaushalte besonders schwierig. Zugleich hat sich das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes seit Anfang der 1990er Jahre erhöht. Betriebs- und Berufswechsel sind heute eine Normalität, die Teilzeitbeschäftigung und die Zahl der Selbständigen nehmen zu. Viele Menschen können ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft sichern, und immer mehr Haushalte müssen sich an eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten anpassen. Die Notwendigkeit der privaten Altersvorsorge belastet die Haushaltsfinanzen zusätzlich.

Auf der anderen Seite wird das Warenangebot immer vielfältiger und schafft neue Entscheidungszwänge. Die Liberalisierung des Telekommunikations- und Energiemarktes brachte für den Verbraucher eine Vielfalt, die es schwierig macht, zu entscheiden, welches Angebot das individuell beste ist. Die Anforderungen an die Fähigkeiten jedes Einzelnen zur Gestaltung seiner individuellen Lebenslage steigen. Dem privaten Finanzmanagement kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Es ist daher wichtig, die individuellen Kompetenzen zu stärken und frühzeitig entsprechende Bildungsangebote zu schaffen.

## „Planen muss man als Familie neu lernen“

Was dies für Familien heißt, erläutert Prof. Dr. Stefanie Bödeker im Interview in **Kapitel 4**.

Für Familien ist es wichtig, gemeinsam Prioritäten festzulegen, um mit dem vorhandenen Ein-

kommen gut auszukommen. Anders als Alleinlebende müssen Familien Kompromisse schließen. Sie müssen die Bedürfnisse aller Familienmitglieder berücksichtigen und gleichzeitig die existenzielle Vorsorge für die Zukunft zu sichern.

Zeit für die Familie und Geld stehen bei Budgetentscheidungen stets in Konkurrenz zueinander. Mehr Zeit ist oft mit Mehrausgaben, etwa für eine Haushaltshilfe, oder mit einem Verzicht auf Einnahmen, etwa durch eine Teilzeit- anstelle einer Vollzeittätigkeit, verbunden. Sind die Prioritäten klar, geht es darum, Transparenz bezüglich der Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Das beste Mittel hierzu ist ein Haushaltsbuch. Eltern sollten ihren Kindern den Umgang mit Geld zudem frühzeitig nahebringen.

## Finanzmanagement in deutschen Haushalten

Wie Haushalte mit ihrem Geld umgehen, mit welchen finanziellen Themen sie sich beschäftigen und wie sie die eigenen Finanzmanagementkompetenzen beurteilen, untersucht der „Kredit-Kompass“ auf der Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Die Ergebnisse stellt Dr. Annika Ollrog in **Kapitel 5** vor.

Hier zeigt sich, dass der Großteil der Bevölkerung durchaus umsichtig und sorgfältig mit dem eigenen Geld umgeht. Fast allen Befragten ist es wichtig, ihr eigenes Geld zu verdienen. Ihre Kompetenzen, den Haushalt finanziell zu managen, bewerten die meisten Befragten als gut oder sogar sehr gut. Bei finanziellen Entscheidungen fühlen sie sich grundsätzlich eher sicher.

Gleichzeitig ist der überwiegende Teil der Befragten aber der Meinung, dass es immer schwieriger würde, die Haushaltsfinanzen im Griff zu behalten. Nur rund die Hälfte ist denn auch in der Lage, regelmäßig Geld zu sparen. Allgemeine Preissteigerungen, steigende Lebenshaltungskosten und die schleppende Lohnentwicklung machen vielen zu schaffen.

Um ihre Ausgaben an die Einnahmen anzupassen, nutzen die meisten Befragten im Alltag vielfältige Sparmöglichkeiten. Weniger als ein Drittel von ihnen kontrolliert sein Budget allerdings kontinuierlich mit Hilfe eines Haushaltsbuchs. Auch die Beschäftigung mit wichtigen finanziellen Themen wie der privaten Altersvorsorge oder der Absicherung im Falle einer Berufsunfähigkeit schiebt ein Teil der Befragten auf.

## Private Kreditaufnahme in Deutschland

**Kapitel 6** stellt aktuelle Trends der privaten Kreditaufnahme vor. Nachdem das Interesse an Krediten im Jahr 2009 durch Sondereffekte wie die sogenannte „Abwrackprämie“ merklich gestiegen war, ergibt sich für 2010 eine Normalisierung bei der Nachfrage nach Ratenkrediten. Zudem zeigt sich, dass neu aufgenommene Kredite derzeit tendenziell kleine Volumina umfassen. So ist der Anteil der Kredite in Höhe von bis zu 1.000 Euro an allen aufgenommenen Krediten seit 2008 um 6,3 Prozentpunkte auf 31,5 Prozent gestiegen. Die durchschnittliche Höhe neu aufgenommener Kredite und die durchschnittliche Restschuld sinken. Die Anzahl aller laufenden Kredite hingegen spiegelt – zeitlich verzögert – die hohen Neuaufnahmezahlen von Krediten aus dem Jahr 2009 wider, d.h., sie ist gegenüber 2009 noch einmal gestiegen.

Die Betrachtung verschiedener Indikatoren für Zahlungsstörungen zeigt ein weitgehend stabiles Bild. 97,5 Prozent der Ratenkredite wurden 2010 ordnungsgemäß zurückgezahlt (2009: 97,6 Prozent). Der Anteil der Personen mit einer positiven Kreditbiographie liegt bei 91,3 Prozent, im Vorjahr waren es 91,5 Prozent. Die Anzeichen einer Überschuldungsgefahr, gemessen am SCHUFA-Privatverschuldungsindex, bewegen sich 2010 – trotz 10 Prozent mehr Kreditabschlüssen im Jahr 2009 – mit 1.178 Punkten auf stabilem Niveau (2009: 1.173 Punkte).

**Ergebnisse einer forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG**

- Neun von zehn Befragten halten sich für gute Finanzmanager. 86 Prozent kontrollieren regelmäßig ihre Kontoauszüge, 24 Prozent legen feste Ausgabegrenzen etwa für Kleidung oder Lebensmittel fest, und drei von zehn Befragten führen Buch über Einnahmen und Ausgaben. Die unter 30-Jährigen haben allerdings einen weniger guten Überblick über ihre Ausgaben.
- Ein großer Teil der Befragten (rund 70 Prozent) fühlt sich bei finanziellen Entscheidungen sicher. Bei den unter 30-Jährigen sind es jedoch nur 60 Prozent.
- Der überwiegende Teil der Befragten geht planvoll mit seinen Finanzen um und versucht, so viel wie möglich zu sparen. Aber nicht einmal jeder zweite Befragte (48 Prozent) legt auch tatsächlich etwas zur Seite. Bei den unter 30-Jährigen sind es nur 39 Prozent.
- Trotz planvollen Handelns stellen der Überblick über die eigenen Finanzen und deren erfolgreiches Management für viele Menschen große Herausforderungen dar: Mehr als die Hälfte (56 Prozent) findet es zunehmend kompliziert, die Finanzen im Griff zu behalten. Bei den unter 30-Jährigen sind es sogar 69 Prozent.
- Insbesondere Preissteigerungen (40 Prozent) und hohe Lebenshaltungskosten, etwa für Miete, Energie und Mobilität (27 Prozent) werden als erschwerend für das Finanzmanagement genannt. Unter 30-Jährige nennen häufig (28 Prozent) auch den mangelnden Überblick über Angebots- und Anbietervielfalt.
- Im alltäglichen Umgang mit Geld, etwa beim Einkauf, scheint sich das Finanzwissen den Erfordernissen des Alltags anzupassen. Mit wenig konkreten, aber wichtigen Finanzthemen wie der privaten Altersvorsorge, Versicherungen und Vermögensbildung haben sich viele Befragte weniger intensiv beschäftigt. Das trifft insbesondere auf die unter 30-Jährigen zu.

### Ergebnisse der Analysen aus dem SCHUFA-Datenbestand

- Die Zahl aller laufenden Ratenkredite ist bis Ende 2010 auf 17,3 Millionen angestiegen. Im Jahr zuvor waren es 16,8 Millionen und im Jahr 2008 15,7 Millionen.
- 2010 wurden rund 7,3 Millionen neue Ratenkredite abgeschlossen. Das sind rund 4 Prozent weniger als im Vorjahr (7,6 Millionen), aber mehr als 2008 (6,9 Millionen).
- Gemessen an der Zahl der Anfragen von Banken nach SCHUFA-Informationen ist das Interesse der Verbraucher an Ratenkrediten im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozent gesunken. Im Jahr 2009 war das Interesse, bedingt durch Sondereffekte wie die sogenannte „Abwrackprämie“, besonders hoch (+17 Prozent im Vergleich zu 2008).
- Tendenziell werden immer mehr Kleinkredite mit einem Volumen bis 1.000 Euro in Anspruch genommen. Im Schnitt lag die Höhe der neu aufgenommenen Ratenkredite 2010 allerdings bei 7.099 Euro. Im Jahr 2009 war der Betrag noch rund 400 Euro höher.
- 97,5 Prozent der Ratenkredite wurden 2010 ordnungsgemäß zurückgezahlt (2009: 97,6 Prozent). Bei den 18- und 19-Jährigen waren es 96,5 Prozent und bei den 20- bis 29-Jährigen 96,8 Prozent. Bei den unter 30-Jährigen nahmen die Kreditausfälle im Dreijahresvergleich tendenziell stärker zu als im Durchschnitt.
- 91,3 Prozent der Personen im SCHUFA-Datenbestand hatten 2010 eine positive Kreditbiographie (2009: 91,5 Prozent).
- Die Überschuldungsgefahr, gemessen an dem von der SCHUFA entwickelten Privatverschuldungsindex, bewegte sich im Jahr 2010 mit 1.178 Punkten auf stabilem Niveau (2009: 1.173 Punkte).

## 2 Finanzen früher und heute

### Sechs Jahrhunderte öffentliche und private Haushaltsplanung

Von Reinhard Schlieker



**Reinhard Schlieker**

*ist Wirtschafts- und Börsenredakteur beim Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) und berichtet dort über Wirtschafts- und Finanzthemen in den Sendungen der Hauptredaktion Aktuelles. Er moderiert außerdem für die Nachrichtensendungen des ZDF aus dem Börsenstudio des Senders in Frankfurt am Main.*

#### Lang ist's her ... Finanzen bis zum 19. Jahrhundert

Lang ist's her, da bestand das Maximum an persönlicher Haushaltsplanung des sogenannten einfachen Mannes darin, darauf zu achten, dass die Ehefrau genug Geld für den Lebensmittelkauf zur Verfügung hatte. blieb dann noch etwas übrig, so wurde es überwiegend für private Zwecke des Familienoberhauptes, also des Mannes, geopfert. Viel war es ohnehin nicht.

Natürlich gab es auch komfortablere Lebensläufe. Jene Menschen etwa, bei denen sich der traditionsreiche Privatbankier im trauten Zusammenwirken mit dem Anwalt der Familie – auch dieser möglichst mindestens in dritter Generation – um alle finanziellen Fragen kümmerte. Vermögensanlage, Betreuung der potentiellen Erben sowie Abfindung von Konkurrenten und Neidern lagen in ihren Händen.

Private Kredite waren zu dieser Zeit nicht vorgesehen. Ja, sie wurden noch nicht einmal angeboten. Schulden, sofern sie sich bei Privatpersonen anhäufelten, galten als unmoralisch. Und sie waren teuer, weil Geldverleiher fast außer Konkurrenz wirken konnten. Allenfalls Unternehmen oder der Staat durften sich verschulden.

Den Mächtigen standen bereits seit dem Altertum und insbesondere seit dem Mittelalter Bankiers zur Verfügung, die vom Kriegszug bis zum päpstlichen Landerwerb alles finanzierten, was einen einträglichen Zins versprach. Geld schuf da Geld – eine Erkenntnis, ohne die wir unser heutiges privates, gesellschaftliches und staatliches Finanzwesen nicht verstehen können. Ausfälle von Schuldnern waren zwar auch damals schon bitter, für ein seit Generationen wirkendes Bankhaus bedeuteten sie aber nicht den Ruin. Dennoch waren viele Investitionen der damaligen Zeit nicht ohne Risiken: So legten viele Investoren ihr Geld etwa in Schiffen, Handelsniederlassungen oder Hochrisikounternehmen weltweit an.

Seit dem 16. Jahrhundert bildete sich die Finanzierung über Börsen heraus, wenig später setzte sich der Versicherungsgedanke durch. Die Geschäftswelt funktionierte im Großen und Ganzen vielleicht auch deshalb so gut, weil der Kreis der Teilnehmer so übersichtlich war. Die sogenannten „Blasen“ kamen zwar auch damals schon vor. Sie trafen jedoch immer nur wenige Personen. So führten sie zwar zu persönlichen Tragödien, für das gesamte System stellten sie jedoch keine Gefahr dar und trugen eher zur Entschärfung des Wettbewerbs bei.

## Schneller, höher, weiter. Wandel des Geld- und Kreditwesens

Erst mit dem späten 19. und dann dem 20. Jahrhundert begann sich das Geld- und Kreditwesen fundamental zu wandeln. Mit dem Aufkommen moderner Kommunikationsmittel wie Telegraf und Telefon reisten Finanznachrichten nicht mehr in 80 Tagen, sondern in Stunden und Minuten um die Welt. In Kriegen und Kolonien stritten Staaten um Geldsummen, die im Ernstfall schlicht nicht finanzierbar gewesen wären – ja weltweit nicht einmal vorhanden waren.

Die Finanzierungslösungen waren kreativ. So versuchte das Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg etwa einen Teil der Kosten für seine Marine über eine Sektsteuer zu decken – eine Steuer, die wir im Übrigen noch heute bezahlen. Nach diversen Kriegsanleihen und dem Versailler Vertrag 1918 standen dem Deutschen Reich die Schulden dann bis zum Hals. An eine Tilgung war nicht mehr zu denken. Die Folgen sind Geschichte: Hyperinflation, Rheinlandbesetzung, Hunger, Streik, Not.

Trotz erster rudimentärer Sozialfürsorge war nackte Armut in den zwanziger oder dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts keine Seltenheit. Solange der Großteil der Bevölkerung von der Hand in den Mund lebte, musste sich kaum ein Privatmensch Gedanken über größere Anschaffungen machen. Wer konnte, sparte sich etwas vom Munde ab. Damit sollten später die Kinder oder die Großeltern versorgt oder ein „größeres“ Sparziel wie etwa eine Nähmaschine oder ein eigenes Fahrrad verwirklicht werden. Für die meisten Menschen war das schwer erreichbarer Luxus. Oft wurden diese Dinge zudem angeschafft, um künftigen Verdienst zu ermöglichen – eine Nähmaschine, um für andere Menschen zu nähen, oder ein Fahrrad, um Botendienste anzubieten. An eine Finanzierung solcher Anschaffungen durch einen Kredit war nicht zu denken. Ein Klavier, ein Motorrad oder gar eine Urlaubsreise? So was gab es nur im Märchen.

## Spare, dann hast du in der Not – denkste! Kriegsjahre und Inflation

Wer nach dem Auslaufen der Weltwirtschaftskrise wieder zu einem geregelten Einkommen gelangt war, fand sich verlockenden Angeboten der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber. Der später Volkswagen getaufte Kraftdurch-Freude-Wagen, auf den ein ganzes Volk von Sparern setzte, war am Ende ebenso eine Schimäre wie die zahllosen Sammelaktionen jener Zeit.

Nicht das erste Mal in der Geschichte wurde das Volk für propagandistische Zwecke ausgenommen und zahlte zuletzt für die kriegerischen Interessen des „Führers“ und seiner Vasallen. Schon weit vor der Währungsreform von 1948 hatten sich die Vermögen vieler Bürger in Luft aufgelöst. 1944 etwa gab es Wohlfahrtsbriefmarken, deren postalischem Wert von 16 Pfennig eine Abgabe von 84 Pfennig zugunsten der nationalsozialistischen Hilfswerke hinzugerechnet wurde. Das noch heute vorhandene Misstrauen einiger (älterer) Mitbürger gegenüber „dem Staat“ hat nicht nur eine, sondern viele, über Generationen erlebte Ursachen.

Unbezahlte Dienste am Volk, Zwangsarbeit und die Plünderung fremder Landstriche hielten das Staatsgebilde während der nationalsozialistischen Zeit noch über Wasser, als es längst nichts mehr zu erwirtschaften gab. Für den einzelnen Bürger reichte es hinten und vorne nicht. Persönliche Vorsorge bestand in der Umsicht, einen Platz im Luftschutzbunker zu finden, und der Fähigkeit, ihn zu verteidigen.

Wer meinte (und bis heute noch meint), Immobilienbesitz sei eine sichere Sache, sollte sich die Geschichte der ostpreußischen Landbevölkerung vor Augen führen: Zusammen mit Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone tauschte sie ihre Güter und Ländereien damals gegen die schmale Liegefläche in einer Baracke des nächstgelegenen Auffanglagers. Sparen, Finanzieren, Vorsorgen – die allseits anerkannten Möglichkeiten der Verbesserung menschlicher Existenz versagen regelmäßig in solchen oder ähnlichen

**Nicht das erste Mal in der Geschichte bezahlte das Volk für die Interessen der Machthaber.**

Ausnahmesituationen. Dennoch sollte die Schlussfolgerung nicht Fatalismus sein. Denn Ausnahmesituationen sind nichts, wofür man sich umfassend wappnen kann. Und sie sind eben nur das: Ausnahmesituationen.

## Das Wunder Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg

**Die USA ließen ihre Idee, Deutschland zum Agrarland zu machen, wieder fallen.**

Ein Wunder wie im Märchen geschah 1949. Vielleicht geschahen sogar mehrere. Aus vier Besatzungszonen, denen im Hungerwinter wenige Monate zuvor niemand noch irgendeine Zukunft zugetraut hatte, entstanden die Bundesrepublik und wenig später die DDR. Nur wenige Jahre zuvor sollte die Fläche zu einem einzigen landwirtschaftlichen Betrieb zusammengefasst werden. So sah es der in der amerikanischen Regierung zeitweise unterstützte Morgenthau-Plan vor: Deutschland ein Agrarland, das nie wieder Krieg führen könnte. Letztlich wurde der Plan jedoch als unhistorisch und nicht umsetzbar abgelehnt. Welche Gesellschaft im Herzen Europas könnte schon von der Landwirtschaft allein leben? Ein solches Agrarland wäre ein einziges, großes Subventionsheim. Beim Geld stieß die Phantasie für den amerikanischen Außenminister dann an ihre Grenzen.

Im westlichen Deutschland gab es nach dem Krieg eine Währung, die von Anfang an „hart“ war. In der DDR blieb das bis 1989/90 ein Wunschtraum. „Gleichheit“ kehrte durch die neuen Währungen nicht ein – auch wenn die Ausgabe von 40 D-Mark für jeden Bürger dies zunächst suggerierte. Doch wurden auch Sparguthaben umgetauscht, es gab einen Lastenausgleich und weiterhin Immobilienbesitz und Aktienvermögen. Die Erfahrung der großen Masse der Bevölkerung war eine zweiseitige: Für 40 D-Mark konnte man sich zwar etwas kaufen, das es auch tatsächlich gab. Ansonsten aber hatte man fast alles verloren. Und die sozialen Konflikte waren groß: Um Flüchtlinge versorgen zu können, waren die Bürger zum Teilen angehalten. Die Bauern fanden sich als Nahrungsmittelversorger plötzlich in

einer privilegierten Position. Perlenketten der Reichen nahmen viele von ihnen gegen ein paar Kartoffeln gern an.

Der junge Staat Bundesrepublik Deutschland versuchte nach Kräften, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Grenzen zu halten bzw. zu mildern. Vielleicht ist dies eine Grunderfahrung, die Politiker seitdem immer wieder machen: Man muss ausgleichen, eingreifen, steuern, die Leute notfalls zu ihrem Glück zwingen. So entstanden Vorsorgeinstitutionen und riesige Sozialbürokratien, über deren Schicksal und Zukunft wir uns heute Gedanken machen. Adenauers Rentenversicherung war da politisch gesehen ebenso wenig ein Sündenfall wie Bismarcks Sozialgesetzgebung – auch wenn niemand in der Lage war, die mathematischen Grundlagen zu berechnen und die gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen der kommenden Jahrzehnte vorzusehen.

Adenauer versprach den Menschen – wie lange zuvor bereits Bismarck – ein Auskommen, ja sogar Wohlstand im Alter. Allerdings lebten die meisten Bürger nicht lange genug, um dieses Versprechen in Anspruch nehmen zu können. Was hilft eine Rente ab 60, wenn der Mensch nur 45 wird? Erst heute leben wir lange genug, um unsere Ansprüche geltend zu machen. Für die Versicherungssysteme ist das ein Problem. Für den einzelnen Bürger bedeutet es, sich Gedanken über die eigene finanzielle Zukunft machen und entsprechende Vorsorge treffen zu müssen.

## Die neue Unübersichtlichkeit Notwendigkeit zur eigenverantwortlichen Finanzplanung

Die Bedeutung des Umgangs mit Geld und Finanzen hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. So gibt es beispielsweise keine tatsächlich vorhandene „Lohntüte“ mehr. Löhne und Gehälter werden heute unbar auf das persönliche Girokonto überwiesen. Wer kein Girokonto besitzt, kann kaum sein Gehalt bekommen oder seine

Telefon- und Stromrechnungen bezahlen. Das 1996 ins Leben gerufene „Konto für Jedermann“ soll sicherstellen, dass jeder Bürger ein Girokonto – wenigstens auf Guthabenbasis – erhält.

Der Besitz eines Kontos und die damit verbundene unbare Zahlung sind zwar bequem, bringen jedoch auch eine gewisse Unübersichtlichkeit mit sich. Die „ungeplante“ Verschuldung privater Haushalte bekommt angesichts einer Vielzahl parallel und elektronisch verlaufender Vorgänge nicht selten einen Schub. Noch komplexer werden die privaten Zahlungsströme, wenn eine Kreditkarte ins Spiel kommt. Schon die sogenannten „Debitkarten“, die jede Zahlung sofort oder als monatlichen Saldo vom Konto abbuchen, erhöhen die Unübersichtlichkeit. Richtig konfus wird es mit den – in den USA besonders verbreiteten – sogenannten „echten Kreditkarten“. Sie bewirken, dass der Kreditkartenbesitzer, ohne dies bewusst zu beantragen, bei jeder Bezahlung an der Ladenkasse einen Kreditvertrag abschließt. Häufig muss der Kartenbesitzer dann nur einen Teil des Saldos pro Monat an die Kreditkartengesellschaft zurückzahlen. Die Zinsen für den verbleibenden Kredit liegen meist über denen eines Dispokredites. Wer über ein hohes Kreditkartenlimit verfügt und mehrere Kreditkarten dieser Art nutzt, kann schnell den Überblick über seine finanziellen Verpflichtungen verlieren.

## Im Kleinen beginnen Wirtschaften im Alltag und zu Hause

Zahlreiche Ratgeber, etwa von der Stiftung Warentest oder den Verbraucherzentralen, befassen sich mit der Frage, wie man seine Finanzen in den Griff bekommt (siehe dazu Kapitel 7). Das persönliche Engagement können diese Publikationen jedoch nicht ersetzen. Und zu diesem Engagement gehört inzwischen weit mehr, als am Monatsersten und am Monatsletzten den Inhalt der Schatulle zu zählen.

Das Führen eines privaten Haushalts ist der Führung einer Firma oder eines Staatshaushaltes nicht unähnlich. Auch wenn der Normalbürger keine Bilanz vorlegen muss, muss er zum erfolgreichen Wirtschaften stets den Überblick über Einnahmen und Ausgaben behalten. Dabei genügt es bei weitem nicht, die Einnahmen und Ausgaben hin und wieder bzw. für den einen oder anderen Monat zu dokumentieren. In einer Zeit, in der drei- bzw. sechsmonatige oder sogar jährliche Abbuchungen bestimmter Verpflichtungen (etwa Sachversicherungen, Kraftfahrzeugsteuer, GEZ-Gebühr) gang und gäbe sind, nützt die Betrachtung eines Monats wenig. Nach Auskunft von Schuldnerberatungen und Verbraucherzentralen ist einer der zentralen Gründe dafür, dass Menschen in die Überschuldung geraten, mangelnde Übersicht.

**Kein Finanzratgeber kann das persönliche Engagement ersetzen.**

### 3 Wandel der Alltags- und Lebensökonomie

#### Eine Betrachtung anhand ausgewählter quantitativer Indikatoren<sup>1)</sup> und Fallbeispiele<sup>2)</sup>

- 1) Von Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky  
unter Mitarbeit von Marit Buddensiek und Annika Junghanns
- 2) Von Birgit Bürkin



**Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky**

ist Professor für Haushalts- und Konsumökonomik an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er ist u.a. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Verbraucher- und Ernährungspolitik des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und des Vorstands der Stiftung Deutschland im Plus – Die Stiftung für private Überschuldungsprävention. Zudem ist er Mitglied im Verbraucherbeirat der SCHUFA Holding AG.



**Birgit Bürkin**

ist Diplom-Haushaltswissenschaftlerin und freiberufliche Budgetberaterin. Neben Einzelberatung bietet sie Seminare zur Budgetberatung von Privathaushalten an und ist in der Projektarbeit und Konzeptentwicklung rund um die Themen Budgetplanung und Schuldenprävention tätig. Sie ist u.a. Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (dgh) sowie Mitglied im Verbraucherbeirat der SCHUFA Holding AG.

#### Einführung und Überblick

Die Entwicklung moderner Wirtschaftsgesellschaften zeichnet sich dadurch aus, dass viele Lebensbereiche rasanten Veränderungen unterworfen sind. Auf der individuellen Ebene zeigen sich diese Veränderungen im Hinblick auf die Welt der Waren und Dienstleistungen für den privaten Konsum, in der Berufs- und Erwerbswelt sowie in Haushalts- und Lebensformen und in den Lebensverläufen. Das Güterangebot differenziert sich, viele Produkte und Dienstleistungen werden komplexer. Auch die Virtualisierung und die Internationalisierung der Marktbeziehungen schreiten voran: Durch Deregulierung

und Privatisierung vormals öffentlicher Versorgungsbereiche, etwa bei der Telekommunikation, bei Postdiensten sowie der Energieversorgung, wächst beispielsweise der kommerzielle Dienstleistungssektor. Dieser Wandel der Alltags- und Lebensökonomie erhöht die individuellen Wahlmöglichkeiten, schafft für jeden Einzelnen aber gleichzeitig ständig neue Informations- und Entscheidungszwänge.

Manche Menschen erleben diese Veränderungen positiv, andere fühlen sich zunehmend überfordert. Begleiterscheinungen regionaler und globaler Wettbewerbsprozesse sowie Nebenwirkungen der spätindustriellen Produkti-

ons- und Konsumweise wie ökologische Folgeschäden, aber auch die soziale und ökonomische Ausdifferenzierung der Gesellschaft empfinden sie als Bedrohung. Noch Mitte der 1950er Jahre prognostizierte der Soziologe Helmut Schelsky Deutschland die Herausbildung einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Derzeit ist allerdings eine ganz andere Entwicklung der Sozialstruktur zu beobachten: Der Teil der Bevölkerung am unteren Rand der Einkommenschichtung bis hin zu Überschuldungs- und Armutslagen wächst.

Unsere „Multioptionsgesellschaft“ – so nannte sie der Soziologe Peter Gross – bietet den Menschen zahlreiche Chancen. Sie birgt aber auch bisher nicht gekannte Risiken. Eigenverantwortung ist immer stärker gefragt. Die Anforderungen an die Fähigkeiten jedes Einzelnen zur Gestaltung der individuellen Lebenslage wachsen. Dem privaten Finanzmanagement kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, denn es bildet das Fundament für die persönliche Alltags- und Lebensgestaltung: Jeder Einzelne muss seinen persönlichen Bedarf und seine Deckungsmöglichkeiten nicht nur heute und morgen, sondern auch längerfristig planerisch vorausschauend in Einklang bringen.

### Betrachtung ausgewählter Lebensbereiche

Dieser Beitrag beschreibt den Wandel der Alltags- und Lebensökonomie in ausgewählten Lebensbereichen anhand der Betrachtung konkreter

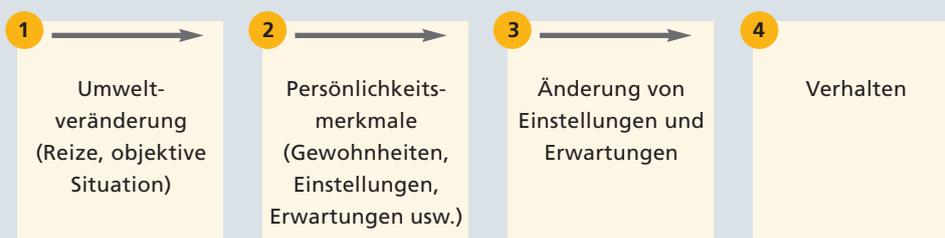
Indikatoren, Daten und Fallbeispiele. In vielerlei Hinsicht sind die beschriebenen Veränderungen mit neuen Anforderungen an das ökonomische Handeln im Haushalt verbunden. Die Auswahl der Lebensbereiche und der betrachteten Indikatoren ist an Konzepten zur Analyse der Lebenslage orientiert und auf Probleme des privaten Haushalts- und Finanzmanagements fokussiert. Die Ausführungen stellen Entwicklungen in folgenden Lebensbereichen dar:

- Haushalts- und Lebensformen
- Beruf und Erwerbstätigkeit
- Formen des Lebensunterhalts
- Waren und Dienstleistungen für den privaten Konsum
- Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge

Ausgangspunkt der Betrachtung ist jeweils der Haushaltskontext. Dabei werden Haushaltsmitglieder gemäß dem verhaltenswissenschaftlichen Handlungsmodell als Akteure bei der Gestaltung ihrer Lebenslage verstanden. Die Haushaltsmitglieder verfügen über humane, materielle und finanzielle Ressourcen, die sie für die Verfolgung ihrer Ziele einsetzen. Grundsätzlich versuchen sie, ein Fließgleichgewicht in ihrer Umwelt aufrechtzuerhalten. Ihre Handlungen ergeben sich als eine Reaktion auf Umweltreize, die sie subjektiv filtern und bewerten. Abbildung 3.1 zeigt in grober Vereinfachung ein entsprechendes Handlungsmodell in allgemeiner Form. Ein solches Modell ist nicht nur von analytischem Wert, sondern es bietet auch Anhaltspunkte für Intervention und Prävention.

**Haushaltsmitglieder sind Akteure, die ihre Lebenslage gestalten.**

Abb. 3.1: Verhaltenswissenschaftliches Handlungsmodell



Quelle: Burkhard Strümpel: Psychologie gesamtwirtschaftlicher Prozesse. In: Graf Hoyos, C. et al. (Hrsg.): Grundbegriffe der Wirtschaftspsychologie. München 1980, S. 15–29, hier S. 17.

**Veränderungen  
der Alltags-  
ökonomie  
zeigen sich in  
vielen Lebens-  
bereichen.**

### Empirische Begründung der Auswahl

Die Auswahl der obengenannten Lebensbereiche erfolgte nicht willkürlich. Vielmehr weisen empirische Untersuchungen nach, dass Menschen in unserer Gesellschaft die Familie bzw. die eigenen Kinder sowie den Beruf und die Arbeit – insbesondere eine sichere Stellung im Beruf und eine interessante Tätigkeit – grundsätzlich zu ihren wichtigsten Lebensbereichen und persönlichen Anliegen zählen. Belegt wird dies seit Jahrzehnten etwa durch die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) der GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Um die Veränderungen in den genannten Lebensbereichen nachzuvollziehen, wird dieser Beitrag die Entwicklungen mit Hilfe der folgenden Daten dokumentieren:

- Haushalte und Haushaltsgrößen
- Eheschließungen und Ehescheidungen
- Alleinerziehende
- Berufs- und Betriebswechsel
- Beschäftigte in Vollzeit und Teilzeit
- Selbständige in Vollzeit und Teilzeit
- Hochschulprüfungen
- Erwerbsarbeitslosigkeit
- Quellen des Lebensunterhalts
- Gütezeichen für Waren und Dienstleistungen
- Ausstattung mit PC, Internet und Mobiltelefon
- Onlineeinkauf
- Anbieter und Tarife für Telekommunikationsleistungen
- Anbieter und Tarife für Elektrizität
- Riester- und Rürup-Verträge zur privaten Altersvorsorge

Die herangezogenen Daten stammen entweder aus der amtlichen Statistik, insbesondere vom Statistischen Bundesamt, oder aus der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung. Die konkreten Quellen werden stets genannt. Überwiegend werden die Entwicklungen ab 1991 mit gesamtdeutschen Zahlen nachgewiesen.

Die Fallbeispiele, zusammengestellt von Birgit Bürkin, stammen aus der Beratungspraxis der rw budgetberatung. Alle Fälle sind anonymisiert, d.h., die Namen sind frei erfunden.

Dass der Wandel in den ausgewählten Lebensbereichen für viele Menschen mit Sorgen und Ängsten verbunden ist, belegen die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Diese zeigen seit einigen Jahrzehnten, dass sich ein tendenziell zunehmender Anteil der Befragten Sorgen in Bezug auf die eigene und auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung macht. Im Jahr 2009 sorgten sich jeweils 45 Prozent der Ost- und Westdeutschen im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie 30 Prozent der Befragten in Ostdeutschland und 23 Prozent in Westdeutschland hinsichtlich der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung.

## Haushalts- und Lebensformen

Die Haushalts- und Lebensformen haben sich hierzulande in den vergangenen 20 Jahren stark verändert. Wichtige Trends sind die Abnahme von Eheschließungen und die Zunahme von Ehescheidungen sowie die Zunahme von kleinen Haushalten.

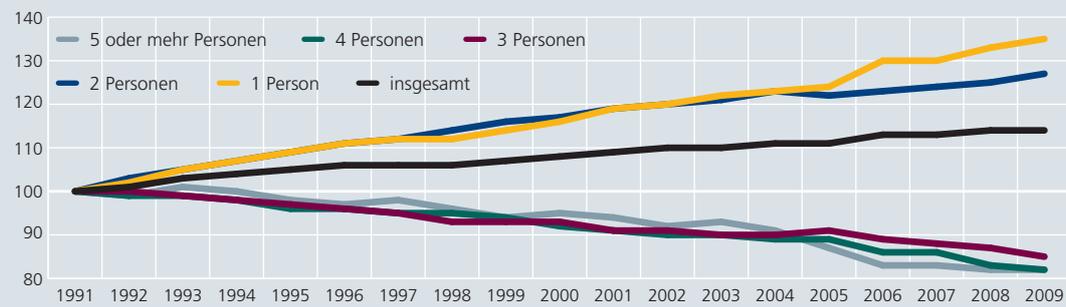
### Zunehmende Zahl kleiner Haushalte

Gegenwärtig sind nach den Ergebnissen des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes von den etwa 40 Millionen Haushalten in Deutschland 40 Prozent Einpersonenhaushalte, 34 Prozent Zweipersonenhaushalte, 13 Prozent Dreipersonenhaushalte, 10 Prozent Vierpersonenhaushalte und 4 Prozent Haushalte mit fünf und mehr Personen.<sup>1)</sup> Die Zahl der Haushalte nimmt insgesamt seit vielen Jahren zu, wobei diese Entwicklung ausschließlich auf die steigenden Zahlen der Ein- und Zweipersonenhaushalte zurückzuführen ist. Allein seit 1991 ist die Gesamtzahl der Haushalte in Deutschland dadurch um 6 Millionen gestiegen.

Der Trend hin zu kleineren Haushalten ist schon seit vielen Jahren zu spüren. Abbildung 3.2 stellt

1) Gerundete Werte, daher ergibt sich eine Summe von 101.

**Abb. 3.2: Entwicklung der Zahl der Haushalte und der Haushaltsgrößen**  
(Index, 1991 = 100)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes.

die Entwicklung der Zahl der Haushalte und der Haushaltsgrößen in Form eines Index dar, der die Veränderungen seit 1991 gegenüber dem Basisjahr zeigt. Besonders auffällig ist die Zunahme der Einpersonenhaushalte – um rund 35 Prozent in weniger als 20 Jahren.

Einpersonenhaushalte bilden eine sehr heterogene Gruppe. Insbesondere jüngere und ältere Menschen wohnen allein. Es sind also nicht nur junge lebenslustige Singles, sondern auch alte, alleinstehende oder verwitwete Menschen (unter ihnen vor allem Frauen), die ihren ökonomischen Alltag allein meistern müssen. Eine Aufgabe, die oft nicht leicht ist.

Das Finanzmanagement in kleinen Haushalten ist eine besondere Herausforderung. Denn kleine Haushalte verfügen tendenziell über weniger Ressourcen als große Haushalte. Das gilt insbesondere für die Arbeitskapazität und oft auch für die Kaufkraft des Haushalts. Zudem nehmen die Lebenshaltungskosten pro Person mit zunehmender Haushaltsgröße tendenziell ab: Große Wohnungen sind, bezogen auf den Wohnraum je Person, meist preiswerter als kleine Wohnungen. Mehrpersonenhaushalte können Aufgaben und Risiken auf mehrere Mitglieder verteilen und beim Einkauf häufig günstigere Preis-Mengen-Kombinationen realisieren als kleine Haushalte. Auch Haushaltsgeräte können gemeinsam bzw. abwechselnd genutzt werden. Kurz: Große Haushalte können ihre Alltags- und Lebensökonomie wirtschaftlicher gestalten als kleine Haushalte.

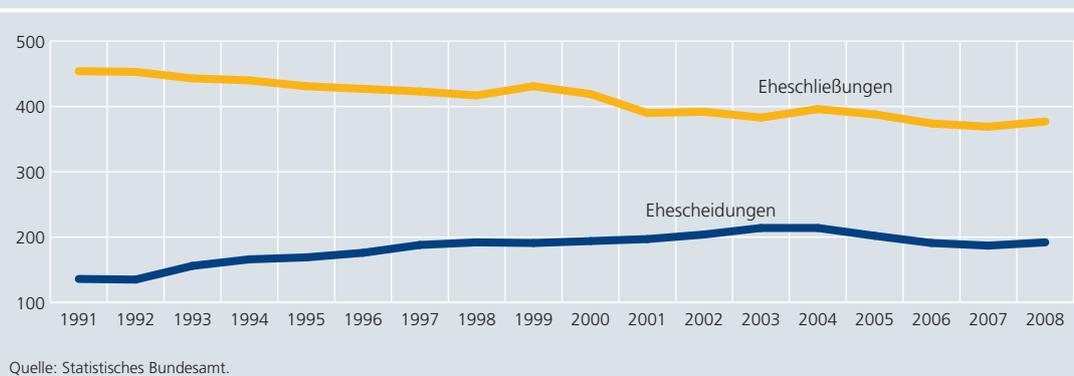
### **Eheschließungen nehmen ab, Ehescheidungen nehmen zu**

Die Gründung und Entwicklung von Haushalten wird durch zahlreiche Faktoren beeinflusst. Eheschließungen und Ehescheidungen spielen für die Entwicklung der Haushaltsgrößen eine maßgebliche Rolle. Ehescheidungen führen meistens zur Gründung eines zusätzlichen Haushalts durch das ausziehende Haushaltsmitglied. Trennt sich zum Beispiel ein Paar ohne Kind, entstehen aus dem Zweipersonenhaushalt oft zwei Einpersonenhaushalte. Geht eine Familie mit einem Kind auseinander, kann aus dem Dreipersonenhaushalt eine neue Lebenskonstellation mit einem Zweipersonenhaushalt und einem Einpersonenhaushalt entstehen. Ehescheidungen und die damit verbundene Trennung des Haushalts sind in den meisten Fällen mit finanziellen Einbußen für beide Partner verbunden. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Paar gemeinsame Kinder hat.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Eheschließungen abgenommen, die Ehescheidungen hingegen zugenommen. Abbildung 3.3 zeigt die Entwicklung der Zahl der Eheschließungen und Ehescheidungen seit 1991. Damals standen rund 454.000 Eheschließungen nur 136.000 Ehescheidungen gegenüber. Es wurden also dreimal so viele Ehen geschlossen wie geschieden. In den folgenden Jahren nahm die Zahl der Ehescheidungen erheblich zu – in den Jahren 2003 und 2004 sogar um über 50 Prozent gegenüber 1991. Nach einem leichten

**Eheschließungen und -scheidungen beeinflussen die Entwicklung der Haushaltsgrößen.**

**Abb. 3.3: Entwicklung der Zahl der Eheschließungen und der Ehescheidungen**  
(Zahlen in 1.000)



**2008 wurden nur doppelt so viele Ehen geschlossen wie geschieden.**

Rückgang in den Jahren 2005 bis 2007 stieg sie im Jahr 2008 wieder auf knapp 192.000 an. Im selben Jahr lag die Zahl der Eheschließungen nur noch bei rund 377.000, d.h., 2008 wurden nur noch knapp doppelt so viele Ehen geschlossen wie geschieden.

#### FALLBEISPIEL

#### **Getrennt lebender Familienvater (Einkommen als Angestellter: 3.000 Euro)**

##### **Situation**

Das Ehepaar Christian und Rita H. lebt seit einigen Monaten getrennt. Sobald wie möglich wollen sich die beiden scheiden lassen. Sie haben zwei minderjährige Kinder, die künftig bei Rita H. leben werden. Bis zur Scheidung haben sie vereinbart, dass Christian H. seiner Frau monatlich 1.200 Euro für die Kinder zahlt. Da Rita H. selbst berufstätig ist, erhält sie keinen Unterhalt. Christian H. ist aus dem gemeinsamen Haus ausgezogen und hat eine kleine Wohnung für sich angemietet. Um von dort zu seinem Arbeitsplatz zu kommen, ist er nach wie vor auf ein Auto angewiesen. Die Umstellung auf das Singleleben fällt ihm nicht nur persönlich, sondern auch finanziell schwer. Er hat zunächst einen Kredit aufgenommen, um sich die eigene Wohnung einzurichten. Seinen Dispositionskredit hat er fast ausgeschöpft und fürchtet nun, in eine Schuldenspirale zu geraten.

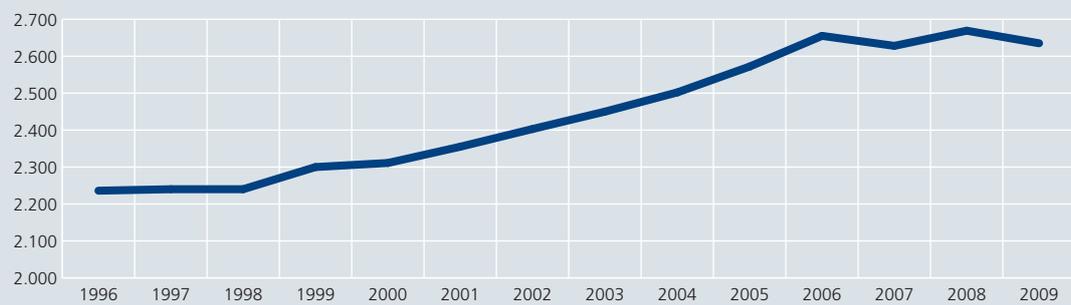
#### **Handlungsmöglichkeiten**

Um seine Ausgaben an die Einnahmen anzupassen, muss Christian H. jeden einzelnen Ausgabeposten auf den Prüfstand stellen. Nicht nur die Unterhaltszahlungen, sondern auch die erhöhten Ausgaben für Wohnen, Nebenkosten, Einkaufen etc. durch das Alleinleben belasten sein Budget. Die Fixkosten sind immens. Seine Finanzplanung für die kommenden Monate muss zudem die Kosten für die Scheidung berücksichtigen. Rücklagen sind notwendig, falls etwa eine Ersatzbeschaffung für das Auto anfällt. Mit Unterstützung einer Budgetberatung erstellt Christian H. eine neue Budgetplanung. Dabei stellt er auch Überlegungen dazu an, wie er die Einkommenseite verbessern könnte. Die Budgetberatung hilft ihm bei der finanziellen Stabilisierung, die angesichts der emotional angespannten Situation zugleich eine psychische Stabilisierung für ihn bedeutet.

#### **Alleinerziehende – eine wachsende Haushaltsgruppe**

Lebt ein Elternteil allein mit einem Kind bzw. mehreren Kindern, so ist dieser Haushalt in besonderem Maße von Armutsrisiken betroffen. Meist sind es Frauen, die sich als Alleinerziehende um die Versorgung von Kindern kümmern. In den meisten Fällen sind das Geld und die Zeit knapp, und die Kompetenzen im Finanz-

**Abb. 3.4: Entwicklung der Zahl der Alleinerziehenden**  
(Zahlen in 1.000)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

management des alleinerziehenden Elternteils werden auf eine harte Probe gestellt.

Zur Entwicklung der Zahl der Alleinerziehenden liegen erst seit 1996 einheitliche Daten vor, die das Statistische Bundesamt nach dem sogenannten Lebensformenkonzept erhebt. Abbildung 3.4 stellt diese Daten dar. Sie belegen einen kontinuierlichen Anstieg der Zahl der Alleinerziehenden in Deutschland von rund 2,2 Millionen im Jahr 1996 auf über 2,6 Millionen im Jahr 2009. Für die Jahre vor 1996 existieren Daten, die zwar nicht auf der Grundlage des Lebensformenkonzepts gewonnen wurden, die Entwicklungen der Jahre 1996 bis 2009 jedoch bereits ankündigen: Auch sie belegen eine kontinuierlich steigende Zahl von Alleinerziehenden. Ein großer Teil von ihnen lebt in Zweipersonenhaushalten. Die seit Jahren steigende Zahl von Zweipersonenhaushalten (siehe Seite 17) ist demnach auch darauf zurückzuführen, dass immer mehr Haushalte aus nur einem Elternteil und einem Kind bestehen.

#### FALLBEISPIEL

#### **Alleinerziehende Frau mit einem Kind** (Einkommen mit Kindergeld und Unterhalt: 1.800 Euro)

##### **Situation**

Maria K. ist 39 Jahre alt und lebt mit ihrer fünfjährigen Tochter Anna-Lena in einer kleinen Alt-

bauwohnung in der Innenstadt. Sie arbeitet 20 Stunden pro Woche in einer nahegelegenen Apotheke. Eine Vollzeitbeschäftigung möchte sie vermeiden, um genug Zeit für ihre Tochter zu haben. Doch das Geld ist knapp: Nach Abzug der Miete, der Raten für einen Anschaffungskredit und anderer fester Zahlungsverpflichtungen bleiben der kleinen Familie monatlich noch 700 Euro für Ausgaben der täglichen Lebenshaltung. Maria K. sorgt sich, da sie ihren Anschaffungskredit nur mühsam abzahlt und keine Möglichkeiten sieht, notwendige Rücklagen zu bilden. Sobald sie sich etwas für sich gönnt, hat sie ein schlechtes Gewissen.

##### **Handlungsmöglichkeiten**

Mit Unterstützung einer Budgetberatung überprüft Maria K. ihre Ausgaben. Sie hat klare Prioritäten: Wichtig ist ihr, dass ihre Tochter gute Bildungschancen hat. Dazu gehören für sie auch der Unterricht in einer Ballettschule und der Besuch einer Kunstschule. Dafür verzichtet Maria K. für sich auf Dinge, die ihr sonst wichtig waren, etwa schicke Kleidung oder Essengehen mit Freunden. Eine Übersicht über ihre Ausgabenstruktur und verschiedene Haushaltspläne der Budgetberatung helfen ihr, auch die alltäglichen Ausgaben besser in den Griff zu bekommen. Sie überprüft ihre Buchführung am PC, um zu sehen, mit welchem Haushaltsplan sie am besten zurechtkommt. So weichen das Gefühl der Ohnmacht und die Angst, den aufgenommenen Kredit nicht tilgen zu können.

**Alleinerziehende haben oft wenig Geld und wenig Zeit.**

## Beruf und Erwerbstätigkeit

Nicht nur Haushalts- und Lebensformen, auch Berufs- und Erwerbsbiographien haben sich in den vergangenen 20 Jahren in Deutschland stark verändert. Wichtige Entwicklungen sind häufigere Berufs- und Betriebswechsel, zunehmende Teilzeitbeschäftigung und eine wachsende Zahl von selbständig Tätigen. Auch die Zahl bestandener Hochschulprüfungen steigt, was als Indiz für eine Verbesserung des Ausbildungsniveaus gewertet werden kann. Dennoch zeigt ein Blick in die Arbeitslosenstatistik, dass das Risiko des Arbeitsplatzverlustes bzw. der Erwerbslosigkeit tendenziell gestiegen ist.

**Das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes ist gestiegen.**

### Berufs- und Betriebswechsel gehören häufig zur Erwerbsbiographie

Eine dauerhafte Tätigkeit im erlernten Beruf und die Zugehörigkeit zum selben Betrieb bis zum Ende des Erwerbslebens sind heute eher die Ausnahme als die Regel. Im Zeitraum von April 2002 bis Mai 2003 wechselten nach den Ergebnissen des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes 10 Prozent der deutschlandweit rund 35 Millionen abhängig Beschäftigten den Betrieb oder den Beruf. Der Großteil von ihnen – rund 55 Prozent – wechselte sowohl den Betrieb als auch den Beruf. Nur 6 Prozent gehen einer anderen Berufstätigkeit im bisherigen Betrieb nach.

Einen Indikator für den Erfolg an der „zweiten Schwelle“ ins Berufsleben stellt der Verbleib im erlernten Beruf im Anschluss an die Ausbildung dar. Dieser ist heute allerdings keine Selbstverständlichkeit mehr. Ende der 1970er Jahre, so ermittelte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), betrug der Anteil der Berufsabsolventen, denen dies nicht gelang, im Durchschnitt nur rund 20 Prozent (nur alte Bundesländer). In den Folgejahren stieg der Anteil der Berufswechsler nach der Ausbildung kontinuierlich an. Seit Ende der 1980er Jahre verläuft die Entwicklung bei männlichen und weiblichen Ausbildungsabsolventen allerdings unterschiedlich: Bis 2004 stieg der Anteil der Berufswechsler nach der Ausbildung bei den Männern auf

26 Prozent, während er bei den Frauen auf 16 Prozent fiel. Die geringere Wahrscheinlichkeit des Berufswechsels bei den Ausbildungsabsolventinnen wird vom IAB hauptsächlich auf die spezifisch weibliche Berufsstruktur zurückgeführt.

Der Wechsel des Betriebs oder des Berufs ist in der Regel mit einer Veränderung der persönlichen ökonomischen Situation verbunden. Ein Betriebswechsel kann sowohl einen Auf- als auch einen Abstieg in der betrieblichen Hierarchie und auf der Einkommensskala bedeuten. Ein Berufswechsel hingegen führt für den Betroffenen häufig zu einer Verschlechterung der beruflichen Position und somit zu einem Einkommensverlust.

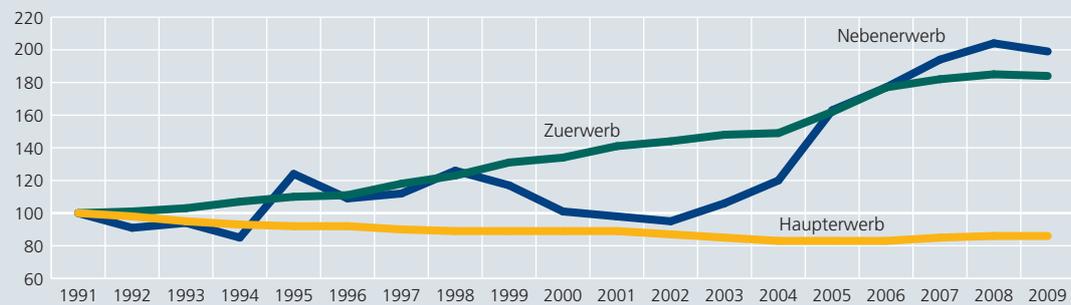
### Teilzeitbeschäftigung nimmt zu

Seit Anfang der 1990er Jahre verzeichnet das Statistische Bundesamt einen kontinuierlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit in Teilzeit. Abbildung 3.5 zeigt die Entwicklung der Zahl der abhängig Beschäftigten im Haupt-, Zu- und Nebenerwerb in Form eines Indexes mit dem Basisjahr 1991. Im Jahr 2009 waren mit rund 10 Millionen Personen fast doppelt so viele Erwerbstätige im teilzeitlichen Zu- und Nebenerwerb tätig wie 1991. Dagegen ging die Zahl der abhängig Beschäftigten im vollzeitlichen Haupterwerb im selben Zeitraum von 29,3 Millionen auf 25,2 Millionen zurück.

Bei der Teilzeitbeschäftigung sind zwei Gruppen zu unterscheiden: der Zuerwerb als erste und meist einzige Erwerbstätigkeit in Teilzeit und der Nebenerwerb als zweite – neben einem Haupterwerb ausgeführte – Erwerbstätigkeit in Teilzeit.<sup>2)</sup> Beide Formen der Teilzeittätigkeit sind immer weiter verbreitet. Sie unterscheiden sich allerdings erheblich im Ausmaß: So waren im Jahr 2009 rund 9,2 Millionen abhängig Beschäftigte im Zuerwerb, aber nur knapp 870.000 Personen im Nebenerwerb tätig.

2) Zwar gibt es auch Beschäftigte mit mehr als zwei Erwerbstätigkeiten, in der amtlichen Statistik werden aber maximal zwei Erwerbstätigkeiten ausgewiesen.

Abb. 3.5: Entwicklung der Zahl der abhängig Beschäftigten im Haupt-, Zu- und Nebenerwerb (Index, 1991 = 100)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamtes.

Abhängige Teilzeitbeschäftigung ist eine Domäne der Frauen. Ihr Anteil beträgt aktuell fast 90 Prozent. Viele Frauen wählen diese Form der Beschäftigung, um Familie und Beruf zu verbinden. Dabei geht es nicht immer nur darum, im Berufsleben aktiv zu bleiben, sondern auch um die finanzielle Notwendigkeit, zum Familieneinkommen beizutragen.

#### FALLBEISPIEL

#### **Familie mit einem Verdiener und 3 Kindern (Einkommen mit Kindergeld: 3.400 Euro)**

##### **Situation**

Thomas und Sylvia M. haben drei Kinder im Alter von sieben, neun und 14 Jahren. Sylvia M. kümmert sich um die Kinder und den Haushalt, während Thomas M. als Alleinverdiener für die finanzielle Versorgung der Familie zuständig ist. Die Familie wohnt in einem kleinen Reihenhaushaus am Stadtrand. Die monatliche Miete inklusive Nebenkosten beträgt 1.200 Euro, so dass der Familie 2.200 Euro für die übrigen Ausgaben bleiben. Da diese Summe häufig nicht ausreicht und am Monatsende regelmäßig Geldprobleme auftreten, gibt es immer wieder Streit zwischen den Eheleuten. Thomas M. ist der Meinung, genug Geld zu verdienen, und beschuldigt seine Frau, nicht wirtschaften zu können. Sie hingegen hält sich für sparsam und wirft ihm vor, nicht zu wissen, wie teuer die alltäglichen Dinge des Lebens sind.

##### **Handlungsmöglichkeiten**

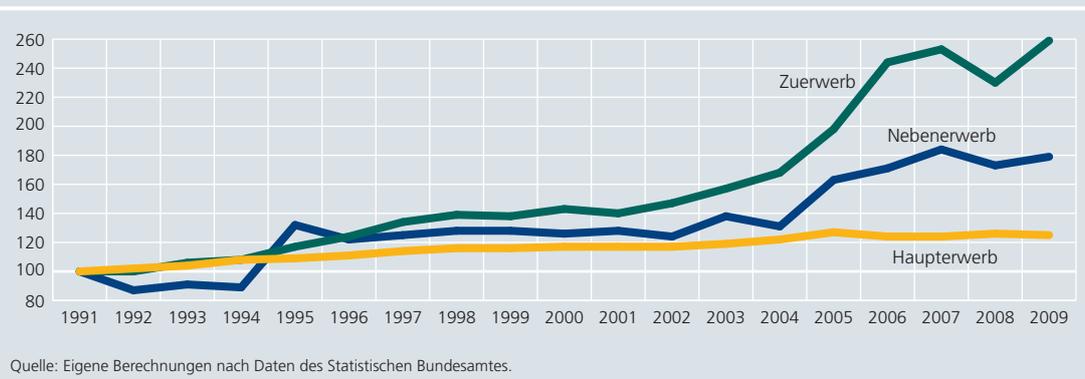
Eine umfassende Auflistung aller festen Ausgaben öffnet der Familie die Augen: Die monatlichen Verpflichtungen für Strom, Versicherungen, Mitgliedschaften, Pkw, Telefon, Abonnements und Kreditraten belaufen sich auf fast 1.000 Euro. Somit bleiben für Ernährung, Haushalt, Kleidung, Gesundheit und Körperpflege, Schule und Freizeit gerade einmal 1.200 Euro im Monat – für fünf Personen. Daneben schlagen Ausgaben für größere Anschaffungen, den Urlaub und Familienfeiern zu Buche. Nicht verwunderlich ist daher, dass die Finanzen immer wieder Anlass zu Streit geben. Mit Hilfe eines gut durchdachten Haushaltsplans und der laufenden Überwachung aller Einnahmen und Ausgaben in einem Haushaltsbuch lässt sich die finanzielle Situation besser kontrollieren. Sylvia M. überlegt zudem, eine Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen, um so zur Entspannung der finanziellen und damit auch der familiären Situation beizutragen.

**Familien mit nur einem Verdiener haben es oft schwer.**

##### **Teilzeitselbständigkeit wird Normalität**

Auch Selbständige üben ihre Erwerbstätigkeit häufig in Teilzeit aus. Die zunehmende Zahl der Selbständigen ist sogar hauptsächlich auf den Zustrom von Teilzeitselbständigen zurückzuführen. Dabei wird häufig übersehen, dass nur ein Teil von ihnen die Selbständigkeit zeitlich aus-

**Abb. 3.6: Entwicklung der Zahl der Selbständigen im Haupt-, Zu- und Nebenerwerb**  
(Index, 1991 = 100)



weiten möchte. Sonderauswertungen des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes für den „Gendermonitor Existenzgründung“ und den „Selbständigen-Monitor“ der Professur für Haushalts- und Konsumökonomik der Universität Bonn zeigen, dass viele Selbständige durchaus eine dauerhafte Selbständigkeit in Teilzeit anstreben.

**Die Zahl der Selbständigen hat seit 1991 zugenommen.**

Nachdem die Zahl der Selbständigen über viele Jahre rückläufig war, hat sie seit Anfang der 1990er Jahre deutlich zugenommen. Von 1991 bis 2009 stieg die Zahl der Selbständigen im Haupterwerb von 2,7 Millionen auf 3,4 Millionen an. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Selbständigen im Zuerwerb von 319.000 auf 827.000 und im Nebenerwerb von 316.000 auf 567.000. Abbildung 3.6 zeigt die Entwicklung der Zahl der Selbständigen im Haupt-, Zu- und Nebenerwerb in Form eines Indexes mit dem Basisjahr 1991.

Besonders dynamisch hat sich der selbständige Zuerwerb entwickelt. Auch hier sind es vor allem Frauen, die eine Selbständigkeit in Teilzeit mit Haushalts- und Familienaufgaben kombinieren. Dagegen dominieren im selbständigen Nebenerwerb und noch deutlicher im Haupterwerb die Männer. Dieser genderspezifische Unterschied zwischen den beiden Formen von Teilzeitselbständigkeit wird häufig übersehen, wenn, wie üblich, die Teilzeitselbständigen nicht danach unterschieden werden, ob es sich bei ihnen um eine erste bzw. einzige Erwerbstätigkeit handelt (Zuerwerb) oder um eine zweite

Erwerbstätigkeit als Selbständiger bzw. Selbständige (Nebenerwerb). Auch für die Gründungsberatung und Gründungsförderung hat diese Unterscheidung Konsequenzen.

Die seit Mitte der 1990er Jahre vielfach beschworene „Neue Kultur der Selbständigkeit“ ist geprägt durch kleinbetriebliche Gründungen, vor allem im Dienstleistungssektor. Insbesondere Frauen, Akademiker und Arbeitslose wurden dank umfassender Fördermaßnahmen zu „neuen Selbständigen“. Eine Selbständigkeit eröffnet neue Chancen, birgt aber auch ein hohes Risiko. Selbständige müssen nicht nur ihren eigenen Haushalt, sondern auch ihr Unternehmen finanziell im Griff haben und verstärkt Verantwortung für ihre finanzielle Absicherung übernehmen. Sicherheiten und Versicherungen durch einen Arbeitgeber fallen weg. Die Ansprüche an das Finanzmanagement sind bei Selbständigen daher sehr hoch. Nicht selten sind diese überfordert, und die Selbständigkeit wird zum Armutsrisiko.

**FALLBEISPIEL**

**Alleinlebende Frau, selbständig  
(nach Ehescheidung Unterhaltszahlung  
von 800 Euro monatlich)**

**Situation**

Sabine S. (48) hat sich vor drei Monaten von ihrem Mann getrennt und lebt jetzt in einer

Zweizimmerwohnung in einer Kleinstadt am Rande eines Ballungsgebietes. Der gemeinsame Sohn ist erwachsen und wohnt in einer Wohngemeinschaft. Da Sabine S. in den vergangenen Jahren nicht erwerbstätig war, hat sie sich mit ihrem Ehemann darauf geeinigt, dass er ihr für das erste Jahr nach der Trennung einen monatlichen Unterhalt in Höhe von 800 Euro zahlt. So hat die gelernte Floristin Zeit, eine Anstellung zu finden und finanziell unabhängig zu werden.

Als in der Nähe ihrer Wohnung ein Laden zu vermieten ist, entschließt sich Sabine S. spontan, ein Blumengeschäft zu eröffnen und damit ihr Leben neu zu beginnen. Ihre Ersparnisse helfen ihr, die Einrichtung und die ersten Monate der Ladenmiete zu bezahlen. Das Geschäft läuft nach Ansicht von Sabine S. gut an: Die Passanten freuen sich an ihren Auslagen und loben ihr Engagement. Doch nicht alle kaufen bei ihr. Ihre Steuerberaterin weist Sabine S. darauf hin, dass der Umsatz des Ladens nicht ausreicht, um langfristig ihre Geschäftskosten und ihre private Lebenshaltung zu finanzieren. Sabine S. aber hält an ihrer Entscheidung fest und hofft weiter auf den „großen Durchbruch“. Sie spart in ihrer privaten Lebenshaltung, wo es geht, und steckt jeden Euro in ihr Geschäft. Als ihr Auto kaputtgeht und die Bank ihr einen Kredit verweigert, wird ihr schmerzhaft bewusst, dass sie vielleicht zu lange an einer Vision festgehalten hat.

### Handlungsmöglichkeiten

Sabine S. lässt sich professionell zur Geschäftsgründung und Geschäftsführung beraten. Sie

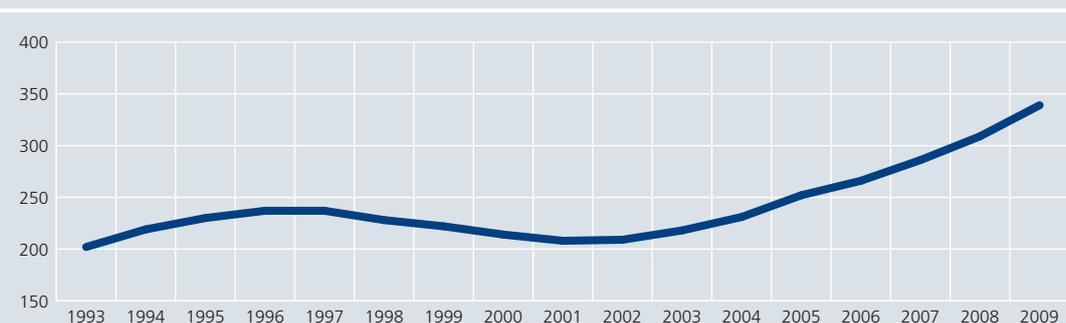
besucht ein betriebswirtschaftliches Seminar, das ihr hilft, ihre kaufmännischen Entscheidungen fundiert zu treffen. Die Beratung und die Weiterbildung helfen ihr, einen realistischen Überblick über notwendige Umsatz- und Gewinnziele zu erlangen. Zugleich überprüft sie auch ihre privaten Ausgaben, um festzustellen, wie hoch ihr minimaler monatlicher Mittelbedarf ist. Auf dieser Grundlage wird sie ihre Entscheidung für bzw. gegen das Weiterführen ihres Geschäfts überdenken.

### Immer mehr Menschen mit Hochschulabschluss

Ein positives Ergebnis individueller Bildungsbemühungen, das durch die Ergebnisse der PISA-Studien häufig in den Hintergrund gedrängt wird, ist die Tatsache, dass immer mehr junge Menschen einen Hochschulabschluss erwerben. Abbildung 3.7 zeigt die Zahl der pro Jahr bestandenen Hochschulprüfungen (einschließlich Promotionen) an Fachhochschulen, Universitäten und Pädagogischen Hochschulen von 1993 bis 2009: Innerhalb der hier betrachteten 16 Jahre stieg die Zahl der Abschlüsse von 200.000 auf rund 340.000. Das Potential an Hochschulabsolventen ist damit vermutlich noch lange nicht ausgeschöpft. Um die Zukunftsfähigkeit demographisch alternder Wissensgesellschaften wie der deutschen zu sichern, sollte es

**Die Zahl der Hochschulabschlüsse ist auf rund 340.000 gestiegen.**

Abb. 3.7: Entwicklung der Zahl der bestandenen Hochschulprüfungen (Zahlen in 1.000)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

ein vorrangiges politisches Ziel sein, künftig noch mehr junge Menschen zu einem Hochschulabschluss zu befähigen.

Eine gute formale Bildung wie der Hochschulabschluss verbessert in der Regel langfristig die persönliche finanzielle Lage. Der hohe Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten allerdings führt dazu, dass nicht alle gut ausgebildeten jungen Menschen heute auch gute Einkommenschancen haben.

### Erwerbsarbeitslosigkeit – schwankend, aber tendenziell steigend

**2009 waren rund 3,4 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet.**

Die Zahl der Arbeitslosen hat seit Anfang der 1990er Jahre sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zugenommen. Abbildung 3.8 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1991. Insgesamt waren 1991 in beiden Teilen Deutschlands insgesamt 2,6 Millionen Personen als Arbeitslose registriert. 2009 waren es rund 3,4 Millionen.

Die Entwicklung ist durch viele Faktoren bedingt und verlief nicht kontinuierlich. Seit 2005 haben insbesondere die Veränderungen am Arbeitsmarkt und in der Arbeitsverwaltung im Zuge der sogenannten Hartz-Reformen wieder zu einem Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen geführt.

Die insgesamt zunehmende Erwerbslosigkeit ist bei vielen Menschen mit der Angst um den eige-

nen Arbeitsplatz verbunden. So zeigten die Zahlen des Sozio-oekonomischen Panels zwischen 2001 und 2004 eine erhebliche Zunahme der Zahl der Personen, die große Sorgen um ihren Arbeitsplatz äußerten. Diese Sorgen sind verständlich. Denn der Verlust des Arbeitsplatzes stellt eines der größten Armutsrisiken dar.

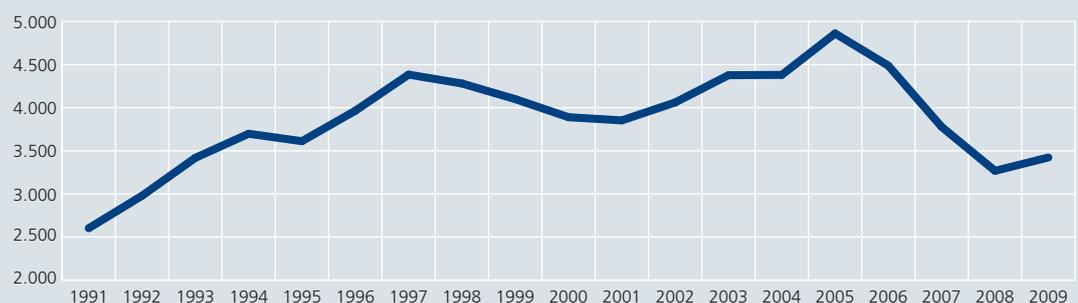
### FALLBEISPIEL

#### **Familie mit zwei erwachsenen Kindern in der Ausbildung (Einkommen nach Arbeitsplatzverlust des Mannes: 3.800 Euro)**

##### **Situation**

Wolfgang und Brigitte G. leben mit ihrem 18-jährigen Sohn und ihrer 20-jährigen Tochter in ihrem eigenen Einfamilienhaus auf dem Land. Wolfgang G. ist seit der Geburt der Tochter Hauptverdiener der Familie. Brigitte G. hat einen Minijob und arbeitet zehn Stunden pro Woche. Beide Kinder wohnen noch zu Hause. Die Tochter studiert, der Sohn bereitet sich auf sein Abitur vor. Danach möchten Wolfgang und Brigitte G. ihm ebenfalls ein Studium ermöglichen. Durch eine Unternehmensfusion verlor Wolfgang G. vor wenigen Wochen seine Arbeit. Das Haushaltsnettoeinkommen setzt sich nun aus Arbeitslosengeld I, dem Minijob von Brigitte G. und dem Kindergeld zusammen. Mit 3.800 Euro liegt es gut 1.000 Euro unter dem bisherigen Einkommen.

**Abb. 3.8: Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen**  
(Zahlen in 1.000)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Fixkosten der Familie sind hoch: Aufgrund der schlechten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr benötigen die G.s zwei Pkw. Das Haus der Familie ist noch nicht schuldenfrei. Neben den Zins- und Tilgungsraten schlagen auch Raten für einen Renovierungskredit zu Buche. Zusammen mit weiteren festen Ausgaben für Hausnebenkosten, Versicherungen, Vereinsbeiträge, Fahrkarten für die Kinder, Abonnements und Telekommunikation hat die Familie über 2.800 Euro an festen monatlichen Verpflichtungen. Die verbleibenden 1.000 Euro sind für den monatlichen Alltagsbedarf einer Familie mit vier erwachsenen Personen sehr knapp bemessen.

### Handlungsmöglichkeiten

Vorübergehend kann die Familie ihre Lebenshaltung durch eine starke Kontrolle ihrer Ausgaben und durch Kaufzurückhaltung an die neue Einkommenssituation anpassen. Wenn sich die Situation allerdings nicht nachhaltig entspannt, muss die Familie schmerzvolle Veränderungen in Kauf nehmen. Die Kinder werden in den kommenden Jahren noch kein eigenes Geld verdienen. Sollte Wolfgang G. also keine neue Anstellung bzw. nur eine Anstellung mit wesentlich geringerer Vergütung als in seinem vorherigen Job finden, muss seine Ehefrau die Erwerbstätigkeit erweitern. Auch über den Verkauf des Hauses und einen Umzug in eine verkehrsgünstig gelegene Wohnung muss die Familie sprechen.

## Formen des Lebensunterhalts

Die bereits dargestellten Veränderungen der Haushalts- und Lebensformen (siehe Seite 16ff.) sowie die damit einhergehenden Veränderungen im Erwerbssystem führen dazu, dass immer weniger Menschen in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt ohne externe finanzielle Unterstützung zu bestreiten.

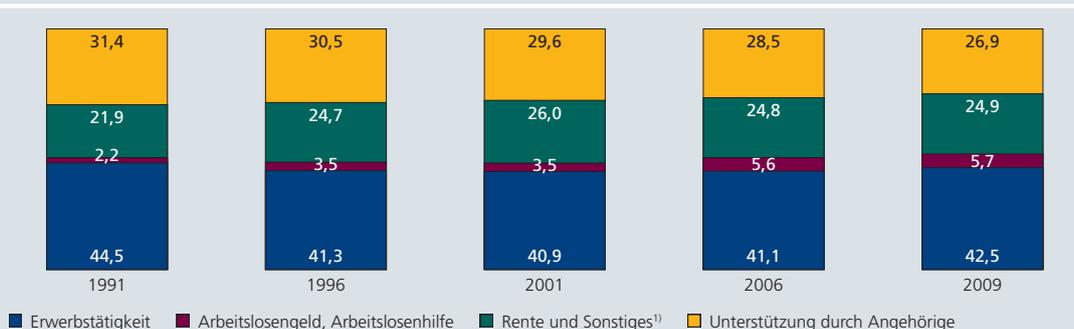
Abbildung 3.9 zeigt die Struktur der Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts der Bevölkerung für die Jahre 1991 bis 2009. Erwerbstätigkeit und die Unterstützung durch Angehörige haben demnach insgesamt an Bedeutung verloren. Andererseits tragen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sowie Rentenzahlungen und sonstige Einkünfte in immer mehr Haushalten maßgeblich dazu bei, den Lebensunterhalt zu sichern.

Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können und auf staatliche Transferleistungen oder Unterstützung von Verwandten angewiesen sind, sind häufig von Armut bedroht. In der Regel reichen ihre finanziellen Mittel lediglich aus, um einen gewissen Mindestlebensstandard zu ermöglichen. Um mit ihren geringen Ressourcen überhaupt auszukommen, müssen die betroffenen Haushalte ihre Finanzen daher besonders vorausschauend managen und jeden Ausgabeposten auf den Prüfstand stellen.

**Immer weniger Menschen können ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft sichern.**

Abb. 3.9: Struktur der Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts

(Anteile der Gesamtbevölkerung, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus der genannten Quelle bestreiten, in Prozent)



1) Pension, eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung, sonstige Unterstützungen (z.B. BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

## ■ FALLBEISPIEL

**Alleinstehende ältere Frau  
(Altersrente: 1.050 Euro)****Situation**

Die Rentnerin Marta P. ist seit rund fünf Jahren Witwe und lebt allein in einer kleinen Wohnung am Stadtrand. Obwohl sie bescheiden lebt, fällt es der 70-Jährigen schwer, mit ihrer monatlichen Altersrente in Höhe von 1.050 Euro auszukommen. Sobald ungeplante Ausgaben ins Haus stehen, muss sie den Dispositionskredit ihres Girokontos in Anspruch nehmen. Das Konto danach wieder auszugleichen bedeutet enorme Anstrengungen und versetzt sie jedes Mal in große Sorge.

**Handlungsmöglichkeiten**

Eine Analyse der Einnahmen und Ausgaben von Marta P. zeigt, dass sie tatsächlich sehr sparsam und bescheiden lebt. Sie zahlt jedoch regelmäßig Beiträge für vor langer Zeit abgeschlossene Versicherungen, die sie heute nicht mehr braucht. Eine Überprüfung dieser Versicherungen durch die Beratung der Verbraucherzentrale ergibt, dass Marta P. jährlich rund 480 Euro ihrer Versicherungsausgaben einsparen kann.

Auch die Budgetberatung zeigt Möglichkeiten zur Optimierung des Finanzmanagements auf: Marta P. spart monatlich eine feste Summe in einen Sparvertrag, den sie als Reserve für finanzielle Notfälle angelegt hat. An dieser Summe hält sie fest, auch wenn außerplanmäßig Ausgaben zu leisten sind. In solchen Fällen nutzt sie lieber den Dispositionskredit ihres Girokontos. Die bessere Lösung wäre allerdings, im entsprechenden Monat weniger zu sparen bzw. die Rechnung aus dem Ersparnis zu begleichen. Die finanzielle Belastung durch die Überziehungszinsen und der psychische Druck, den Marta P. beim Überziehen ihres Kontos empfindet, wären so zu vermeiden. Die Budgetberatung hilft Marta P., ihr Budget noch vorausschauender zu planen. So schwindet auch ihre Sorge, dass sich die Inanspruchnahme des Dispositionskredites verfestigen könnte.

**Ausgaben für Versicherungen sind oft unnötig hoch.**

**Waren und Dienstleistungen für den privaten Konsum**

Das Warenangebot in Deutschland wird immer vielfältiger. Auch bei Dienstleistungen wie etwa Energie oder Telekommunikation hat die Zahl der Anbieter und der Tarife in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Für den Verbraucher bedeutet die neue Vielfalt einerseits eine höhere Wahlfreiheit. Andererseits steigen auch die Konsumverlockungen, und es ist nicht immer leicht zu entscheiden, welches Produkt bzw. welches Angebot die eigenen Anforderungen erfüllt.

**Welt der mehr als 1.000 Siegel**

Das Angebot an Waren und Dienstleistungen ist in den zurückliegenden Jahrzehnten derart explodiert, dass die Bezeichnung der „Überflussesgesellschaft“ wie eine Verharmlosung erscheint. Schon bei herkömmlichen Gütersortimenten wie Autos, Konfitüren, Töpfen und Leuchten ist die Zahl der Varianten kaum zu überblicken. Und jährlich kommen mehrere Zehntausend neue Produkte auf den Markt.

Zu der Überfülle an Waren und Dienstleistungen gehört eine Flut an Siegeln bzw. Labeln: Gütesiegel für Produkte, Branchensiegel, Echtheitsplaketten, Prüfzeichen, Regionalsiegel, Zertifizierungszeichen etc. sollen dem Verbraucher Anhaltspunkte für die Qualität der Produkte liefern. Oft allerdings tragen sie – allein durch ihre Vielzahl – eher zur Verunsicherung bei. Der Verein Verbraucherinitiative e.V. schätzt, dass es auf dem deutschen Markt über 1.000 verschiedene Label gibt. Er hat daher mit Label Online ein Internetportal eingerichtet, auf dem er die „Gütezeichen“ überprüft.

**Computer, Internet & Co.**

Die typische Warengruppe unserer Zeit heißt Informations- und Kommunikationstechnologie, kurz IKT. Längst hat sie Mikrowelle und Wäschetrockner als Zeichen der Technisierung der Haushalte abgelöst. Heute kann fast von einer

Vollversorgung mit Personalcomputern (PCs) und anderen IKT-Gütern wie etwa Mobiltelefonen ausgegangen werden.

Abbildung 3.10 zeigt die Ausstattung mit ausgewählten IKT-Gütern für die Jahre von 1998 bis 2009. Der Anteil der Haushalte, die mindestens einen PC besitzen, ist in diesem Zeitraum von knapp 40 Prozent auf knapp 80 Prozent gestiegen. Auch der Zugang zum Internet gehört heute fast zum Standard: Rund 70 Prozent der privaten Haushalte hatten 2009 einen Zugang zum Internet. Elf Jahre zuvor waren es noch weniger als 10 Prozent. Fast 90 Prozent der Haushalte verfügen über mindestens ein Mobiltelefon.

Es ist davon auszugehen, dass fast alle Haushalte, die es wünschen, über einen PC und ein Mobiltelefon verfügen. Viele Haushalte besitzen sogar mehrere PCs und Mobiltelefone, die nicht nur die erwachsenen Haushaltsmitglieder nutzen, sondern auch der Nachwuchs.

Die zunehmende Nutzung von PC und Internet verändert nicht nur die Freizeitgestaltung und die Mediennutzung, sondern auch das Kaufverhalten. Als Indikator dafür kann die Entwicklung des Onlineeinkaufs dienen: Von 2002 bis 2009 ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der Anteil der Personen, die das Internet privat für Einkäufe genutzt haben, von 33 Prozent auf 55 Prozent gestiegen. Besonders häufig werden Kleidung und Sportartikel sowie gebrauchte Möbel und Spielzeug im Internet erworben.

Auch die Verkäufe von Privat an Privat über das Internet haben zugenommen.

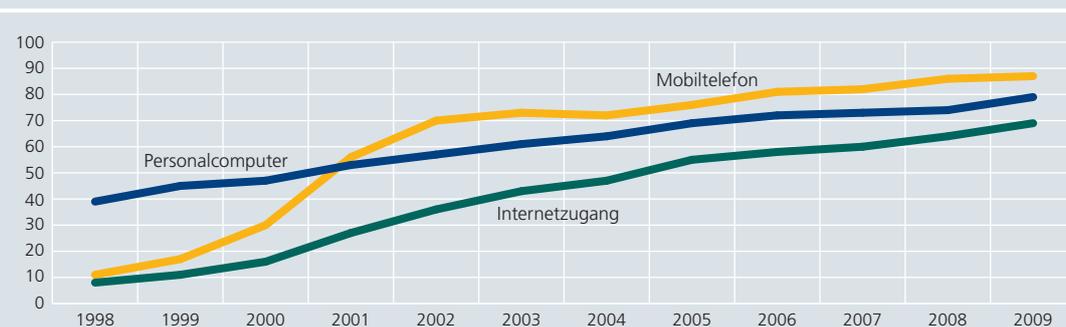
### Tarifschungel im Telekommunikationsmarkt

Bis Ende der 1980er Jahre gab es in Deutschland das Postmonopol, d.h., die Deutsche Bundespost war alleiniger Anbieter von Telekommunikationsleistungen. Seit der vollständigen Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes im Jahr 1998 ist die Zahl der Anbieter nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bis 2004 auf über 2.000 gestiegen. Vor allem kleine Netzbetreiber konnten ihre Marktanteile seither kontinuierlich vergrößern. Seit Jahren nimmt auch die Zahl der örtlich ausgerichteten Festnetzanbieter zu.

Die Nachfrage im Fest- und Mobilfunknetz hat sich in den 1990er Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Während die Zahl der Festnetzanschlüsse weitgehend konstant blieb, nahm die Zahl der Mobilfunkanschlüsse kontinuierlich zu. Ende 2007 gab es rund 39 Millionen Festnetzanschlüsse in Deutschland. Die Zahl der Mobilfunkanschlüsse (gemessen an der Zahl der SIM-Karten) hingegen stieg laut Bundesnetzagentur von 24 Millionen im Jahr 1999 auf mehr als 97 Millionen Ende 2007. Damit gibt es in Deutschland heute mehr Mobilfunkverträge bzw. SIM-Karten als Einwohner. Rund 55 Prozent der Mobilfunkteilnehmer nutzen eine vorausbezahlte SIM-Karte.

**Die Zahl der Mobilfunkanschlüsse nahm auf 97 Millionen zu.**

**Abb. 3.10: Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten IKT-Gütern**  
(Ausstattungsgrad in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Tarife für Telekommunikationsdienste im Fest- und Mobilfunknetz sind extrem differenziert. Selbst die Bundesnetzagentur hat keine Informationen darüber, wie hoch die Zahl der Tarifoptionen insgesamt ist. Eine Vorstellung von der Tarifvielfalt vermitteln Onlinesuchmaschinen für Preisvergleiche wie etwa Verivox.

**Telekommunikationstarife sind sehr differenziert und unübersichtlich.**

Die Grundvarianten gängiger Telekommunikationsdienste – also Einzelgesprächsabrechnung, Telefon zum Pauschalpreis (Flatrate) und DSL-Komplettpaket (für Festnetz oder Mobilfunk mit Internetzugang und Internettelefonie) – existieren in vielen Differenzierungen. Sie sind etwa nach Zeiteinheiten und Gesprächszeitpunkt oder beispielsweise mit oder ohne Vorwahlnummer (Call-by-Call) zu kaufen. Call-by-Call-Anbieter ändern ihre Preise sehr häufig, manche mehrmals am Tag und auch an Wochenenden. Auch Flatrateangebote existieren in unzähligen Varianten, z.B. für das Versenden von Kurzmitteilungen (SMS), für Gespräche in bestimmte Netze, für bestimmte Tage und Tageszeiten. Weit über 100 Tarife gibt es sicherlich, es könnten auch viele Hundert Tarife sein. Für den Verbraucher ist kaum zu entscheiden, welcher Tarif für ihn ökonomisch am sinnvollsten ist.

### **Wettbewerb der Energiedienstleister**

Bis 1998 gab es in Deutschland keinen Markt für leitungsgebundene Energie. Die Stromversorger hatten Gebietsmonopole in gesetzlich festgelegten Versorgungsgebieten. Für die Kunden bestand ein Anschlusszwang. Seit 1999 können Haushalte ihren Stromlieferanten selbst auswählen. Etwa 1.100 private, öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen (etwa kleine Stadtwerke) bieten ihren Strom an. Da nur wenige dieser Anbieter deutschlandweit tätig sind, ist die Zahl der möglichen Stromlieferanten regional sehr unterschiedlich. In der Mitte Deutschlands sind in der Regel nicht mehr als 50 Stromanbieter auf dem Markt. In dicht besiedelten Regionen können es allerdings bis zu 200 Energieunternehmen sein. Besonders viele Stromanbieter gibt es in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

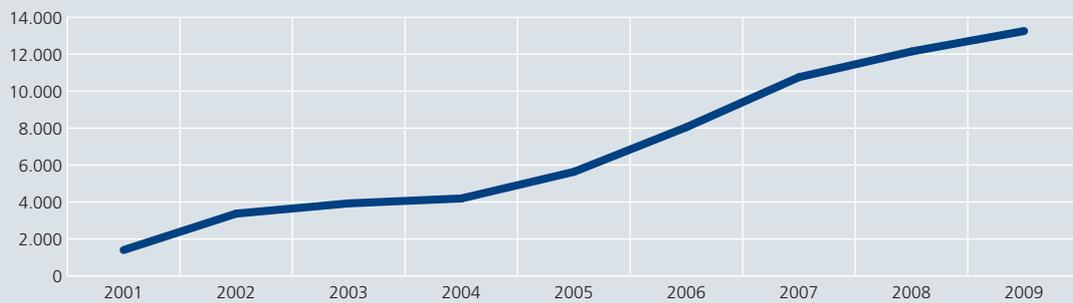
Die angebotenen Stromtarife sind – ähnlich wie das Angebot von Telekommunikationsdienstleistungen – zahlreich und kaum zu überblicken. Sie unterscheiden sich in Abhängigkeit vom Anbieter, von der Region, der vertraglich festgelegten Liefermenge, der Vertragslaufzeit und dem Zahlungsmodus. Stromrechner im Internet zeigen für manche Regionen mehr als 250 Tarife an. Neben dem Preis spielt für viele Verbraucher heute auch die umweltpolitische Ausrichtung des Stromanbieters bei der Kaufentscheidung eine Rolle, und Ökostromanbieter gewinnen zunehmend Kunden.

### **Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge**

Eine weitere Liberalisierung mit konkreten Auswirkungen auf das private Finanzmanagement war die Einführung der privat finanzierten und staatlich geförderten zusätzlichen Altersvorsorge für Sozialversicherungspflichtige und Selbständige. Seit 2001 können abhängig Beschäftigte mit der sogenannten Riester-Rente privat für ihr Alter vorsorgen. Selbständige haben die Möglichkeit der privaten, staatlich geförderten Vorsorge durch die seit 2005 eingeführte sogenannte Rürup-Rente. Seither wird in Deutschland „geriestert“ und „gerürupt“. Abbildung 3.11 zeigt die Entwicklung der Zahl der Riester-Verträge für die Jahre 2001 bis 2009.

Zwar sind diese privaten Vorsorgeleistungen freiwillig, d.h., jeder Haushalt muss für sich entscheiden, ob er seinen aktuellen Konsum zugunsten des späteren Konsums einschränken möchte. Klar ist jedoch, dass der Großteil der Bevölkerung seinen Lebensstandard im Alter ohne diese Eigenvorsorge nicht aufrechterhalten können. Denn die Einführung der Riester-Rente sollte die Alterssicherung nicht grundsätzlich aufstocken, sondern einer Absenkung des Rentenniveaus entgegenwirken. So wurde das Nettorentenniveau des idealtypischen „Eckrentners“, der 45 Jahre lang Beiträge zur Sozialversicherung geleistet hat, im Zuge der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung 2000/2001 von 70 auf 67 Prozent abgesenkt.

**Abb. 3.11: Entwicklung der Zahl der Riester-Verträge**  
(Zahlen in 1.000)



Quelle: BVI Bundesverband Investment und Asset Management.

Nach jahrzehntelang wiederholten Beteuerungen verschiedener Bundesregierungen, die Renten seien sicher, war klar, dass infolge der demographischen Alterung der Gesellschaft und der Wechsellagen am Arbeitsmarkt zwar die Rente als solche, nicht aber deren Höhe sicher ist. Um das Sparen für die private Zusatzvorsorge attraktiv zu machen, schuf die Bundesregierung Zulagen und Sonderabzugsmöglichkeiten in der Einkommensteuer. Die Förderinstrumente und Vermögensbildungsprodukte blieben nach Ansicht von Kritikern für viele Bürger allerdings ein „Buch mit sieben Siegeln“ und wurden als nicht ausreichend attraktiv wahrgenommen. So ist umstritten, ob die bis Mitte 2010 abgeschlossenen knapp 14 Millionen Riester-Verträge und die 1,2 Millionen Rürup-Verträge als Erfolg oder als Misserfolg zu werten sind.

## Individuelle und gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten

Der beschriebene gesellschaftliche und ökonomische Wandel unserer Gesellschaft lässt sich nicht aufhalten. So kann ein einzelner Mensch bzw. ein einzelner Haushalt nicht verhindern, dass Lebensläufe und Erwerbsbiographien insgesamt fragmentierter, das Angebot an Waren und Dienstleistungen unübersichtlicher und die Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge dringlicher werden. Dennoch: Haushalte sind die Elementareinheiten von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind kleine Fabriken, die durch die

Kombination von humanen, finanziellen und sachlichen Mitteln konkrete Lebensqualität produzieren. Unabhängig von seiner individuellen Ausstattung mit Ressourcen hat jeder Haushalt dabei gewisse Freiheiten.

Viele Armutsrisiken wie etwa Scheidung, Trennung, Tod des Partners oder Arbeitslosigkeit sind nur sehr individuell oder auch gar nicht zu vermeiden. Anders verhält es sich jedoch mit der finanziellen Bildung und den Fähigkeiten, den eigenen Haushalt zu managen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Vermeidung von Armut und Überschuldung ist daher die Behebung von Bildungsdefiziten. Seit Jahren weisen Studien bei vielen Jugendlichen und Erwachsenen unzureichende wirtschaftliche und finanzielle Kompetenzen nach. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer Verbesserung der ökonomischen Bildung. Diese kann in der Tat dazu beitragen, die individuellen Fähigkeiten zur Bewältigung der künftig voraussichtlich noch zunehmenden Anforderungen in der Alltags- und Lebensökonomie zu stärken. Es gilt jedoch, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. So hilft es den Betroffenen wenig zu wissen, wie der Bundesfinanzminister heißt und wo die Europäische Zentralbank ihren Sitz hat. Wichtig hingegen ist die Förderung einer hauswirtschaftlich-finanzwirtschaftlichen Grundbildung. Denn sie versetzt Menschen und Haushalte langfristig in die Lage, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen verantwortungsvoll und vorausschauend umzugehen.

**Bildung hilft,  
Armut und  
Überschuldung  
vorzubeugen.**

## Literatur und Quellen

**Bauer, O.; Czajka, S.:** Online Shopping liegt im Trend. In: STATmagazin, Statistisches Bundesamt. Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

**Bundesnetzagentur:** Historie der Liberalisierung. Internet: [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de).

**Bundesnetzagentur:** Jahresbericht 2009. Bonn 2010.

**Bundesverband Investment und Asset Management (BVI):** Entwicklung der Anzahl aller Riester-Verträge. Internet: [www.bvi.de](http://www.bvi.de).

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin:** SOEPmonitor 1984–2009. Zeitreihen zur Entwicklung ausgewählter Indikatoren zu zentralen Lebensbereichen. Analyseebene: Person. Internet: [www.diw.de](http://www.diw.de).

**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin:** SOEPmonitor 1984–2009. Zeitreihen zur Entwicklung wohnungsmarktrelevanter Indikatoren in Deutschland. Analyseebene: Private Haushalte. Internet: [www.diw.de](http://www.diw.de).

**Die Verbraucherinitiative e.V.:** Label online. Das Internetportal zu Labeln und nachhaltigem Leben. Internet: [www.label-online.de](http://www.label-online.de).

**Erlinghagen, M.:** Zunehmende Angst vor Jobverlust trotz gleichbleibender Beschäftigungsstabilität. In: ISI, Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 44, August 2010, S. 1–4.

**GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften:** ALLBUS Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Datenhandbuch 1980–2008. Studien-Nr. 4570. Internet: [www.gesis.org](http://www.gesis.org).

**Piorkowsky, M.-B.:** Finanzielle Bildung für die Alltags- und Lebensgestaltung. In: Verbraucherzentrale Bundesverband (Hrsg.): Schuldenreport 2009. Fakten, Analysen, Perspektiven. Berlin 2009, S. 122–165.

**Professur für Haushalts- und Konsumökonomik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:** Selbstständige in Deutschland 2005–2009. Der Selbstständigen-Monitor mit dem vollständigen Datensatz des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Bonn 2010. Internet: [www.huk.uni-bonn.de](http://www.huk.uni-bonn.de).

**Seibert, H.:** Berufswechsel in Deutschland. Wenn der Schuster nicht bei seinen Leisten bleibt ... In: IAB Kurzbericht, Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Ausgabe Nr. 1, 19.1.2007.

**Statistisches Bundesamt:** Arbeitsmarkt – Registrierte Arbeitslose, Arbeitslosenquote. Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

**Statistisches Bundesamt:** Bevölkerung – Private Haushalte, Eheschließungen und Ehescheidungen, Alleinerziehende. Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

**Statistisches Bundesamt:** Bildung – Bestandene Prüfungen. Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

**Statistisches Bundesamt/Professur für Haushalts- und Konsumökonomik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:** Gendermonitor Existenzgründung 2006. Existenzgründungen im Kontext der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Deutschland. Eine Strukturanalyse von Mikrozensusergebnissen. Bonn 2008. Internet: [www.huk.uni-bonn.de](http://www.huk.uni-bonn.de).

**Statistisches Bundesamt:** IKT in Deutschland. Informations- und Kommunikationstechnologien 1995–2003. Computer, Internet und mehr. Wiesbaden 2004.

**Statistisches Bundesamt:** Im Blickpunkt Informationsgesellschaft in Deutschland. Wiesbaden 2002.

**Statistisches Bundesamt:** Informationsgesellschaft in Deutschland. Wiesbaden 2009.

**Statistisches Bundesamt:** Lebensunterhalt, Konsum – Quellen des Lebensunterhalts. Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

**Statistisches Bundesamt:** Statistisches Jahrbuch, 1990 ff.

**Strümpel, B.:** Psychologie gesamtwirtschaftlicher Prozesse. In: Graf Hoyos, C., et al. (Hrsg.): Grundbegriffe der Wirtschaftspsychologie. München 1980, S. 15–29.

**Weick, S.:** Familie und Arbeit immer noch wichtiger als Freizeit. Wertorientierungen, Arbeitszeitwünsche und Freizeitaktivitäten. In: ISI, Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 10, Juli 1993, S. 9–13.

## 4 „Planen muss man als Familie neu lernen“

### Ein Interview über Finanzen und Budgetplanung in Familien mit Prof. Dr. Stefanie Bödeker

Das Interview führte Reinhard Schlieker.

#### Prof. Dr. Stefanie Bödeker

ist Professorin für Verbraucherdienstleistungen und Beratungsmethodik im Fachbereich Oecotrophologie an der Hochschule Niederrhein. Sie befasst sich mit Fragen der wirtschaftlichen Bewältigung des Alltags in der modernen Gesellschaft und forscht zu sich wandelnden Lebensbedingungen für Haushalte und zur Ernährung in der Familie. Zudem betreut sie zahlreiche Projekte zur Vermittlung von Gesundheitskompetenz und zur Stärkung der Haushaltsführungs- und Finanzkompetenz bei Kindern und Familien.



#### ▽ Frau Prof. Bödeker, wie hat sich die finanzielle Lage von Familien in den vergangenen Jahrzehnten verändert?

▲ Langfristig betrachtet, ist der finanzielle Spielraum für Familien größer geworden, und der Lebensstandard ist insgesamt gestiegen. Allerdings hat sich die Zusammensetzung der Ausgaben verändert: Miete und Lebensmittel hatten schon immer einen großen Anteil am Budget. Ihr Anteil ist aber zurückgegangen. Dafür haben beispielsweise die Ausgaben für Mobilität und Kommunikation deutlich zugenommen. Und der Anspruch ist heute ein anderer. Die technische Ausstattung privater Haushalte mit mehr als einem Handy, einem Fernseher und einem Pkw ist mittlerweile Normalität. Auch andere Ausgabepositionen steigen, etwa die Kosten für Energie und Vorsorge. So bleibt vielen Familien unter dem Strich weniger Geld zur freien Verfügung als vor zehn oder 20 Jahren.

#### ▽ Ist der alltägliche Umgang mit Geld heute ein anderer als in der Generation vorher?

▲ Im Alltag hat sich vieles verändert: Nehmen Sie zum Beispiel den Umgang mit Bargeld und

Kartenzahlung. Einkäufe mit Bargeld zu bezahlen empfinden viele Menschen heute als unpraktisch. Das Zahlen mit EC-Karte oder die Nutzung von Kreditkarten – und sei es nur für besondere Zwecke wie etwa den Mietwagen im Urlaub – sind heute nicht mehr wegzudenken. Wer kennt und nutzt heute denn noch Reiseschecks? Auch das Onlinebanking hat sich durchgesetzt. Es erspart zusätzliche Wege und damit auch kostbare Familienzeit.

#### ▽ Welche Auswirkungen hat das?

▲ Der virtuelle Umgang mit Geld führt dazu, dass eine Konsumententscheidung weniger Hürden nehmen muss und somit schneller getroffen wird. Niemand muss sich mehr fragen „Hab ich auch genügend Geld dabei?“. Man hat ja die Karte. Und im Geschäft lässt sich nicht prüfen, welche Abbuchungen gerade vorgenommen wurden und ob das Konto schon überzogen ist.

#### ▽ Hat sich das Finanzwissen verändert?

▲ Unser Wissen passt sich durchaus den Erfordernissen des Alltags an. Im alltäglichen Umgang mit Geld, etwa beim Einkauf, können wir lernen, unsere Finanzen einzuteilen. Anders ist es bei wenig konkreten, aber wichtigen

Finanzthemen wie der privaten Alters- und Gesundheitsvorsorge, den Versicherungen und der Vermögensbildung. Hier ist das erforderliche Finanzwissen sehr viel komplexer und nicht mit einfachen Daumenregeln zu steuern. Das notwendige Wissen ist vielschichtiger und damit komplizierter geworden und ist unserem Erfahrungswissen oftmals nicht angepasst.

▽ *Was muss ein Familienvater bzw. eine Familienmutter heute unbedingt beachten, wenn es um das Budget geht?*

▲ Das Familienbudget kann nie isoliert betrachtet werden vom Zeitbudget einer Familie. Mit dem Einstieg in die Familienphase spüren viele Eltern, dass Zeit und Geld zwei miteinander konkurrierende Ressourcen sind. Beide sind meist knapp bemessen. Mehr Geld zu verdienen ist geknüpft an die Tatsache, dass weniger Zeit für die Kinder, für die Hausarbeit und für die persönliche Regeneration bleibt. Nicht selten werden dann genau hier höhere Ausgaben notwendig – etwa für die Kinderbetreuung oder eine Haushaltshilfe. Hier muss jede Familie ihre individuelle Balance zwischen ihren Lebensvorstellungen, ihren Wünschen und ihren Geld- und Zeitressourcen finden.

▽ *Welche Rolle spielt die Budgetplanung?*

▲ Das Budget ist immer begrenzt. Das bedeutet im Regelfall: Ohne Planung wird früher oder später Geld im Budget fehlen. Planen kann und muss man als Familie neu lernen. Anders als bei Alleinlebenden geht es nicht mehr nur um die eigene Versorgung, sondern auch um die Bedürfnisse aller Familienmitglieder und um die existenzielle Vorsorge für die Zukunft. Das erfordert ein gutes Beziehungs- und Konfliktmanagement, denn Geld hat neben seiner Funktion als Zahlungsmittel auch eine symbolische Bedeutung wie die Vermittlung von Liebe oder Sicherheit.

Jede Familie sollte folgende Fragen für sich klären:

- Haben wir einen Überblick über unsere Einnahmen und Ausgaben?
- Wie wollen wir leben? Welchen Lebensstandard streben wir an?
- Welche Rücklagen müssen wir bilden, damit wir unseren Lebensstandard halten können?

- Welche Veränderungen kommen in den nächsten fünf, zehn oder 20 Jahren auf uns zu?
- Welche finanziellen Risiken haben wir, und wie sichern wir uns ab?
- Wie sorgen wir fürs Alter vor? Diese Frage gilt besonders für nicht berufstätige Mütter.

▽ *Gibt es verlässliche Mittel und Methoden, die helfen, das Beste aus dem verfügbaren Einkommen zu machen?*

▲ Ja, die gibt es. Das Wichtigste ist zunächst einmal, sich darüber klar zu werden, was das Beste für die Familie ist. Also: Was ist der Familie individuell wichtig? Hier tickt jede Familie anders. Die eine Familie möchte sich unbedingt Biolebensmittel leisten können, die andere lieber mal den Freizeitpark besuchen. Erst wenn klar ist, wo die Prioritäten liegen, kann die Familie gezielt Budgetentscheidungen treffen. Wenn klar ist, was man erreichen will bzw. was man sich leisten möchte, wachsen auch der Stolz und die Zufriedenheit, wenn diese Ziele erreicht werden. Man entgeht dann etwas dem Zwang, sich mit anderen zu vergleichen.

▽ *Und wenn die Ziele klar sind, wie geht es dann weiter?*

▲ Im zweiten Schritt gilt es, Transparenz über Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Bestes Hilfsmittel ist und bleibt das Haushaltsbuch – egal ob als echtes Buch oder als PC-Datei. Nach der ersten Eigenanalyse kann eine gezielte Budgetberatung dabei unterstützen, mögliche Konfliktthemen zu versachlichen und die Finanzlage zu optimieren. Bei allen weitreichenden Finanzentscheidungen wie Baufinanzierung, Versicherungen, Altersvorsorge und Vermögensanlage ist es empfehlenswert, auf fachkundige Unterstützung zurückzugreifen. Diese Beratung sollte auf jeden Fall neutral und unabhängig, d.h. nicht an Verkaufsinteressen gekoppelt sein.

▽ *Welche Beratungs- und Unterstützungsangebote gibt es denn für Familien?*

▲ Das Thema Finanzkompetenz ist zwar in aller Munde, aber wenn man genauer hinschaut, dann gibt es viel zu wenige Angebote, mit denen Familien persönlich angesprochen und individuell beraten werden. Zurzeit entdecken

**Das finanzielle Budget einer Familie kann nicht isoliert vom Zeitbudget betrachtet werden.**

die Geldinstitute die Familien zunehmend als Zielgruppe. Diese Beratung kann eine neutrale Verbraucherinformation aber nicht ersetzen. Im Internet gibt es tolle Angebote zur Selbstinformation. Diese sind den meisten Familien und auch den Multiplikatoren, die mit Familien zusammenarbeiten, aber häufig nicht bekannt.

▽ **Wie können die Familien erreicht werden, die im Umgang mit Geld zu scheitern drohen?**

▲ Das beste Mittel ist Prävention. Zunächst einmal muss man davon ausgehen, dass niemand absichtlich falsch mit seinem Geld umgeht. In Finanznot zu geraten und diese Situation nicht aus eigenen Kräften bewältigen zu können gibt vielen Menschen das Gefühl, gescheitert zu sein. Dafür schämen wir uns. Der Psychotherapeut Micha Hilgers erklärt, dass diese Scham vor dem eigenen Scheitern eine Hürde darstellt, die nur schwer zu überwinden ist. Daraus kann man ableiten, wie wichtig es ist, gefährdete Familien in der frühen Phase zu erreichen und sie im Vorfeld zu unterstützen. Wer Familien ernsthaft helfen möchte, muss daher in die frühzeitige Prävention investieren. Fatalerweise sind die Mittel für Familienbildung, Schuldner- und Verbraucherberatung aber so knapp bemessen, dass die Präventionsarbeit nicht systematisch ausgebaut werden kann.

▽ **Wie kann ein solches Präventionsangebot konkret aussehen?**

▲ Das Projekt „Offen gesprochen über Geld“<sup>1)</sup> in Familienzentren in Nordrhein-Westfalen etwa

bietet einen erfolgversprechenden Ansatz. Finanz- und Geldthemen werden hier in die Arbeit der Familienzentren und Kindertagesstätten eingebunden. So ist es möglich, schon mit Vorschulkindern tolle Projekte zum Thema Geld und Finanzkompetenz zu gestalten und gleichzeitig mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur frühen Sozialisation im Umgang mit Geld. Es hilft den Mitarbeitern der Einrichtungen, mit dem Thema umzugehen und Familien mit konkreten Angeboten anzusprechen. Das Ziel ist es, den Umgang mit Finanzen und Geld zu normalisieren, Verständnis zu zeigen und Hilfe anzubieten.

▽ **Was ist Ihre verblüffendste Erfahrung, die Sie bei Ihren jüngsten Forschungen gemacht haben?**

▲ Vielfach haben uns Erzieherinnen berichtet, dass Kinder nicht mehr Kaufläden spielen können. Das ist schon erstaunlich. Zugleich lässt es aufhorchen. Das spielerische Einüben von Tauschprozessen ist ein wichtiger Baustein in der finanziellen Bildung von Kindern. Auch wenn es stressig ist: Es ist wichtig, dass Eltern mit den Kindern gemeinsam einkaufen gehen und so ihr Verständnis für den Umgang mit Geld fördern. Auch der Zusammenhang von Arbeit und Geld ist für Kinder oft nicht ersichtlich. Erzieherinnen gelingt es, mit faszinierenden Projekten diesen Zusammenhang kindgerecht zu vermitteln.

*Frau Prof. Bödeker, vielen Dank für das Gespräch.*

**Erzieherinnen berichten, dass Kinder heute nicht mehr Kaufläden spielen können.**

1) Über Geld spricht man doch! Ein Handlungskonzept für Familienzentren. Weitere Informationen im Internet unter [www.netzwerk-finanzkompetenz.de](http://www.netzwerk-finanzkompetenz.de) > Angebote für Familienzentren/Kitas.

# 5 Finanzmanagement in deutschen Haushalten

## Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung

Von Dr. Annika Ollrog



**Dr. Annika Ollrog**

*ist Redakteurin und Analystin  
am F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen.*

Der Umgang mit Geld wird für private Haushalte in Deutschland zunehmend komplex. Der Konsum gewinnt an Bedeutung, das Warenangebot und die Vielfalt an Dienstleistungen steigen, Finanzprodukte und finanzielle Dienstleistungen werden zahlreicher und sind häufig kompliziert (siehe dazu auch Kapitel 2, 3 und 4).

Andererseits erhöht sich der Druck, die Finanzen im eigenen Haushalt vorausschauend und nachhaltig erfolgreich zu managen. Die Notwendigkeit der privaten Vorsorge für das Leben nach der Erwerbstätigkeit schränkt den gegenwärtigen finanziellen Spielraum vieler Haushalte ein. Diskontinuierliche Lebensläufe, etwa durch Arbeitsplatzverlust oder häufige Jobwechsel, und private Trennungen stellen immer häufiger ein Verschuldungsrisiko dar.

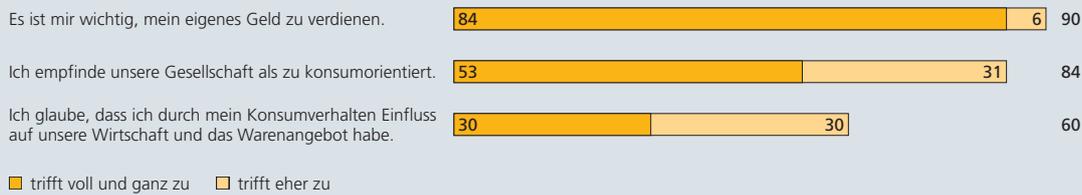
Ein bewusster Umgang mit Geld ist die beste Schuldenprävention. Wie und wofür Haushalte ihr Geld ausgeben und welche finanziellen Vorsorgemaßnahmen sie treffen, wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst – etwa von der grundsätzlichen Einstellung zu Geld, von Konsumpräferenzen, dem individuellen Finanzwissen und den persönlichen Handlungskompetenzen. Im

Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung untersucht der „SCHUFA Kredit-Kompass 2011“ diese Einflussfaktoren<sup>1)</sup>.

### Werthaltungen zu Geld

Die Befragung untersucht zunächst, welche Einstellungen und Werthaltungen die Bevölkerung in Bezug auf Geld und Finanzen hat. Dabei zeigt sich, dass es fast allen Menschen in Deutschland wichtig ist, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen. Insgesamt 84 Prozent der Befragten stimmen der Aussage „Es ist mir wichtig, mein eigenes Geld zu verdienen.“ „voll und ganz“ zu (siehe Abbildung 5.1). Weitere 6 Prozent meinen, die Aussage träfe „eher“ auf sie zu. Lediglich in den Gruppen der mindestens 60-Jährigen und der nicht bzw. nicht mehr Erwerbstätigen liegt der Anteil derer, die das eigene Geld für sich nicht als wichtig erachten, bei über 15 Prozent.

<sup>1)</sup> Zur Methodik siehe Seite 54 f. Den kompletten Fragebogen finden Sie im Anhang auf Seite 100 ff.

**Abb. 5.1: „Eigenes Geld“ zu verdienen ist neun von zehn Befragten wichtig**(Zustimmung zu allgemeinen Aussagen über den Umgang mit Geld und Finanzen<sup>1)</sup>; Anteile in Prozent der Befragten)

1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

Der eigene Verdienst garantiert eine gewisse Unabhängigkeit. Doch nicht nur deshalb ist er für viele Menschen wichtig. Die monetäre Belohnung erbrachter Leistungen bedeutet für einen großen Teil der Bevölkerung auch eine Anerkennung ihres persönlichen Beitrags zum Erfolg ihres Arbeitgebers oder – je nach beruflicher Tätigkeit und Eigeneinschätzung – sogar zum Wohl der Gesellschaft. Dass selbst in der Gruppe der Rentner noch 71 Prozent der Befragten angeben, dass es ihnen wichtig sei, ihr eigenes Geld zu verdienen, zeigt, dass viele von ihnen ihre Renten bzw. Pensionen primär als Verdienst empfinden – „eigenes Geld“, auf das sie durch jahrelange Arbeit einen Anspruch erworben haben.

### Kritik an starker Konsumorientierung

Dass Geld für viele Menschen mehr bedeutet als nur die Möglichkeit, den Konsum zu erhöhen, legt ein weiteres Ergebnis nahe: So empfinden insgesamt 84 Prozent der Befragten unsere Gesellschaft als zu konsumorientiert. Diese Einschätzung zieht sich im Wesentlichen durch alle Einkommensklassen, gilt für Männer und Frauen und variiert auch in Abhängigkeit vom Lebensalter nur wenig: Selbst in der Gruppe der unter 30-Jährigen beklagen mehr als drei Viertel der Befragten eine zu hohe Konsumorientierung. Der höchste Anteil der „Konsumkritiker“ – 89 Prozent – findet sich in der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen.

Bei allen Antworten allerdings ist eines zu bedenken: Es handelt sich lediglich um eine grundsätzliche Aussage bzw. Einschätzung.

Nicht immer – so zeigt die Befragung – spiegelt sich diese Einstellung dann auch im persönlichen Handeln wider (siehe dazu Seite 40).

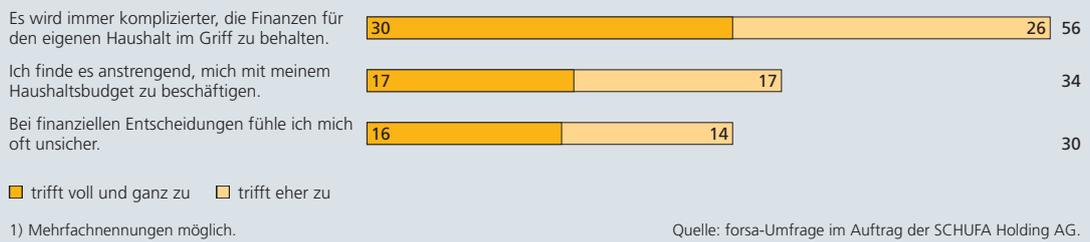
Der größte Teil der Bevölkerung meint, durch das eigene Konsumverhalten Einfluss auf das Warenangebot bzw. unser Wirtschaftssystem ausüben zu können. 30 Prozent sind der Meinung, dies träfe „voll und ganz“, weitere 30 Prozent, dies träfe „eher“ zu. Dabei fällt auf, dass die jüngere Bevölkerung die eigenen Einflussmöglichkeiten deutlich höher einstuft als die ältere: In der Gruppe der unter 30-Jährigen meinen fast sieben von zehn Befragten, ihr Verhalten hätte Einfluss auf das Warenangebot und unser Wirtschaftssystem. Bei den mindestens 60-Jährigen hingegen glaubt dies nur etwas über die Hälfte der Befragten.

**Vor allem junge Menschen glauben an die „Macht des Konsumenten“.**

### Die Finanzen im Griff zu behalten ist kompliziert

Die eigenen Finanzen zu überblicken und erfolgreich zu managen stellt für viele Menschen eine große Herausforderung dar. Angesichts der in Kapitel 3 beschriebenen Veränderungen der Lebens- und Alltagsökonomie haben sich die Anforderungen an die individuelle Finanzmanagementkompetenz in den vergangenen Jahren erhöht. 30 Prozent der Befragten sind „voll und ganz“ der Meinung, dass es immer komplizierter werde, die Haushaltsfinanzen im Griff zu behalten (siehe Abbildung 5.2). Weitere 26 Prozent stimmen dieser Aussage „eher“ zu. Insgesamt mehr als die Hälfte der Befragten empfindet das Finanzmanagement im eigenen Haushalt also als fordernd.

**Abb. 5.2: Mehr als die Hälfte findet es immer komplizierter, die Finanzen im Griff zu behalten**  
(Zustimmung zu allgemeinen Aussagen über den Umgang mit Geld und Finanzen<sup>1)</sup>; Anteile in Prozent der Befragten)



Dies gilt insbesondere für junge Menschen: So sinkt der Anteil derer, die der Aussage, es werde immer komplizierter, die Haushaltsfinanzen im Griff zu behalten, zustimmen, mit zunehmendem Lebensalter: Bei den unter 30-Jährigen beträgt er 69 Prozent. In der Altersgruppe der mindestens 60-Jährigen geben lediglich 54 Prozent an, die Haushaltsfinanzen als zunehmend kompliziert zu empfinden.

**Anforderungen an das Finanzmanagement steigen.**

Neben dem Alter spielt auch die finanzielle Ausstattung des Haushalts eine Rolle: So stimmen 69 Prozent der Geringverdiener mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 1.000 Euro der Aussage zu, es werde immer komplizierter, die Finanzen im Haushalt im Griff zu behalten. Bei den Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 Euro oder mehr sind es hingegen nur 41 Prozent. Im Vergleich ist dieser Anteil zwar niedrig – er bedeutet aber dennoch, dass mehr als vier von zehn Gutverdienern ihr Finanzmanagement als zunehmend kompliziert ansehen.

Gefragt nach den Faktoren, die das private Finanzmanagement erschweren, wird klar, dass der Großteil der Befragten es nicht unbedingt als komplizierter – im Sinne von unübersichtlicher –, sondern als allgemein schwieriger empfindet, mit dem vorhandenen Geld auszukommen bzw. hauszuhalten. Lediglich 13 Prozent der Befragten verweisen darauf, dass es angesichts der steigenden Angebots- und Anbietervielfalt kompliziert geworden sei, die Finanzen im Griff zu behalten (siehe Abbildung 5.3). Vor allem unter 30-Jährige und Ledige erwähnen den aus der Vielfalt resultierenden mangelnden Überblick.

**Medianhaushalte klagen über stagnierende Löhne**

Die meisten Menschen sehen vor allem allgemeine Preissteigerungen, hohe Lebenshaltungskosten (etwa für Energie, Miete, Mobilität oder Lebensmittel) sowie stagnierende bzw. nur gering steigende Löhne als Faktoren, die ihr Finanzmanagement erschweren. Die schleppende Lohnentwicklung ist ein Grund, der besonders häufig von Befragten mit mittleren Haushaltseinkommen, also in den Bereichen 1.000 bis unter 2.500 Euro und 2.500 bis unter 4.000 Euro genannt wird: 18 Prozent bzw. 22 Prozent der Befragten in diesen Einkom-

**Abb. 5.3: Hohe Lebenshaltungskosten erschweren das Finanzmanagement**  
(Faktoren, die das private Finanzmanagement erschweren<sup>1)</sup>; Nennungen in Prozent der Befragten, die meinen, dass es immer komplizierter werde, die Haushaltsfinanzen im Griff zu behalten<sup>2)</sup>)



mensgruppen leiden darunter, dass die Preise – zumindest in ihrer Wahrnehmung – schneller steigen als die Löhne. Für Niedrigverdiener mit einem Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 1.000 Euro und Gutverdiener, denen monatlich 4.000 Euro oder mehr zur Verfügung stehen, sind stagnierende Löhne hingegen kein dringliches Problem: Lediglich je 7 Prozent der Befragten dieser Einkommensgruppen benennen es überhaupt.

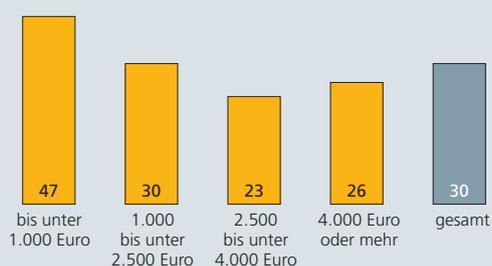
Stagnierende Renten werden insgesamt zwar nur selten (zu 6 Prozent), innerhalb der relevanten Zielgruppe – also in der Gruppe der Rentner – jedoch von einem Fünftel der Befragten genannt.

### Finanzielle Situation in kinderreichen Haushalten oft angespannt

11 Prozent der Befragten klagen über einen prinzipiellen bzw. allgemeinen Geldmangel. Dabei handelt es sich vor allem um Geschiedene, Geringverdiener mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro und Familien mit drei oder mehr Kindern. Haushalte mit Kindern weisen zudem häufiger darauf hin, dass ihre finanzielle Situation durch die Kinder komplizierter bzw. schwieriger geworden sei – vor allem, weil ein Elternteil die Erziehung übernimmt und dessen bisheriges Erwerbseinkommen somit ausfällt bzw. sich vermindert.

#### Abb. 5.4: Unsicherheit bei Haushalten mit geringem Haushaltseinkommen

(Zustimmung – „voll und ganz“ und „eher“ – zur Aussage „Bei finanziellen Entscheidungen fühle ich mich oft unsicher.“; Anteile in Prozent der Befragten nach Haushaltsnettoeinkommen)



Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

### Budgetplanung ist anstrengend

Viele Menschen empfinden es als anstrengend, sich mit ihrem Haushaltsbudget zu beschäftigen. Auf 17 Prozent der Befragten trifft dies nach eigenen Angaben „voll und ganz“, auf weitere 17 Prozent „eher“ zu. Dabei besteht ein eindeutiger Zusammenhang zum jeweiligen Haushaltsnettoeinkommen: Je mehr Geld dem Haushalt zur Verfügung steht, als desto weniger belastend wird der Umgang mit dem Haushaltsbudget empfunden. In der Gruppe der Geringverdiener mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 1.000 Euro sieht mehr als die Hälfte der Befragten das Finanzmanagement in ihrem Haushalt als anstrengende Aufgabe an. Überdurchschnittlich häufig klagen auch Geschiedene und Haushalte mit zwei oder mehr Kindern darüber, dass die Beschäftigung mit ihrem Haushaltsbudget mühsam sei.

### Gefühlte Sicherheit bei finanziellen Entscheidungen

Obwohl mehr als die Hälfte der Bevölkerung die Meinung vertritt, dass es immer schwieriger werde, die Finanzen im Griff zu behalten, fühlen sich die meisten Menschen bei ihren finanziellen Entscheidungen relativ sicher. Lediglich 16 Prozent der Befragten geben an, unsicher zu sein. Weitere 14 Prozent meinen, dass die Aussage, sie fühlten sich bei Finanzentscheidungen unsicher, zwar nicht „voll und ganz“, aber „eher“ auf sie zuträfe (siehe Abbildung 5.2). Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass ein großer Teil der Befragten mögliche Schwierigkeiten im Umgang mit Finanzen eher auf erschwerte Rahmenbedingungen als auf Defizite in der persönlichen Finanzmanagementkompetenz zurückführt. Diese Vermutung wird unterstützt durch das Ergebnis, dass ein Großteil der Befragten die eigenen Fähigkeiten, die Finanzen im Haushalt zu managen, als mindestens „gut“ einstuft (siehe dazu Abbildung 5.14 auf Seite 46).

Eher unsicher im Umgang mit finanziellen Entscheidungen sind allerdings die Geringverdiener (siehe Abbildung 5.4): 47 Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter

**Nur 16 Prozent der Befragten fühlen sich bei Finanzentscheidungen unsicher.**

1.000 Euro trauen ihrer Kompetenz in finanziellen Entscheidungen nicht bzw. nur zum Teil. In der Einkommensklasse von 2.500 bis unter 4.000 Euro sind es hingegen nur 23 Prozent und in der Klasse über 4.000 Euro 26 Prozent der Befragten, die sich bei finanziellen Entschlüssen unsicher sind. Darüber hinaus wächst das Selbstbewusstsein im Hinblick auf die eigene Urteilskraft in finanziellen Fragen auch mit dem Alter: So fühlen sich die unter 30-Jährigen zu 39 Prozent, die mindestens 45-Jährigen jedoch nur noch zu 25 Prozent bei ihren Finanzentscheidungen unsicher.

**Die eigenen Kompetenzen zu überschätzen kann gefährlich sein.**

Insgesamt muss der Anteil derer, die finanzielle Entschlüsse mit einem unsicheren Gefühl fassen, als eher gering eingeschätzt werden. Dieses Ergebnis ist einerseits erfreulich – zeigt es doch ein insgesamt gesundes finanzielles Selbstbewusstsein der Bevölkerung. Andererseits kann es durchaus gefährlich sein, die eigene Urteilskraft in finanziellen Fragen zu überschätzen. Wenn etwa auf den Rat von unabhängigen Fachleuten verzichtet wird und langfristig bindende Vertragsabschlüsse vorschnell unterschrieben werden, kann dies für den Betroffenen durchaus negative Folgen haben.

### Kauf- und Sparverhalten

Die grundsätzlichen Einstellungen zu Geld und Konsum bzw. die innere Werthaltung sind eine Sache – im Folgenden soll untersucht werden,

wie die Befragten konkret mit Geld umgehen, d.h., wofür sie ihr Geld ausgeben und an welchen Stellen sie versuchen zu sparen.

### Haushalte planen langfristig und versuchen zu sparen

Der Großteil der Bevölkerung gibt sich auf Fragen zu seinem Kauf- und Sparverhalten vernünftig und solide: Fast die Hälfte (48 Prozent) der Befragten gibt an, ihre Finanzen langfristig zu planen und damit klare Ziele zu verfolgen. Weitere 28 Prozent meinen, dies träfe zwar nicht „voll und ganz“, aber immerhin „eher“ auf sie zu (siehe Abbildung 5.5).

Niedrig ist die Planungsaffinität bei den unter 30-Jährigen und den Ledigen: Jeweils rund ein Drittel der Befragten in diesen Gruppen verfolgt eher keine oder überhaupt keine langfristigen finanziellen Ziele. Daneben bestimmt tendenziell auch das Haushaltseinkommen darüber, ob der langfristigen Planung Priorität eingeräumt wird oder nicht: So steigt der Anteil der planenden Haushalte mit zunehmendem Einkommen merklich an. Eine Erklärung dafür mag sein, dass sich viele Haushalte mit geringem Haushaltseinkommen angesichts ihres grundsätzlichen Geldmangels nicht in der Lage sehen, ihre Finanzen längerfristig zu überblicken und zu planen.

Überdurchschnittlich häufig geben Befragte mit einem geringen Haushaltseinkommen jedoch an, dass sie versuchen, so viel wie möglich zu

**Abb. 5.5: Über drei Viertel planen ihre Finanzen langfristig**  
(Zustimmung zu Aussagen bezüglich des eigenen Konsumverhaltens<sup>1)</sup>; Anteile in Prozent der Befragten)



1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

sparen: Auf fast drei Viertel (74 Prozent) der Geringverdiener trifft dies zu. Insgesamt sparen nach eigener Einschätzung 68 Prozent der Befragten so viel wie möglich – auf 35 Prozent trifft dies „voll und ganz“, auf weitere 33 Prozent „eher“ zu. Neben den Geringverdienern trifft dies auch auf die Gruppe der Verheirateten überdurchschnittlich häufig zu.

### Scheu vor Krediten und Ratenzahlungen

Zu dem grundsätzlich eher sparsamen Verhalten der Bevölkerung passt, dass nur ein geringer Anteil von insgesamt 14 Prozent der Befragten angibt, kleinere Anschaffungen hin und wieder durch Ratenzahlungen oder (Konsum-)Kredite zu finanzieren. Am aufgeschlossensten gegenüber diesen Finanzierungsformen sind die Befragten im Alter zwischen 30 und 44 Jahren: Hier liegt der Anteil derer, die hin und wieder kleine Kredite oder Ratenzahlungen nutzen, bei über einem Fünftel (21 Prozent). Eine Erklärung dafür mag sein, dass der Bedarf an größeren Anschaffungen in diesem Alter, insbesondere für Familien mit kleineren Kindern, besonders hoch ist. Dafür spricht auch, dass der Anteil derer, die auf Kredite oder Ratenzahlungen zurückgreifen, mit der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder steigt.

Daneben greifen auch Geschiedene überdurchschnittlich häufig auf die Möglichkeit zurück, kleine Anschaffungen zu finanzieren: 23 Prozent von ihnen nutzen hin und wieder Ratenzahlungen oder Kredite. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass es einem großen Teil der Geschiedenen nicht möglich ist oder nicht leichtfällt, sich an die neuen – in der Regel eingeschränkten – finanziellen Möglichkeiten nach einer Trennung anzupassen.

Grundsätzlich hat das Einkommen allerdings keinen großen Einfluss auf die Bereitschaft, kleinere Anschaffungen zu finanzieren. Die Vermutung, vor allem Geringverdiener würden auf Kredite oder Ratenzahlungen zurückgreifen, bestätigt sich nicht. Am höchsten ist der Anteil derer, die diese Finanzierungsformen nutzen, in der Gruppe der Befragten mit einem Haushalts-

einkommen von 1.000 bis 2.500 Euro. Er liegt hier bei 19 Prozent.

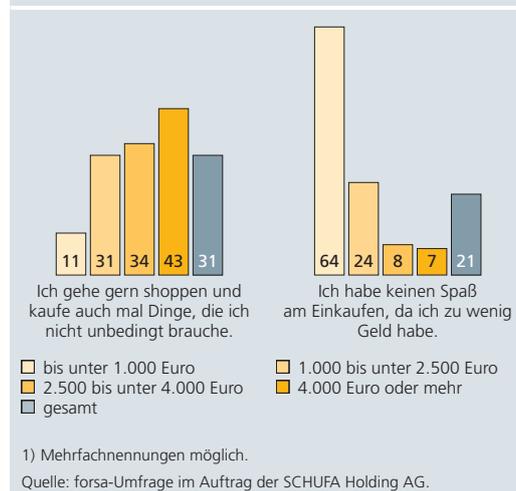
### „Shopping“ macht nicht jedem Spaß

Die offenbar hohe Sparneigung der Bevölkerung zeigt sich auch in den Antworten auf die Frage nach dem Einkaufsverhalten: Lediglich 11 Prozent der Befragten stimmen der Aussage „Ich gehe gern shoppen und kaufe auch mal Dinge, die ich nicht unbedingt brauche.“ „voll und ganz“ zu. Weitere 20 Prozent sind der Meinung, die Aussage träfe „eher“ auf sie zu. Vor allem junge Menschen gehen gern einkaufen: 44 Prozent der unter 30-Jährigen mögen das Shoppen. In der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren sind es 41 Prozent, bei den 45- bis 59-Jährigen hingegen nur noch 27 Prozent. Und Befragte im Alter von mindestens 60 Jahren empfinden Shoppen nur noch zu 19 Prozent als so angenehm, dass sie auch ohne Notwendigkeit gern einkaufen gehen.

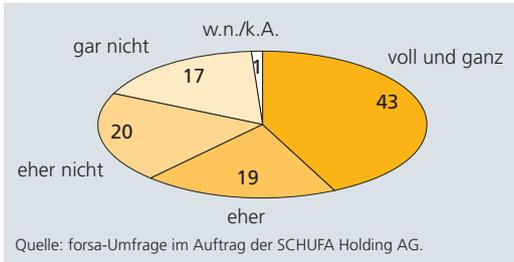
Zudem ist die Lust am Einkaufen abhängig vom verfügbaren Einkommen: Während 43 Prozent der Gutverdiener mit einem Haushaltseinkommen von mindestens 4.000 Euro gern shoppen, trifft dies nur auf 11 Prozent der Geringverdiener (unter 1.000 Euro Haushaltsnettoeinkom-

**Junge Menschen gehen gern shoppen.**

**Abb. 5.6: Haushalte mit wenig Geld kaufen nicht gern ein** (Zustimmung – „voll und ganz“ und „eher“ – zu Aussagen bezüglich des eigenen Konsumverhaltens<sup>1)</sup>; Anteile in Prozent der Befragten nach Haushaltsnettoeinkommen)



**Abb. 5.7: Konsumenten geben sich umweltbewusst** (Zustimmung zu der Aussage „Es gibt Produkte, die ich aus ethischen oder umweltbezogenen Gründen nicht kaufe, etwa Eier aus Legebatterien oder Möbel aus Teakholz.“; Anteile in Prozent der Befragten)



men) zu (siehe Abbildung 5.6). 64 Prozent dieser Befragten stimmen wiederum der gegensätzlichen Aussage „Ich habe keinen Spaß am Einkaufen, da ich zu wenig Geld habe.“ „voll und ganz“ oder „eher“ zu.

**Auch wer unsere Gesellschaft als zu konsumorientiert empfindet, geht gern shoppen.**

Interessant ist ein Abgleich des Einkaufsverhaltens mit der vorab geäußerten grundsätzlichen Einstellung zur Konsumaffinität unserer Gesellschaft. Hier zeigt sich, dass die Befragten, die unsere Gesellschaft als zu konsumorientiert empfinden, ebenso gern shoppen gehen wie alle anderen: 31 Prozent von ihnen kaufen gern ein und tragen somit selbst zur gesellschaftlichen Konsumorientierung bei.

**Viele Verbraucher kaufen bewusst ein**

An anderer Stelle wird jedoch deutlich, dass die persönlichen Überzeugungen bzw. Werthaltungen

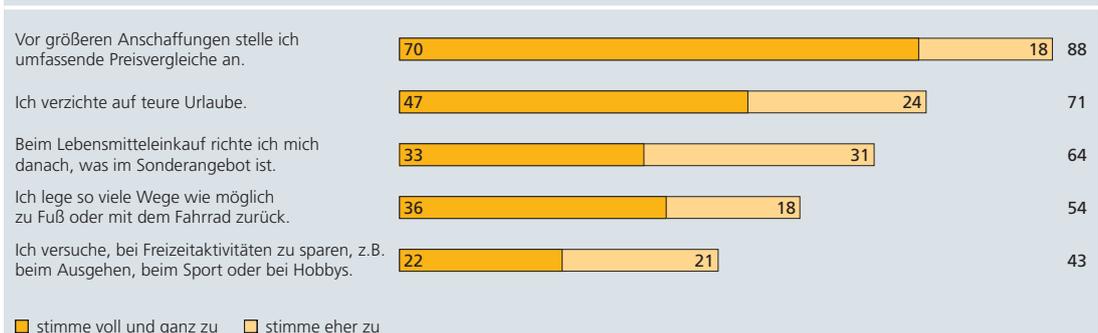
gen durchaus Auswirkungen auf das konkrete Verhalten haben bzw. haben können. So erklären 62 Prozent der Befragten, dass es Produkte gäbe, die sie aus ethischen oder umweltbezogenen Gründen nicht kauften (siehe Abbildung 5.7). Besonders groß ist der Anteil dieser bewussten Konsumenten in der Altersklasse der 30- bis 44-Jährigen. Er liegt hier bei 72 Prozent. Zudem kaufen Personen mit einem hohen Haushaltseinkommen tendenziell bewusster ein als jene mit einem geringen Haushaltseinkommen.

Ein Zusammenhang zwischen persönlicher Einstellung und dem eigenen Handeln zeigt sich darin, dass Befragte, die glauben, durch ihr Konsumverhalten Einfluss auf das Warenangebot und unser Wirtschaftssystem ausüben zu können (siehe dazu Abbildung 5.1 auf Seite 35), ihre Produktwahl beim Einkauf tatsächlich überdurchschnittlich häufig auch an ethischen oder umweltbezogenen Gründen orientieren.

**Preisvergleiche sind bei größeren Anschaffungen gang und gäbe**

Nicht nur das Kauf-, sondern auch das Sparverhalten bestimmt darüber, wie ein Haushalt mit seinem Budget auskommt. Im Alltag gibt es zahlreiche Möglichkeiten, Geld zu sparen. Wir haben den Befragten einige dieser Möglichkeiten vorgegeben und sie gebeten zu sagen, inwiefern sie diese nutzen. Das Ergebnis zeigt, dass viele Befragte an vielen Stellen versuchen, Geld zu sparen (siehe Abbildung 5.8).

**Abb. 5.8: Bei der Freizeitgestaltung wird nicht gern gespart** (Zustimmung zu Aussagen zum eigenen Sparverhalten<sup>1)</sup>; Anteile in Prozent der Befragten)



1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

Insgesamt fast neun von zehn Befragten stellen umfassende Preisvergleiche an, bevor sie eine größere Anschaffung tätigen. 70 Prozent tun dies „voll und ganz“, weitere 18 Prozent „eher“. Vor allem die Befragten in den mittleren Altersklassen, also zwischen 30 und 59 Jahren, achten bei kostspieligen Anschaffungen auf ihr Geld. Verheiratete sind aufmerksamer bei Preisvergleichen als Ledige, Familien mit Kindern sind aufmerksamer als Befragte ohne Kinder.

Darüber hinaus spielt auch das Einkommen eine Rolle: So nimmt der Anteil der Befragten, die größere Anschaffungen erst nach umfassenden Preisvergleichen tätigen, mit zunehmendem Haushaltseinkommen ebenfalls zu. Nur 73 Prozent der Geringverdiener mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro, aber 94 Prozent der Gutverdiener, denen 4.000 Euro oder mehr pro Monat zu Verfügung stehen, vergleichen vor einem solchen Einkauf die Preise.

Auf den ersten Blick mag dieses Ergebnis erstaunen. Schließlich ist davon auszugehen, dass vor allem Geringverdiener sehr genau auf ihre Ausgaben achten müssen. Möglicherweise hat gerade diese Befragtengruppe aber das Gefühl, ohnehin kaum größere Anschaffungen zu tätigen und daher auch keine Angebote vergleichen zu müssen. Wird dann doch etwas angeschafft, so ist die Auswahl aufgrund des geringen Budgets insgesamt begrenzt, so dass viele Angebote gar nicht näher in Augenschein genommen werden. Ein „umfassender“ Preisvergleich mag vielen Geringverdienern daher unnötig erscheinen.

### Junge Menschen verzichten auf teure Urlaube

Eine Sparmöglichkeit, die viele Menschen nutzen, ist der Verzicht auf teure Urlaube. 47 Prozent der Befragten sagen von sich, dass sie diese Sparmöglichkeit „voll und ganz“, weitere 24 Prozent, dass sie sie „eher“ nutzen.

Die Frage, ob der Einzelne einem teuren Urlaub Priorität einräumt oder nicht, hängt unter anderem mit dem Alter der jeweiligen Person zusam-

men: Je jünger der Befragte ist, desto häufiger gibt er an, aus Kostengründen auf teuren Urlaub zu verzichten. In der Altersklasse der unter 30-Jährigen trifft dies nach eigenen Aussagen auf 81 Prozent der Befragten zu (siehe Abbildung 5.9). In der Altersgruppe der mindestens 60-Jährigen sind es weniger als zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten, die an dieser Stelle versuchen, Geld zu sparen.

Daneben spielt auch das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen eine Rolle. So verzichten 87 Prozent der Geringverdiener mit einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.000 Euro darauf, kostspielige Urlaube zu verbringen. Bei den Befragten mit einem Haushaltseinkommen von 4.000 Euro oder mehr sind es hingegen nur 56 Prozent.

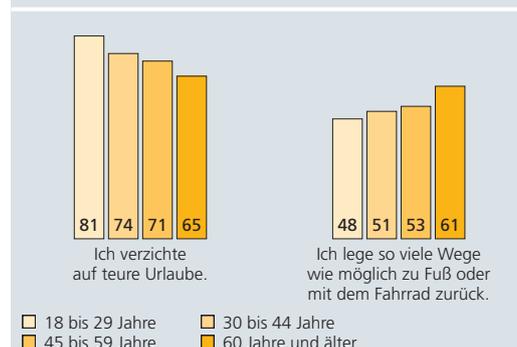
**Personen mit geringem Haushaltseinkommen verzichten auf teure Urlaube.**

### Viele Verbraucher sparen beim Lebensmitteleinkauf und bei Mobilitätskosten

Eine Möglichkeit, das Budget für den Lebensmitteleinkauf zu entlasten, ist das Nutzen von Sonderangeboten. Insgesamt 64 Prozent der Befragten geben an, sich beim Einkauf nach Sonderangeboten zu richten (siehe Abbildung 5.8). Auf 33 Prozent von ihnen trifft dies „voll und ganz“, auf weitere 31 Prozent „eher“ zu. Frauen – insbesondere Hausfrauen – und Haushalte mit einem geringen Einkommen sind hier

#### Abb. 5.9: Ältere fahren eher Rad, Jüngere sparen am Urlaub

(Zustimmung – „voll und ganz“ und „eher“ – zu Aussagen zum eigenen Sparverhalten<sup>1</sup>; Anteile in Prozent der Befragten nach Altersklassen)



1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

**Ältere und Geringverdiener versuchen oft, Mobilitätskosten zu sparen.**

besonders aufmerksam und versuchen überdurchschnittlich häufig, Sonderangebote zu nutzen.

Ein großer Teil der Befragten versucht, seine Mobilitätskosten zu reduzieren, indem er das eigene Auto stehen lässt bzw. auf den öffentlichen Nahverkehr verzichtet und kurze Wege mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegt. Insgesamt 54 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass sie so viele Wege wie möglich zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegten. Auf 36 Prozent von ihnen trifft dies nach eigenen Angaben „voll und ganz“, auf 18 Prozent „eher“ zu. Vor allem die mindestens 60-Jährigen steigen häufig auf das Fahrrad um oder laufen zu Fuß (siehe Abbildung 5.9). Daneben zeigt sich auch bei den Mobilitätskosten, dass Geringverdiener eher versuchen, Geld zu sparen.

**Weniger Einschränkungen bei Hobbys und Freizeitaktivitäten**

Von allen vorgeschlagenen Sparmaßnahmen nutzen die Befragten am wenigsten gern bzw. am seltensten die Möglichkeit, ihre Ausgaben für Freizeitaktivitäten wie Hobbys, Sport oder Ausgehen zu reduzieren. Insgesamt nur 22 Prozent stimmen der Aussage, dass sie bei Freizeitaktivitäten zu sparen versuchten, „voll und ganz“ zu. 21 Prozent tun dies „eher“ (siehe Abbildung 5.8).

Überdurchschnittlich häufig geben Frauen an, sich bei den Ausgaben für ihre Freizeitgestaltung zurückzuhalten. Zudem steigt der Anteil derer, die bei ihren Freizeitaktivitäten versuchen zu sparen, mit der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder. Mehr als die Hälfte der Haushalte mit mindestens zwei Kindern versucht, die Kosten für Hobbys, Ausgehen etc. gering zu halten. In der Gruppe der Geschiedenen sind es mit 55 Prozent ebenfalls mehr als die Hälfte der Befragten, die an dieser Stelle sparen wollen.

Der wichtigste Einflussfaktor allerdings ist das Einkommen: Während mehr als sechs von zehn Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 1.000 Euro ihre Freizeitausgaben deckeln, trifft

dies bei den Gutverdienern, die mehr als 4.000 Euro monatlich zur Verfügung haben, nur auf 29 Prozent der Befragten zu.

**Befragung zeigt eine eher sparsame Grundhaltung**

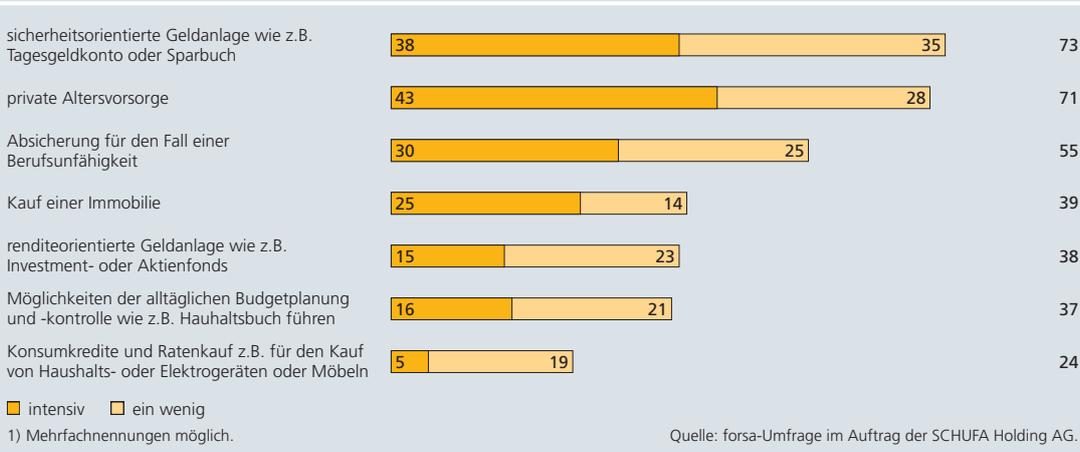
Die Ergebnisse der Befragung zeigen insgesamt, dass die meisten Verbraucher durchaus versuchen, ihre Ausgaben an ihre Einnahmen anzupassen. Ob diese Anpassung gelingt, steht zwar auf einem anderen Blatt – deutlich ist jedoch, dass der Großteil der Haushalte durchaus nicht gedankenlos mit seinem Geld umgeht, sondern bewusst konsumiert und aktiv nach Sparmöglichkeiten sucht. Nicht geklärt werden kann an dieser Stelle allerdings, ob die Haushalte, die beispielsweise angeben, die genannten Sparmaßnahmen zu nutzen, diese tatsächlich konsequent anwenden oder nur hin und wieder bedenken.

**Finanzwissen**

Ein erfolgreiches Finanzmanagement besteht nicht nur darin, im Alltag gut mit dem vorhandenen Einkommen auszukommen. Es bedeutet auch, zur richtigen Zeit die passenden Maßnahmen für die persönliche Absicherung und Vorsorge zu treffen.

Um entscheiden zu können, welche Versicherung bzw. welche Vorsorgeverträge für die individuelle Situation geeignet sind, gilt es, fundierte Informationen zu Produkten bzw. Produktformen zusammenzutragen und Angebote zu vergleichen. Dies ist mühselig und erfordert viel Zeit. Kein Berater und keine Ratgeberlektüre können die selbstverantwortliche Beschäftigung mit diesen Fragen jedoch vollständig ersetzen. Ein grundlegendes Finanzwissen bildet die Basis jeder individuellen finanziellen Handlungskompetenz. Die Befragung untersucht daher, ob bzw. inwiefern sich die Verbraucher mit Fragen der privaten Altersvorsorge, der Absicherung im Falle einer Berufsunfähigkeit und Möglichkeiten der Geldanlage beschäftigen.

**Abb. 5.10: Beschäftigung mit privater Altersvorsorge nicht selbstverständlich**  
 (Befragte, die sich mit den folgenden Themen „intensiv“ oder „ein wenig“ beschäftigt haben<sup>1)</sup>; Anteile in Prozent)



**Keine umfassende Information über private Altersvorsorge**

Eines der wichtigsten Sparziele für die heute erwerbstätigen Generationen ist die Vorsorge für das Alter. Seit einigen Jahren schon ist klar, dass die staatliche Rente für den einzelnen Rentner in Zukunft nicht ausreichen wird, um seinen Lebensstandard nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu halten. Wer im Alter nicht arm sein möchte, muss also privat vorsorgen.

Vor diesem Hintergrund wäre zu erwarten, dass sich die meisten Erwerbstätigen bereits intensiv mit dem Thema private Altersvorsorge auseinandergesetzt haben. Dies ist allerdings nicht immer der Fall: Die Befragung zeigt, dass sich insgesamt 43 Prozent aller Befragten schon einmal „intensiv“ mit Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge beschäftigt haben (siehe Abbildung 5.10). Weitere 28 Prozent haben dies „ein wenig“ getan.

Eine detaillierte Betrachtung in Abhängigkeit vom Alter zeigt, dass die Anteile der „intensiv“ Informierten in den besonders relevanten Altersklassen von 30 bis 44 Jahren und 45 bis 59 Jahren allerdings um bis zu 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt liegen (siehe Abbildung 5.11). Junge Menschen unter 30 Jahren hingegen schieben das Thema Altersvorsorge zunächst eher auf: Nur drei von zehn unter 30-Jährigen haben sich schon einmal „intensiv“ mit privater

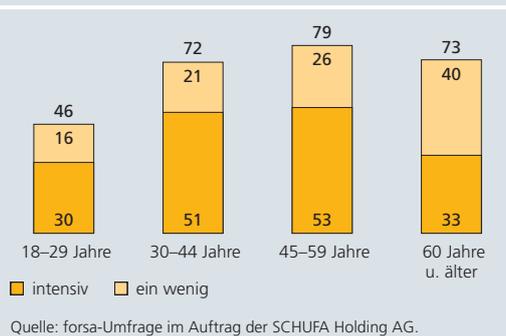
Altersvorsorge beschäftigt. Erst nach der Etablierung im Erwerbsleben steigt das Interesse dann an. So haben sich innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen 51 Prozent der Befragten bereits „intensiv“ und weitere 30 Prozent immerhin „ein wenig“ mit der privaten Vorsorge für die Zeit nach der Erwerbstätigkeit auseinandergesetzt.

Einen Einfluss auf das Informationsverhalten hat neben dem Alter auch das jeweilige Haushaltsnettoeinkommen. So haben sich Geringverdiener deutlich seltener mit Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge beschäftigt als Gutverdiener: In der Gruppe der Haushalte mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro sind es gerade einmal 21 Prozent. In den Einkom-

**Erwerbstätige haben sich überwiegend „intensiv“ mit privater Altersvorsorge beschäftigt.**

**Abb. 5.11: Mit Altersvorsorge beschäftigen sich die meisten erst ab 30**

(Befragte, die sich „intensiv“ oder „ein wenig“ mit privater Altersvorsorge beschäftigt haben; Anteile in Prozent nach Altersgruppen)



mensklassen ab 2.500 Euro Haushaltsnettoeinkommen hingegen hat sich mehr als Hälfte bereits „intensiv“ mit der privaten Absicherung im Alter auseinandergesetzt. Die Altersvorsorge ist für viele Verbraucher offenbar also ein Thema, mit dem sie sich erst beschäftigen, wenn sie meinen, sich die Vorsorge finanziell leisten zu können.

### **Berufsunfähigkeit absichern**

Eine Versicherung, die nach Ansicht von unabhängigen Beratern und Verbraucherzentralen für all jene, die von ihrem Erwerbseinkommen leben, in der Regel als unverzichtbar gilt, ist die Absicherung der Berufsunfähigkeit. Insgesamt 30 Prozent der Befragten haben sich „intensiv“ mit diesem Thema beschäftigt, 25 Prozent geben an, sich zumindest schon „ein wenig“ damit auseinandergesetzt zu haben (siehe Abbildung 5.10).

**Ein Drittel der Erwerbstätigen hat sich noch nie mit der Absicherung einer Berufsunfähigkeit beschäftigt.**

Wie bei der Altersvorsorge sind es vor allem die Erwerbstätigen und damit auch die Befragten im Alter zwischen 30 und 59 Jahren, die hier informiert sind. Zudem nimmt das Interesse an der Absicherung einer möglichen Berufsunfähigkeit auch mit dem Einkommen und den damit verbundenen größeren finanziellen Möglichkeiten zu. Allerdings hat sich insgesamt ein Drittel aller Erwerbstätigen „noch nie“ damit beschäftigt, wie sie sich für den Fall einer Berufsunfähigkeit absichern können.

### **Sicherheitsorientierte Geldanlage ist beliebt**

Wer ein wenig Geld übrig hat, interessiert sich häufig für Möglichkeiten der sicherheitsorientierten Geldanlage, etwa auf einem Tagesgeldkonto oder auf einem Sparbuch. Insgesamt 73 Prozent der Befragten haben sich schon einmal über diese Formen der Geldanlage informiert – 38 Prozent von ihnen „intensiv“, weitere 35 Prozent immerhin „ein wenig“.

Sichere Möglichkeiten, das eigene Geld anzulegen, sind für beide Geschlechter und alle Alters-

klassen attraktiv. Auch der Anteil der Geringverdiener, die sich schon einmal – zumindest „ein wenig“ – mit entsprechenden Geldanlageangeboten beschäftigt haben, liegt immerhin bei fast der Hälfte (48 Prozent) der Befragten.

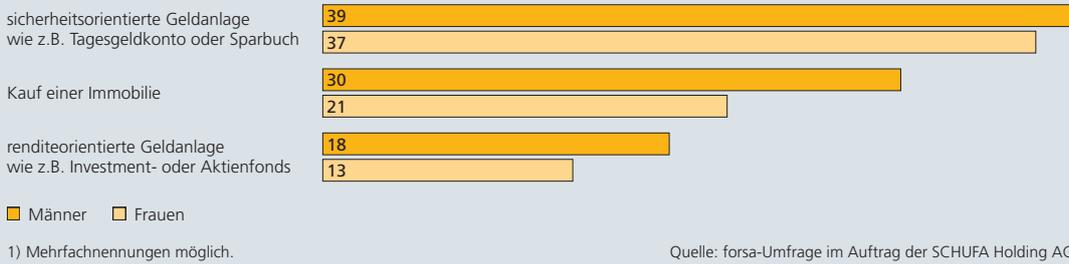
### **Interesse an Immobilien und renditeorientierter Geldanlage wächst mit dem Einkommen**

Insgesamt ein Viertel aller Befragten hat sich bereits „intensiv“ mit der Möglichkeit eines Immobilienkaufes beschäftigt. Weitere 14 Prozent haben dies immerhin „ein wenig“ getan. Das Interesse am Eigenheim ist besonders hoch bei Verheirateten und Familien mit ein oder zwei Kindern. Auch in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen hat sich bereits mehr als die Hälfte der Befragten schon einmal mit dem Wohnungs- oder Hauskauf auseinandergesetzt. Gleiches gilt für die Befragtengruppen mit einem Haushaltseinkommen von mindestens 2.500 Euro pro Monat.

Die Befragung zeigt, dass sich Männer insgesamt merklich häufiger „intensiv“ mit Fragen und Themen rund um die Geldanlage beschäftigen als Frauen (siehe Abbildung 5.12). Dies gilt nicht nur für den Immobilienerwerb und Möglichkeiten der sicherheitsorientierten Geldanlage, sondern auch für renditeorientierte Investitionen, etwa in Investment- oder Aktienfonds.

Eine solche Geldanlage ist zudem vor allem für Haushalte mit hohem Nettoeinkommen interessant. In der Gruppe der Befragten mit einem Haushaltseinkommen von mindestens 4.000 Euro haben sich insgesamt 61 Prozent schon einmal zumindest „ein wenig“ über entsprechende Anlagemöglichkeiten informiert. In der Gruppe der Geringverdiener mit unter 1.000 Euro Haushaltsnettokommen sind es gerade einmal 16 Prozent der Befragten. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil derer, die sich mit Investment- oder Aktienfonds etc. beschäftigt haben, auch in den Altersklassen der 30- bis 44-Jährigen (46 Prozent) und 45- bis 59-Jährigen (49 Prozent).

**Abb. 5.12: Männer kümmern sich häufiger „intensiv“ um Immobilien und Geldanlage**  
(Befragte, die sich mit den folgenden Themen „intensiv“ beschäftigt haben<sup>1)</sup>; Anteile in Prozent nach Geschlecht)



**Auch Gutverdiener informieren sich über Konsumkredite und Ratenzahlung**

Die Analyse des Konsumverhaltens hat bereits gezeigt, dass Befragte im Alter zwischen 30 und 44 Jahren und Geschiedene sowie Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1.000 bis 2.500 Euro überdurchschnittlich häufig dazu bereit sind, auch kleinere Anschaffungen mit Hilfe von Ratenzahlungen oder Konsumkrediten zu finanzieren (siehe dazu Seite 39).

Die Antworten auf die Frage, wie intensiv sich die Befragten bereits mit dem Thema Konsumkredite oder Ratenkauf für kleine Anschaffungen wie den Kauf von Haushalts- oder Elektrogeräten oder Möbeln beschäftigt haben, unterstützen dieses Ergebnis. So sind es vor allem jüngere Verbraucher unter 45 Jahren, Familien mit einem oder zwei Kindern, Geschiedene und Befragte mit einem Haushaltseinkommen zwischen 1.000 und 2.500 Euro, die sich für diese

**Abb. 5.13: Auch Gutverdiener beschäftigen sich mit Konsumkrediten oder Ratenzahlung**  
(Befragte, die sich „intensiv“ oder „ein wenig“ mit Konsumkrediten oder Ratenkauf beschäftigt haben; Anteile in Prozent nach Haushaltsnettoeinkommen)



Formen der Finanzierung interessieren bzw. in der Vergangenheit schon einmal interessiert haben. Geringverdiener hingegen geben sich eher vorsichtig: Mit 19 Prozent hat sich nur ein vergleichsweise geringer Anteil dieser Befragten schon einmal mit Konsumkrediten oder Ratenkauf beschäftigt (siehe Abbildung 5.13).

**Budgetplanung und -kontrolle nicht von großem Interesse**

Ein Ansatzpunkt für jene, die ihr persönliches Finanzmanagement verbessern wollen, ist die Optimierung der Budgetplanung und -kontrolle im Haushalt (siehe dazu auch Kapitel 4). Denn wer einen guten Überblick über seine Einnahmen und Ausgaben hat, merkt frühzeitig, wenn diese Bilanz aus dem Gleichgewicht gerät. Ein etabliertes Hilfsmittel, das diese Buchführung erleichtert, ist ein Haushaltsbuch. Der Anteil der Haushalte, die sich für ein solches (oder ähnliche) Hilfsmittel interessieren, ist allerdings nicht hoch: Lediglich 16 Prozent der Befragten haben sich schon einmal „intensiv“ mit einem Haushaltsbuch oder anderen Möglichkeiten der alltäglichen Budgetplanung und -kontrolle beschäftigt (siehe Abbildung 5.10). Weitere 21 Prozent haben dies „ein wenig“ getan.

**Nur 37 Prozent haben sich mit Möglichkeiten der Budgetplanung auseinandergesetzt.**

**Junge Menschen, Eltern und Gutverdiener interessieren sich eher für Budgetplanung**

Junge Menschen zeigen dabei ein merklich größeres Interesse als ältere Menschen: Der Anteil derer, die sich schon einmal mit Möglichkeiten

der alltäglichen Budgetplanung und -kontrolle beschäftigt haben, ist in allen drei jüngeren Altersklassen – also bis zu einem Alter von 59 Jahren – überdurchschnittlich hoch.

Auch Kinder spielen offenbar eine gewisse Rolle: Menschen, die mit Kindern im Haushalt zusammenleben, beschäftigen sich häufiger mit Möglichkeiten der Finanzkontrolle als Haushalte ohne Kinder. Daneben besteht ein Zusammenhang in Bezug auf das Einkommen: Je höher das Haushaltseinkommen ist, desto größer ist auch das Interesse an Methoden zur Budgetplanung und -kontrolle: 30 Prozent der Befragten mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro, aber 48 Prozent derer, die 4.000 Euro oder mehr monatlich zur Verfügung haben, haben sich schon einmal mit Methoden der Budgetplanung und -kontrolle beschäftigt.

#### Budgetplanung und -kontrolle für Gutverdiener häufiger interessant.

Dieses Ergebnis mag zunächst verwirren. Sind es doch gerade Haushalte mit geringen Einkommen, die angesichts ihrer knappen finanziellen Mittel besonderen Bedarf bei der Planung und Kontrolle ihrer Haushaltsfinanzen haben. Eine Erklärung könnte sein, dass eine umfassende Budgetkontrolle vielen Geringverdienerhaushalten angesichts ihrer ohnehin überschaubaren Ausgaben unnötig erscheint. An späterer Stelle zeigt sich zudem, dass viele Geringverdiener eher mit Budgets arbeiten, als ein Haushaltsbuch zu führen (siehe dazu Seite 50). Sie legen häufiger fixe Summen für einzelne Ausgabeposten fest und überprüfen dies, anstatt jede einzelne Ausgabe in einem Haushaltsbuch zu dokumentieren.

## Handlungskompetenzen und Managementfähigkeiten

Eine objektive Bewertung der individuellen Handlungskompetenzen und Managementfähigkeiten einzelner Personen ist im Rahmen einer Bevölkerungsbefragung nicht möglich. Um hier dennoch einen Eindruck zu erhalten, haben wir die Bevölkerung nach ihrer Eigeneinschätzung befragt.

Das Ergebnis zeigt ein durchaus großes Selbstbewusstsein der Befragten in Bezug auf ihre persönlichen Managementfähigkeiten: 32 Prozent bescheinigen sich selbst „sehr gute“ Fähigkeiten, die Finanzen im eigenen Haushalt zu managen (siehe Abbildung 5.14). Weitere 61 Prozent sehen sich als „gute Finanzmanager“ Lediglich 5 Prozent sind der Ansicht, ihre diesbezüglichen Kompetenzen seien „eher nicht so gut“. Gerade einmal 1 Prozent bezeichnet sie als „schlecht“.

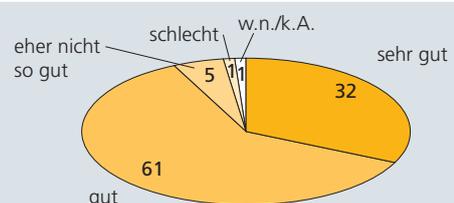
Einen spürbaren Einfluss auf die Bewertung der eigenen Fähigkeiten, die Haushaltsfinanzen zu managen, hat das Lebensalter. So steigt das Selbstbewusstsein mit zunehmendem Alter deutlich an. 21 Prozent der unter 30-Jährigen bezeichnen ihre Handlungskompetenzen als „sehr gut“. In der Gruppe der mindestens 60-Jährigen ist der Anteil der nach eigener Einschätzung „sehr guten“ Haushaltsmanager mehr als doppelt so hoch (43 Prozent). Das Ergebnis spricht dafür, dass das persönliche Finanz- und Haushaltsmanagement Fähigkeiten erfordert, die viele Menschen mit zunehmender Erfahrung und Übung erlernen.

### Gute Haushaltsmanager meinen, ihre Ausgaben zu kennen

Zu einem erfolgreichen Haushaltsmanagement gehört ein guter Überblick über die laufenden Ausgaben. Wir haben die Interviewpartner daher danach gefragt, wie gut sie ihre Ausgaben für einzelne Ausgabenkategorien wie Tele-

**Abb. 5.14: Über neun von zehn Befragten halten sich für gute Finanzmanager**

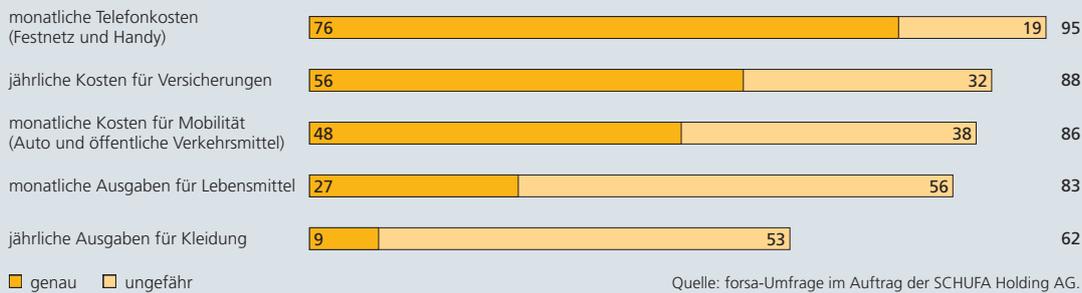
(Bewertung der persönlichen Fähigkeiten, die Finanzen im eigenen Haushalt zu managen; Anteile in Prozent der Befragten)



Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

**Abb. 5.15: Telefonkosten klarer als Ausgaben für Kleidung**

(Befragte, die ihre Ausgaben in den genannten Kategorien aus dem Kopf, also ohne nachzusehen, „genau“ oder „ungefähr“ nennen können; Anteile in Prozent)



fon, Versicherungen, Mobilität, Lebensmittel und Kleidung im Kopf haben.

Die Antworten auf diese Frage zeugen insgesamt erneut von einem großen Selbstbewusstsein der Bevölkerung. In allen abgefragten Kategorien gibt die Mehrheit der Befragten an, ihre Ausgaben zumindest „ungefähr“ zu kennen (siehe Abbildung 5.15). Diejenigen, die ihre Haushaltsmanagementfähigkeiten als „sehr gut“ oder „gut“ einstufen, können ihre Ausgaben nach eigener Einschätzung in allen Ausgabekategorien genauer nennen als jene, die sich für „nicht so gute“ oder „schlechte“ Haushaltsmanager halten (siehe Abbildung 5.16).

Das Ergebnis scheint die Selbsteinschätzungen der Befragten also zu bestätigen – zumindest sofern man davon ausgeht, dass die Kenntnis

einzelner Ausgabenposten ein Zeichen für ein gutes Finanzmanagement ist. Allerdings können auch bis zu 14 Prozent – also mehr als jeder Zehnte – derer, die sich selbst gute Managementfähigkeiten bescheinigen, die Höhe ihrer Ausgaben in einzelnen Kategorien „gar nicht“ nennen. Dieses Ergebnis kann als Indiz dafür gelten, dass die Eigeneinschätzung der Managementfähigkeiten nicht immer mit der Realität übereinstimmt.

#### Kosten für Telefon besonders übersichtlich

Besonders übersichtlich sind für die Befragten offenbar ihre monatlichen Telefonkosten. Dies ist wenig überraschend, da viele Verbraucher mittlerweile sogenannte Flatrateverträge nutzen. Diese erlauben es, für eine monatlich fixe

**Mancher Befragte überschätzt sich möglicherweise selbst.**

**Abb. 5.16: Gute Haushaltsmanager meinen, ihre Kosten zu kennen**

(„Genaue“ oder „ungefähre“ Kenntnis der Ausgaben des eigenen Haushalts für die genannten Kategorien; Anteile in Prozent der Befragten nach Einschätzung der eigenen Haushaltsmanagementfähigkeiten)



Summe unbegrenzt zu telefonieren, so dass die Telefonkosten nicht mehr variieren. Insgesamt 95 Prozent geben daher an, ihre Telefonkosten mindestens „ungefähr“ zu kennen. Mehr als drei Viertel (76 Prozent) meinen sogar, die Kosten aus dem Kopf „genau“ nennen zu können. Ebenfalls hoch ist der Anteil derer, die ihre jährlichen Ausgaben für Versicherungen gut kennen: Mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Befragten meint, diese „genau“ zu kennen, ohne nachschlagen zu müssen.

**27 Prozent meinen, ihre Ausgaben für Lebensmittel genau im Kopf zu haben.**

Ein Großteil der Bevölkerung meint, auch seine monatlichen Ausgaben für Mobilität, also den eigenen Pkw und die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel, sowie für Lebensmittel relativ gut im Blick zu haben. Der Anteil derer, die nach eigener Einschätzung in der Lage sind, ihre Lebensmittelkosten „genau“ zu benennen, ist mit 27 Prozent allerdings vergleichsweise gering. Weniger übersichtlich sind für viele Befragte auch ihre jährlichen Ausgaben für Kleidung. Zwar meint mehr als die Hälfte (53 Prozent), diese „ungefähr“ zu kennen. Nur weniger als ein Zehntel der Befragten ist aber in der Lage, aus dem Kopf „genau“ zu sagen, wie viel Geld es jedes Jahr für Kleidung aus gibt.

**Befragte im mittleren Alter kennen ihre Ausgaben besonders gut**

Die zusammenfassende Betrachtung aller Antworten zeigt, dass vor allem Befragte im Alter zwischen 30 und 44 Jahren meinen, einen guten Überblick über ihre Ausgaben zu haben. Ein näherer Blick auf die Gruppe der unter 30-Jährigen hingegen lässt erkennen, dass der Anteil der Befragten, die ihre Ausgaben in verschiedenen Kategorien – etwa Kleidung, Mobilität oder Versicherungen – „gar nicht“ nennen können, besonders hoch ist (siehe Abbildung 5.17).

Daneben scheint auch das zur Verfügung stehende Einkommen eine Rolle zu spielen (siehe ebenfalls Abbildung 5.17): Obwohl die Ausgabenstruktur gutverdienender Haushalte komplexer sein müsste als die von Haushalten, denen wenig Geld zur Verfügung steht, geben Gutver-

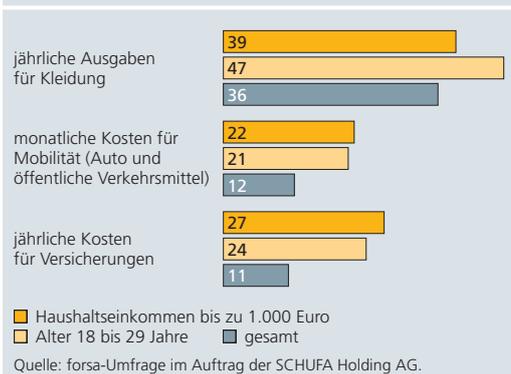
diner überdurchschnittlich häufig an, ihre Kosten für einzelne Ausgabekategorien zu kennen. Dagegen kennen 39 Prozent der Geringverdiener mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro beispielsweise ihre jährlichen Ausgaben für Kleidung nach eigenen Angaben „gar nicht“. Auch bei den Kosten für Mobilität und Versicherungen ist der Anteil der Geringverdiener, der diese nicht spontan nennen kann, überdurchschnittlich hoch.

**Wer ein Haushaltsbuch führt, überblickt seine Ausgaben eher**

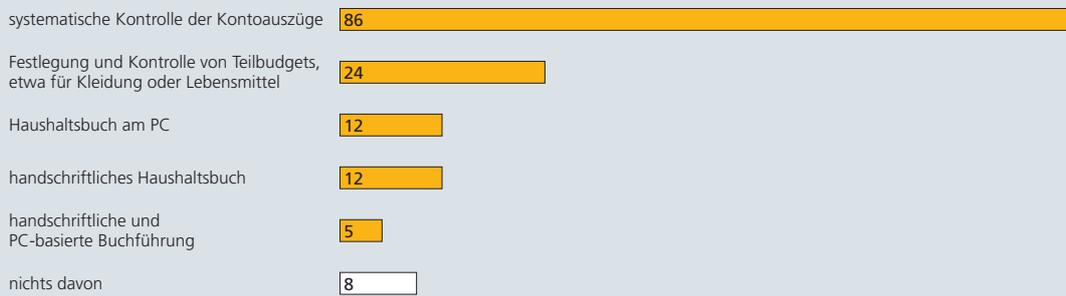
Insgesamt 29 Prozent aller Befragten nutzen ein Haushaltsbuch, um ihre Einnahmen und Ausgaben laufend im Blick zu behalten (siehe Abbildung 5.18). 12 Prozent von ihnen führen ein handschriftliches Haushaltsbuch, weitere 12 Prozent führen ihr Haushaltsbuch am PC. 5 Prozent kombinieren die handschriftliche mit der PC-basierten Buchführung.

Dass das Führen eines Haushaltsbuches tatsächlich dazu beiträgt, einen Überblick über Kosten und Ausgaben zu erhalten, legt das folgende Ergebnis nahe: Betrachtet man den Anteil der Befragten, die ihre Kosten in verschiedenen Ausgabekategorien zumindest „ungefähr“ kennen, in Abhängigkeit davon, ob diese ein Haushaltsbuch führen oder nicht, so zeigt sich, dass die Befragten, die buchführen, überdurchschnittlich

**Abb. 5.17: Unter 30-Jährige und Geringverdiener haben oft schlechten Überblick**  
(Befragte, die ihre Kosten in der jeweiligen Kategorie „gar nicht“ nennen können; Anteile in Prozent innerhalb der jeweiligen Gruppe)



**Abb. 5.18: Nur drei von zehn Haushalten führen Buch über Einnahmen und Ausgaben**  
(genutzte Maßnahmen zur Kontrolle des Haushaltsbudgets<sup>1)</sup>; Anteile in Prozent der befragten Haushalte)



1) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

häufig meinen, ihre Kosten gut zu kennen (siehe Abbildung 5.19). Insbesondere bei vergleichsweise unübersichtlichen Ausgabekategorien wie den monatlichen Kosten für Lebensmittel trauen sich Befragte, die ein Haushaltsbuch führen, eher zu, die Höhe ihrer Ausgaben spontan zu kennen.

### Budgetkontrolle häufig nur durch Prüfung der Kontoauszüge

Ein Haushaltbuch ist nur eine Möglichkeit, das Haushaltsbudget zu planen und den Überblick über die Finanzen zu bewahren. Eine andere Möglichkeit, die Ausgaben zumindest zu kontrollieren, ist die Prüfung der Kontoauszüge. Diese sollte allein schon deshalb erfolgen, um irrtümliche Abbuchungen frühzeitig zu bemer-

ken und rückgängig machen zu können. 86 Prozent der Befragten kontrollieren ihre Kontoauszüge systematisch (siehe Abbildung 5.18). Während ein großer Teil der unter 30-Jährigen diese Kontrolle noch vernachlässigt, ist sie für Befragte ab 45 Jahren fast eine Selbstverständlichkeit: Mehr als 90 Prozent von ihnen kontrollieren ihre Kontoauszüge.

Eine Möglichkeit, die Ausgaben des Haushalts nicht nur im Nachhinein zu prüfen, sondern schon vorab zu begrenzen bzw. zu kontrollieren, besteht in der Festlegung von Teilbudgets. Dabei kann ein Haushalt etwa am Monatsanfang festlegen, wie viel Geld ihm in diesem Monat für einzelne Ausgabekategorien, etwa für Kleidung, für Freizeit oder für Lebensmittel, zur Verfügung steht. Sofern alle Haushaltsmitglieder ihre Ausgaben dann laufend kontrollieren, merken sie

**Über 90 Prozent der mindestens 45-Jährigen prüfen ihre Kontoauszüge.**

**Abb. 5.19: Wer ein Haushaltsbuch führt, kennt seine Kosten besser**

(„Genaue“ oder „ungefähre“ Kenntnis der Ausgaben des eigenen Haushalts für die genannten Kategorien; Anteile in Prozent der Befragten in Abhängigkeit davon, ob diese ein Haushaltsbuch führen)



■ führt Buch    □ führt kein Buch

Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

sehr schnell, wenn ein Teilbudget vorschnell ausgeschöpft zu werden droht. Der Haushalt hat dann die Möglichkeit, frühzeitig gegenzusteuern. Entweder schränkt er die Ausgaben dieser Kategorie ein, oder er reduziert das Budget für andere Dinge und kann so verhindern, dass die Ausgaben aus dem Ruder laufen. Insgesamt arbeiten 24 Prozent der Befragten mit solchen Teilbudgets (siehe Abbildung 5.18).

**Geringverdiener arbeiten eher mit Teilbudgets, Gutverdiener führen ein Haushaltsbuch**

**Frauen und Haushalte mit Kindern legen oft Teilbudgets fest.**

Die Festlegung und Kontrolle von Teilbudgets ist eine finanzielle Kontrollmaßnahme, die vor allem Frauen, Haushalte mit Kindern und Geringverdiener überdurchschnittlich häufig nutzen. Männer und Haushalte mit einem hohen Haushaltsnettoeinkommen hingegen greifen überdurchschnittlich häufig auf ein Haushaltsbuch zurück, um ihre Finanzen im Griff zu behalten.

So führt fast ein Drittel (32 Prozent) der Haushalte mit einem Haushaltseinkommen von mindestens 4.000 Euro ein (handschriftliches oder digitales) Haushaltsbuch. In der Gruppe der Geringverdiener mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro sind es hingegen nur 19 Prozent. Sie legen ihrerseits jedoch zu 32 Prozent Teilbudgets fest, um ihre Ausgaben unter Kontrolle zu behalten. Diese Möglichkeit nutzen die Gutverdiener nur zu 22 Prozent.

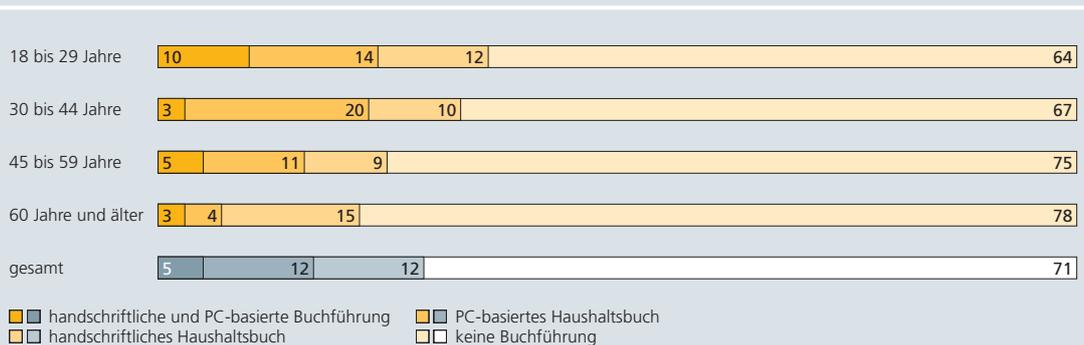
Eine Erklärung für diese Differenz mag sein, dass sich die Ausgaben in Haushalten, die wenig Geld zur Verfügung haben, durch eine vergleichsweise geringe Anzahl von Ausgabenkategorien abbilden lassen. Die Kontrolle dieser Kategorien bzw. Teilbudgets reicht dann aus, um den größten Teil der Ausgaben im Blick zu behalten. Für Haushalte, die über viel Geld verfügen und damit in der Regel auch eine höhere Bandbreite an Ausgaben haben, lohnt es sich hingegen, die Ausgabenkategorien und einzelne Ausgaben detaillierter zu erfassen. Das ermöglicht ein Haushaltsbuch.

**Gutverdiener und junge Menschen führen ihr Haushaltsbuch lieber digital**

Ob ein Haushaltsbuch handschriftlich oder digital geführt wird, ist für die Effektivität dieser Kontrollmaßnahme zunächst nicht von Bedeutung. Die Befragung zeigt aber, dass Geringverdiener eher auf die klassische Variante, also das handschriftliche Buchführen zurückgreifen, während ein Fünftel aller befragten Gutverdiener mit einem Haushaltseinkommen von mindestens 4.000 Euro ein digitales Haushaltsbuch führt.

Neben den Gutverdienern sind es vor allem junge Menschen, die den PC nutzen, um ihre Einnahmen und Ausgaben zu kontrollieren. Fast ein Viertel der unter 45-Jährigen gibt an, ein digitales Haushaltsbuch zu führen (siehe Abbildung 5.20). Ein kleiner Teil von ihnen kombiniert

**Abb. 5.20: Junge Haushalte führen ihr Haushaltsbuch lieber am PC**  
(Nutzung eines Haushaltsbuches; Anteile in Prozent der befragten Haushalte nach Altersklassen)



Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

dieses mit einer handschriftlichen Buchführung. Ältere Befragte greifen hingegen grundsätzlich lieber auf ein handschriftlich geführtes Haushaltsbuch zurück. Ein vergleichsweise großer Anteil der über 45-Jährigen bzw. der über 60-Jährigen führt zudem gar kein Haushaltsbuch.

### Keine Ausgabenkontrolle

Wer seine Kontoauszüge nicht überprüft, keine Budgets festlegt und auch kein Haushaltsbuch nutzt, hat es schwer, seine Ausgaben unter Kontrolle zu behalten. Dennoch geben insgesamt 8 Prozent der Befragten an, keine der genannten Kontrollmöglichkeiten zu nutzen. Besonders hoch ist dieser Anteil in den Gruppen der Geringverdiener (12 Prozent), der Ledigen (14 Prozent) und der unter 30-Jährigen (17 Prozent). Interessant ist, dass 88 Prozent derer, die keine der genannten Möglichkeiten zur Finanzkontrolle nutzen, ihre eigenen Fähigkeiten, den Haushalt finanziell zu managen, dennoch als „sehr gut“ oder „gut“ bezeichnen.

### Nur etwa die Hälfte der Befragten kann Geld sparen

Wie erwähnt, kann eine Bevölkerungsbefragung nicht herausfinden, wie erfolgreich das Finanz-

management der einzelnen Befragten tatsächlich ist. Als ein Anhaltspunkt, die Managementkompetenzen einschätzen zu können, dient die Eigeneinschätzung der Befragten (siehe dazu Abbildung 5.14 auf Seite 46). Ein anderer Anhaltspunkt bietet sich darin zu untersuchen, ob bzw. wie gut die Befragten mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Einkommen auskommen.

Eine solche Selbstbewertung zum Erfolg des eigenen Finanzmanagements ergibt, dass insgesamt weniger als die Hälfte der Befragten in der Lage ist, Geld zu sparen: 48 Prozent meinen, dass sie gut mit ihrem Einkommen auskämen und meist noch Geld sparen könnten (siehe Abbildung 5.21). 39 Prozent geben an, gut mit ihrem Einkommen auszukommen, allerdings nichts sparen zu können. 11 Prozent sagen von sich, dass sie gerade so mit ihrem Einkommen auskämen. Manchmal werde es allerdings so knapp, dass sie kurzfristig ihr Konto überziehen oder sich Geld leihen müssten. Lediglich 1 Prozent der Befragten ist der Meinung, dass sein Einkommen so gering sei, dass man damit nicht auskommen könne.

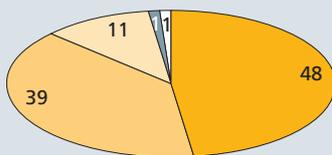
**48 Prozent kommen so gut mit ihrem Einkommen aus, dass sie noch sparen können.**

Wie gut die Befragten mit ihrem Einkommen auskommen, hängt von mehreren Faktoren ab. Es liegt auf der Hand, dass das vorhandene Haushaltsnettoeinkommen eine wichtige Rolle spielt. So geben weniger als 10 Prozent der Befragten mit einem Haushaltseinkommen von mindestens 2.500 Euro an, nur gerade so mit ihrem Einkommen auszukommen bzw. sich manchmal kurzfristig Geld leihen oder ihr Konto überziehen zu müssen. Auf Befragte mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro hingegen trifft dies zu über einem Viertel (27 Prozent) zu. Immerhin 21 Prozent der Geringverdiener geben allerdings auch an, gut mit ihrem Einkommen auszukommen und sogar noch sparen zu können.

### Familien mit Kindern und Geschiedene sind häufiger knapp bei Kasse

Besonders knapp wird es zum Monatsende nicht nur bei vielen Geringverdienern, sondern auch bei einem großen Teil der Geschiedenen

**Abb. 5.21: Über die Hälfte der Befragten spart nicht** (Zustimmung zu Aussagen über den Erfolg des eigenen Finanzmanagements; Anteile in Prozent der Befragten)



- Ich komme gut mit meinem Einkommen aus und kann meist noch Geld sparen.
- Ich komme gut mit meinem Einkommen aus, zum Sparen bleibt aber nichts übrig.
- Ich komme gerade so mit meinem Einkommen aus. Manchmal wird es aber so knapp, dass ich kurzfristig mein Konto überziehen oder mir Geld leihen muss.
- Mein Einkommen ist so gering, dass ich nicht damit auskommen kann.
- w.n./k.A.

Quelle: forsa-Umfrage im Auftrag der SCHUFA Holding AG.

(siehe Abbildung 5.22) und der Familien mit Kindern. Auf 15 Prozent der Geschiedenen trifft dies zu. 3 Prozent empfinden ihr Einkommen als zu gering, um damit auskommen zu können. Nur 27 Prozent sind in der Lage, Geld zu sparen. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der Geschiedenen gleichzeitig in die Kategorie der Geringverdiener fällt. Einkommensknappeit ist hier oft ein Grund für den Geldmangel.

**Haushalte mit Kindern müssen häufiger Geld leihen oder ihr Konto überziehen.**

Anders verhält es sich bei Familien mit Kindern. 19 Prozent der Befragten, die mit einem Kind zusammenleben, und 16 bzw. 15 Prozent derer, die mit zwei oder drei und mehr Kindern zusammenleben, geben an, dass sie sich manchmal Geld leihen oder ihr Konto überziehen müssen. Anders als bei den Geschiedenen sind es bei den Befragten, die mit Kindern zusammenleben, aber vermutlich nicht unbedingt sehr geringe Einkommen, sondern auch hohe Ausgaben, die das Familienbudget belasten.

Ein großer Anteil der Befragten, die Probleme haben, mit ihrem Geld auszukommen, versucht durchaus, seine Ausgaben zu reduzieren. Haushalte, die gerade so mit dem Einkommen auskommen bzw. manchmal ihr Konto überziehen oder sich Geld leihen müssen, nutzen etwa die in Abbildung 5.8 auf Seite 40 genannten Möglichkeiten des Geldsparens im Alltag überdurchschnittlich häufig: So verzichten sie etwa merklich häufiger als der Durchschnitt der Befragten auf teure Urlaube oder teure Freizeitaktivitäten.

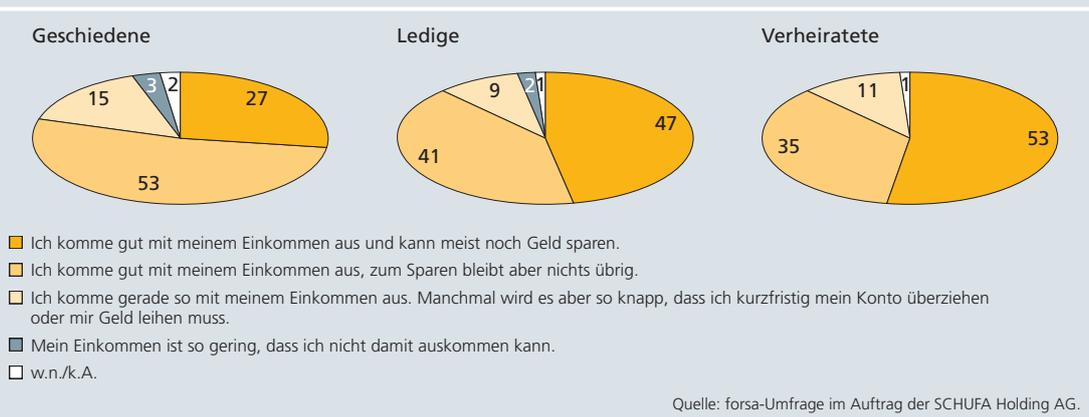
**Abschließende Bewertung**

Die Befragung zeigt insgesamt, dass der Großteil der Bevölkerung gedankenvoll und umsichtig mit seinem Geld umgeht. Die meisten Haushalte verfolgen langfristige finanzielle Ziele und bemühen sich, so viel wie möglich zu sparen. Durch vielerlei kleine Sparmaßnahmen versuchen sie, ihren Konsum an ihre Einnahmen anzupassen. Wo genau die Konsumprioritäten liegen und an welchen Stellen man eher bereit ist, die Ausgaben einzuschränken, hängt von vielen Faktoren, etwa vom Alter oder vom Geschlecht sowie vom Einkommen, ab.

Die Einschätzungen in Bezug auf die eigenen Haushaltsmanagementkompetenzen sind überwiegend selbstbewusst. So ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, ihre Haushaltsfinanzen sehr gut oder gut zu managen. Auch bei finanziellen Entscheidungen fühlen sich die meisten Befragten relativ sicher. Größere Unsicherheiten haben hier lediglich die Geringverdiener mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.000 Euro.

Trotz dieser positiven Ergebnisse empfindet ein großer Teil der Haushalte das Management der privaten Finanzen aber als fordernd und mühsam. Mehr als die Hälfte der Befragten beklagt, dass es angesichts allgemeiner Preissteigerungen, schleppender Lohnentwicklungen und der großen Angebots- und Anbietervielfalt zunehmend kompliziert werde, die Finanzen im

**Abb. 5.22: Geschiedene haben eher Probleme, mit ihrem Einkommen auszukommen**  
(Zustimmung zu Aussagen über den Erfolg des eigenen Finanzmanagements; Anteile in Prozent der Befragten)



Griff zu behalten. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung empfindet es als anstrengend, sich mit dem Haushaltsbudget zu beschäftigen.

Ein gutes Management der Haushaltsfinanzen erfordert viel Arbeit und Mühe. Nicht jeder kann sich immer dazu durchringen, diese zu investieren. So führt weniger als ein Drittel der Bevölkerung ein Haushaltsbuch, um die Finan-

zen im Griff zu behalten. Wichtige Vorsorge-  
maßnahmen wie die private Altersvorsorge oder die Absicherung der Berufsunfähigkeit sind für viele Menschen eher sperrig und wenig interessant. Trotz der offensichtlichen Notwendigkeit haben sie sich noch nicht intensiv mit diesen Themen beschäftigt. Der Umgang mit den eigenen Finanzen ist und bleibt also eine Herausforderung.

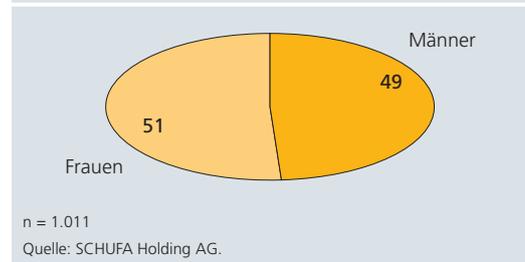
## Datengrundlage und Methodik der Befragung

Im Januar 2011 befragte das Marktforschungsinstitut forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH für den „SCHUFA Kredit-Kompass“ insgesamt rund 1.000 Erwachsene ab 18 Jahren in Deutschland zu ihrem Management der Haushaltsfinanzen. Die Befragung fand in Form von computer-gestützten Telefoninterviews, sogenannten Computer Assisted Telephone Interviews (CATI), entlang eines strukturierten Fragebogens statt.

Die Zusammensetzung der 1.000 Befragten ist für die in Deutschland lebende Bevölkerung repräsentativ. 51 Prozent der Befragten sind Frauen, 49 Prozent sind Männer. 16 Prozent sind zwischen 18 und 29 Jahre, 26 Prozent zwischen 30 und 44 Jahre, 27 Prozent zwischen 45 und 59 Jahre und 31 Prozent mindestens 60 Jahre alt.

50 Prozent der Befragten sind verheiratet, 30 Prozent ledig, 10 Prozent sind verwitwet und 9 Prozent geschieden. Der größte Teil der Befragten – insgesamt 70 Prozent – lebt in

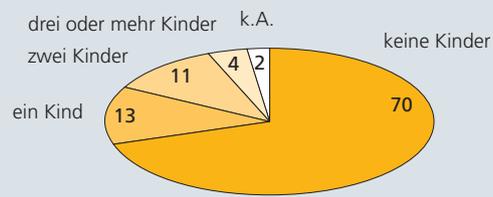
**Abb. 5.23: Befragte nach Geschlecht**  
(Anteile in Prozent)



einem Haushalt ohne Kinder. 13 Prozent leben mit einem Kind, 11 Prozent mit zwei Kindern und 4 Prozent mit drei oder mehr Kindern in ihrem Haushalt zusammen.

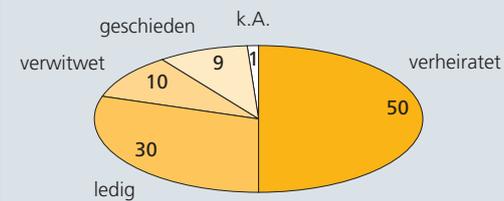
Das Haushaltsnettoeinkommen liegt bei 10 Prozent der Befragten unter 1.000 Euro. 39 Prozent stehen 1.000 bis unter 2.500 Euro monatlich zur Verfügung, 23 Prozent können auf 2.500 bis unter 4.000 Euro zugreifen. 12 Prozent der Befragten leben in Haushalten mit einem Einkommen von 4.000 Euro oder mehr. 16 Prozent wollten keine Einkommensangaben machen.

**Abb. 5.24: Befragte nach Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder** (Anteile in Prozent)



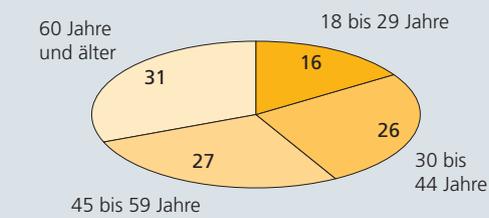
n = 1.011  
Quelle: SCHUFA Holding AG.

**Abb. 5.26: Befragte nach Familienstand** (Anteile in Prozent)



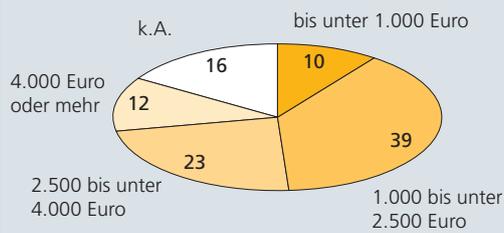
n = 1.011  
Quelle: SCHUFA Holding AG.

**Abb. 5.25: Befragte nach Altersklassen** (Anteile in Prozent)



n = 1.011  
Quelle: SCHUFA Holding AG.

**Abb. 5.27: Befragte nach Haushaltsnettoeinkommen** (Anteile in Prozent)



n = 1.011  
Quelle: SCHUFA Holding AG.

# 6 Private Kreditaufnahme in Deutschland

## Repräsentative Auswertungen auf Basis der SCHUFA-Daten

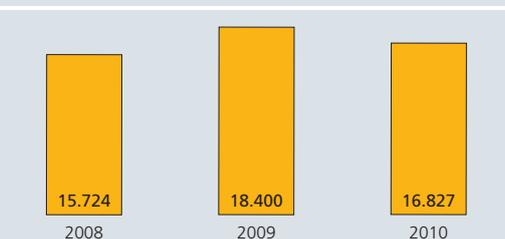
### Einleitung

Seit über 80 Jahren ist die SCHUFA als Mittler zwischen den Verbrauchern und der kreditgebenden Wirtschaft etabliert. Sie trug entscheidend dazu bei, dass sich die Kreditwirtschaft in Deutschland stabil und mit niedrigen Ausfallrisiken entwickelte. Im Jahr 2010 umfasste der SCHUFA-Datenbestand rund 479 Millionen Informationen zu rund 66,2 Millionen volljährigen Privatpersonen in Deutschland. Neben personenbezogenen Daten wie Name, Geburtstag und Anschrift speichert die SCHUFA auch kreditrelevante Angaben wie Informationen über laufende Kredite, Kredithöhen und Zahlungsausfälle.

Der SCHUFA-Datenbestand repräsentiert die bankenmäßige Konsumfinanzierung in Form von Ratenkrediten und die nichtbankenmäßige Konsumfinanzierung in Form von Waren- oder Dienstleistungskrediten, wie sie der Handel oder Telekommunikationsanbieter gewähren. Ferner werden Daten aus öffentlichen Verzeichnissen wie den Schuldnerregistern der Amtsgerichte abgebildet. Der Datenbestand der SCHUFA bildet die empirische Grundlage dieses Kapitels.

**i** Hier dargestellte Anfragen von Banken nach einer SCHUFA-Auskunft umfassen auch spezielle Anfragen im Rahmen der Konditionenermittlung.

**Abb. 6.1: Interesse an Krediten sinkt wieder**  
(Anfragen von Banken nach einer SCHUFA-Auskunft; in 1.000)



Quelle: SCHUFA Holding AG.

Im Folgenden werden zunächst die Trends der privaten Kreditaufnahme betrachtet. Untersucht werden verschiedene Indikatoren zur Entwicklung der Kreditverpflichtungen und der Kreditausfallraten in Deutschland. Im Vordergrund stehen dabei Ratenkredite (auch Ratenzahlungskredite genannt), die typischste Form der Konsumentenkredite. Einige Daten werden differenziert nach dem Lebensalter ausgewertet. Da die Fallzahlen bei Personen ab 64 Jahren für verlässliche repräsentative Aussagen zu gering sind, wird ausschließlich die wirtschaftlich besonders aktive Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren graphisch abgebildet.

Im Anschluss an die Trendanalyse untersucht der „Kredit-Kompass“ die Entwicklung von Zahlungstörungen. Dabei werden die Anteile der Personen mit weichen und harten Negativmerkmalen nach Lebensalter und nach Bundesländern und Landkreisen dargestellt. Das SCHUFA-Risikomodelle unterteilt die Stufen der Verschuldung in vier unterschiedliche Risikobereiche. Der von der SCHUFA 2006 entwickelte Privatverschuldungsindex (PVI) bildet für die Bundesländer, Landkreise und kreisfreien Städte die zurückliegende, aktuelle und zukünftige Überschuldungsgefahr ab.

### Trends der privaten Kreditaufnahme

Möchte eine Privatperson einen Ratenkredit bei einer Bank aufnehmen, so holt die Bank bei der SCHUFA eine Auskunft zur Bonität der betreffenden Person ein. Die Anzahl der im Laufe eines Jahres bei der SCHUFA eingehenden An-

fragen kann daher als Gradmesser für das Interesse an Ratenkrediten in diesem Jahr gelten. Wie Abbildung 6.1 zeigt, haben Banken im Jahr 2010 insgesamt rund 16,8 Millionen Anfragen an die SCHUFA gestellt. Das waren mehr als 1,5 Millionen bzw. rund 9 Prozent Anfragen weniger als im Jahr zuvor. Die Anzahl der Anfragen näherte sich damit wieder der aus dem Jahr 2008: Damals hatte die SCHUFA rund 15,7 Millionen Auskunftsgesuche erhalten.

Diese Entwicklung ist wenig erstaunlich, da das Jahr 2009 von Sondereffekten geprägt war. Angesichts der Umweltprämie („Abwrackprämie“) für den Kauf eines neuen Kfz sowie weiterer im Rahmen der Krise aufgelegter Finanzierungsangebote des Handels hatten viele Menschen einen Kredit aufgenommen, die dies unter normalen Marktbedingungen eventuell nicht getan hätten. Die Entwicklung im Jahr 2010 ist somit als Normalisierung zu werten.

### Ohne „Abwrackprämie“ wieder weniger Kreditabschlüsse

Insgesamt schlossen die Konsumenten im Jahr 2010 rund 7,3 Millionen neue Ratenkredite ab (siehe Abbildung 6.2). Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Kreditabschlüsse damit um 339.000 Abschlüsse bzw. um 4 Prozent.

Die Entwicklung des Interesses an Ratenkrediten zeigte aber bereits, dass das Jahr 2009 als „Sonderjahr“ mit einer bemerkenswert hohen Nachfrage nach neuen Krediten betrachtet werden muss. Vor diesem Hintergrund ist auch die Entwicklung der Anzahl der neu abgeschlossenen

### Abb. 6.2: Konsumenten schließen weniger Kreditverträge ab

(Anzahl der im jeweiligen Jahr neu abgeschlossenen Ratenkreditverträge; in 1.000)



Ratenverträge 2010 eher als Normalisierung denn als Rückgang zu werten. Insgesamt lag die Zahl der Neuabschlüsse 2010 aber noch um rund 363.000 höher als im Jahr 2008.

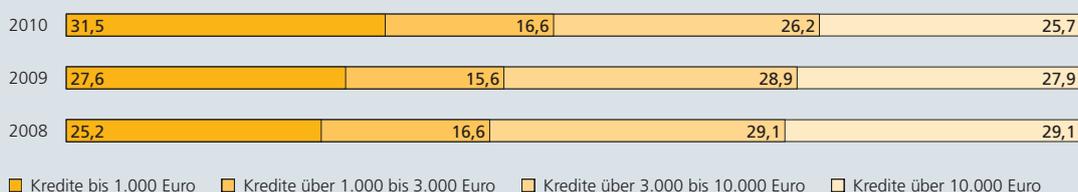
### Interesse an kleinen Krediten steigt

Eine Betrachtung der Kredithöhen zeigt, dass die Bevölkerung 2010 gegenüber dem Vorjahr nicht nur weniger Kredite aufgenommen hat, sondern dass die Volumina der neu aufgenommenen Kredite auch merklich gesunken sind. Die Analyse über drei Jahre – 2008 bis 2010 – ergibt, dass der Anteil der Kredite mit einem Volumen von bis zu 1.000 Euro um 6,3 Prozentpunkte auf aktuell 31,5 Prozent gestiegen ist (siehe Abbildung 6.3).

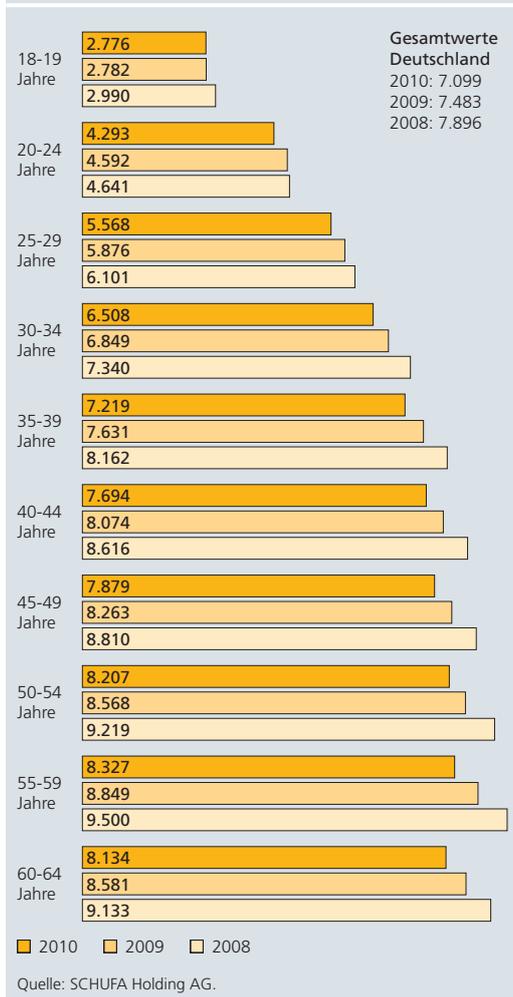
Um 2,9 Prozentpunkte gesunken sind hingegen die Anteile der neu aufgenommenen Kredite im Volumenbereich von über 3.000 bis 10.000 Euro. Insgesamt 26,2 Prozent der im Jahr 2010 geschlossenen Kreditverträge umfassen Kredite

### Abb. 6.3: Kleine Kredite werden attraktiver

(Anteile der jeweiligen Kredithöhen an im jeweiligen Jahr neu abgeschlossenen Kreditverträgen; in Prozent)



**Abb. 6.4: Durchschnittliche Höhe neu aufgenommener Kredite sinkt** (durchschnittliche Höhe der im jeweiligen Jahr neu aufgenommenen Kredite; in Euro)

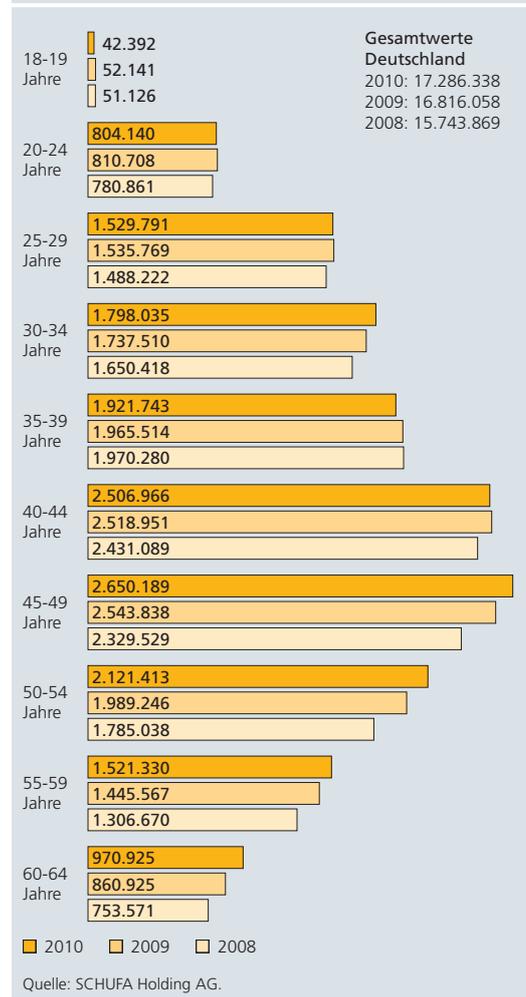


dieser Volumina. Der Anteil der aufgenommenen Kredite mit einem Volumen von mehr als 10.000 Euro ging um 3,4 Prozentpunkte auf aktuell 25,7 Prozent zurück. Die verbleibenden 16,6 Prozent entfallen auf Kredite mit einem Volumen zwischen über 1.000 und 3.000 Euro. Der Anteil der Kredite dieses Volumens ist seit 2008 weitgehend konstant.

**Durchschnittliche Höhe neu aufgenommenener Kredite sinkt**

Der Trend hin zu kleineren Kreditvolumina bildet sich auch bei der Berechnung der durchschnittlichen Höhen der im jeweiligen Jahr neu aufgenommenen Kredite ab. Seit 2008 sinken diese Kredithöhen (siehe Abbildung 6.4).

**Abb. 6.5: Ältere nehmen verstärkt Kredite in Anspruch** (Anzahl laufender Ratenkredite nach Altersgruppen)



Grundsätzlich nehmen jüngere Personen eher kleinere Kredite auf: Kredite, die von 18- und 19-Jährigen im Jahr 2010 abgeschlossen wurden, hatten eine durchschnittliche Höhe von 2.776 Euro. Mit zunehmendem Alter steigen dann auch die Kredithöhen. So nehmen die 25- bis 29-Jährigen bereits Ratenkredite mit einer durchschnittlichen Höhe von mehr als 5.000 Euro auf. Die höchste durchschnittliche Kredithöhe ist in der Altersklasse der 55- bis 59-Jährigen zu verzeichnen. Im Jahr 2010 betrug sie 8.327 Euro.

**Zahl laufender Kredite steigt**

Zwar werden die Volumina neu aufgenommenener Kredite immer kleiner – die Anzahl der laufen-

den Ratenkredite hat sich 2010 gegenüber dem Vorjahr allerdings um rund 470.000 Kredite erhöht (siehe Abbildung 6.5). Am 31.12.2010 gab es in Deutschland gemäß SCHUFA-Datenbestand damit rund 17,29 Millionen laufende Ratenkredite.

### Verbraucher im mittleren Alter haben die meisten laufenden Kredite

Die meisten dieser Kredite – insgesamt rund 2,65 Millionen – wurden von Personen im Alter zwischen 45 und 49 Jahren aufgenommen. Auch in der Altersklasse der 40 bis 44-Jährigen war die Zahl der 2010 laufenden Ratenkredite mit rund 2,51 Millionen hoch. Sowohl die mindestens 60-Jährigen als auch die unter 25-Jährigen nehmen hingegen eher weniger Kredite auf. Beide Altersklassen verfügten im Jahr 2010 über weniger als 1 Million laufende Ratenkredite. Die Gruppe der 18- und 19-Jährigen verfügte gerade einmal über etwas mehr als 42.000 Kredite.

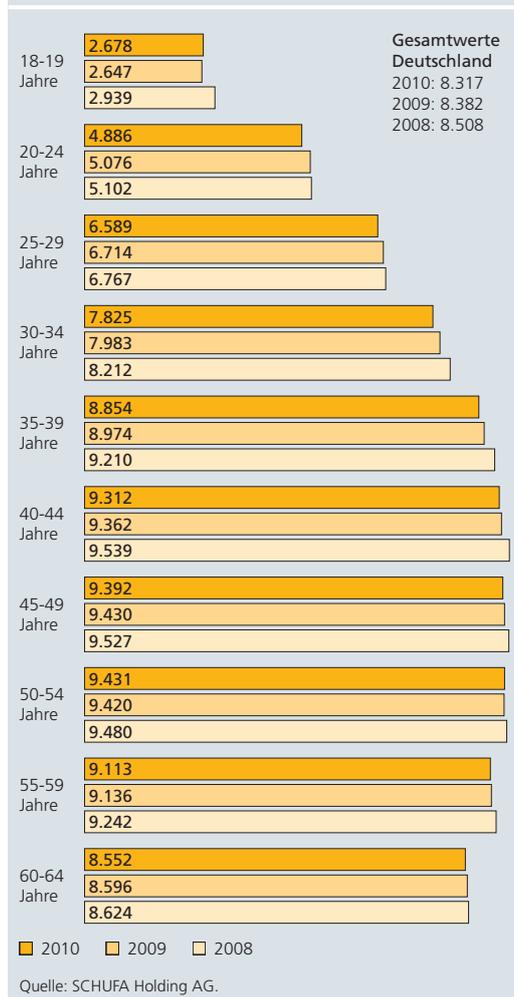
Im Dreijahresvergleich zeigt sich, dass es vor allem die Personen im Alter von mindestens 45 Jahren sind, die zunehmend auf Finanzierungen über Ratenkredite zurückgreifen. Die Anzahl der laufenden Kredite ist in allen vier Altersklassen ab 45 Jahren seit 2008 kontinuierlich gestiegen.

### Restschuld aus laufenden Krediten sinkt

Ein weiterer interessanter Indikator zur Betrachtung der privaten Kreditaufnahme ist die Entwicklung der sogenannten Restschuld. Diese umfasst die sich aus allen bestehenden Verpflichtungen ergebende durchschnittliche Kreditschuld derjenigen Personen im SCHUFA-Datenbestand, die (mindestens) einen Ratenkredit aufgenommen haben. Hypothekarkredite und Leasingverträge sind hierbei nicht einbezogen.

Im deutschlandweiten Durchschnitt betragen die aktuellen Kreditverpflichtungen für jede im SCHUFA-Datenbestand erfasste Person im Jahr

**Abb. 6.6: Durchschnittliche Restschuld nimmt 2010 weiter ab** (durchschnittliche aktuelle Restschuld aus Ratenkrediten nach Altersgruppen; in Euro)



**Die Restschuld umfasst die noch bestehenden Verpflichtungen aus laufenden Ratenkreditverträgen.**

2010 insgesamt 8.317 Euro (siehe Abbildung 6.6). Sie sind damit gegenüber dem Vorjahr um 65 Euro gesunken. Auch im Jahr 2008 lag die Restschuld über dem Wert von 2010: Sie erreichte damals eine Summe von 8.508 Euro, lag also 191 Euro bzw. rund 2 Prozent über dem heutigen Wert.

Die Entwicklung des vergangenen Jahres bestätigt damit den sich seit 2008 abzeichnenden leichten Trend hin zu einer sinkenden durchschnittlichen Kreditschuld. Die 50- bis 54-Jährigen sind die Altersgruppe mit der höchsten Pro-Kopf-Restschuld. Im Jahr 2009 waren dies die 45- bis 49-Jährigen gewesen.

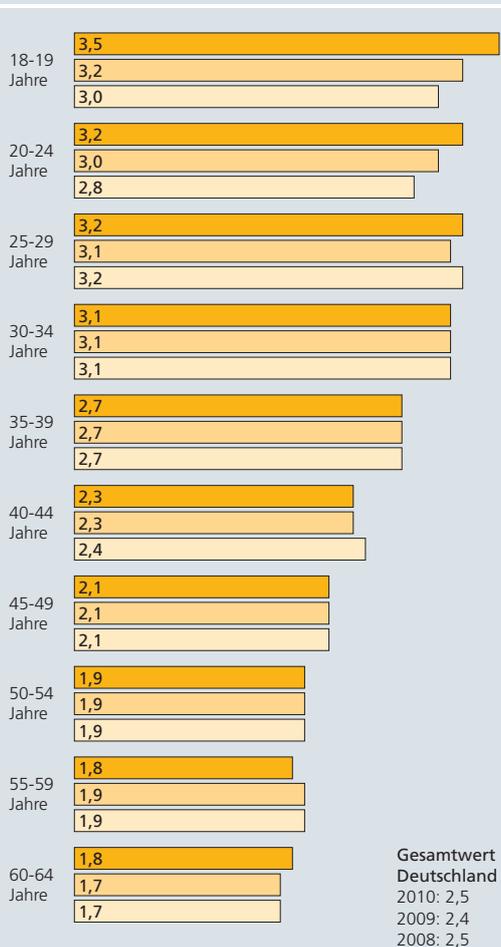
Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass Personen im Alter unter 40 Jahren weniger Kredite

aufnehmen. Die durchschnittliche Restschuld in diesen jüngeren Altersgruppen lag 2010 durchgängig bei unter 9.000 Euro, in der Gruppe der unter 25-Jährigen lag sie unter 5.000 Euro (siehe Abbildung 6.6). Mit zunehmendem Alter und häufig auch wachsendem Haushaltseinkommen sowie größeren familiären Verpflichtungen und Ausgaben steigen die Kreditverpflichtungen.

Eine Kreditaufnahme als solche ist zunächst grundsätzlich als Ausdruck wirtschaftlicher Aktivität zu werten. Die bislang dargestellten Zahlen dienen daher nicht als Grundlage für Aussagen über etwaige Kreditausfälle oder potentielle Rückzahlungsprobleme. Aussagen hierzu sind auf den folgenden Seiten dargestellt.

**i Die Abbildung zeigt den Anteil der Ratenkredite, die offen sind und nach Mahnungseingang nicht bestritten und nicht bezahlt wurden.**

**Abb. 6.7: Anstieg der ausgefallenen Ratenkredite in den Altersgruppen unter 30 Jahren**  
(Anteil der ausgefallenen Ratenkredite an allen Ratenkrediten nach Altersgruppen; in Prozent)



Quelle: SCHUFA Holding AG.

## Entwicklung von Zahlungsstörungen

Zahlungsstörungen können anhand verschiedener Indikatoren untersucht werden. Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung der Kreditausfälle betrachtet.

### Kreditausfälle weitgehend konstant

Durchschnittlich 2,5 Prozent aller in Deutschland aufgenommenen Ratenkredite wurden 2010 (Stichtag 31.12.2010) auch nach Mahnungseingang nicht vertragsgerecht zurückgezahlt (siehe Abbildung 6.7). Der Anteil der Kreditausfälle stieg damit gegenüber 2009 um 0,1 Prozent und hat wieder das Niveau des Jahres 2008 erreicht. Im Dreijahresvergleich ist er weitgehend konstant. Insgesamt 97,5 Prozent aller Kredite im SCHUFA-Datenbestand wurden im Jahr 2010 vertragsgemäß ohne Zahlungsausfälle bedient.

Die höchsten Ausfallquoten zeigen sich bei den unter 30-Jährigen. Bei den 18- und 19-Jährigen lag der Anteil der Kredite, die 2010 nicht vertragsgemäß zurückgezahlt werden konnten, bei 3,5 Prozent. Bei den 20- bis 29-jährigen Personen des SCHUFA-Datenbestandes traf dies im gleichen Zeitraum auf 3,2 Prozent aller Kredite zu. Gleichzeitig weisen die Altersklassen unter 30 Jahre im Jahresvergleich den größten Zuwachs der Kreditausfälle auf. So stieg der Anteil der ausgefallenen Kredite bei den 18- und 19-Jährigen gegenüber 2009 um 0,3 Prozentpunkte an. Allerdings sind weder die Anzahl der von dieser Altersklasse neu aufgenommenen Kredite noch die Volumina der laufenden Kredite besonders groß und beide tendenziell sinkend (siehe dazu die Abbildungen 6.4 und 6.5 auf Seite 58).

Mit zunehmendem Alter geht der Anteil der nicht vertragsgemäß bedienten Kredite zurück. Er ist im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahren zudem weitgehend stabil. Die Ausfallquoten in den Altersklassen der 45- bis 54-Jährigen, die die höchsten durchschnittlichen Kreditverpflichtungen aufweisen (siehe dazu Abbil-

dung 6.6 auf Seite 59), lagen mit 2,1 Prozent bzw. 1,9 Prozent bereits deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt. Bei den über 55-Jährigen wurden sogar 98,2 Prozent aller aufgenommenen Kredite vertragsgerecht zurückgezahlt. Die Ausfallquote erreichte hier lediglich 1,8 Prozent.

### Positive Kreditbiographie zu über 90 Prozent der Verbraucher

Aufgabe der SCHUFA ist es, Informationen über die Bonität der Verbraucher zu sammeln und diese ihren Geschäftspartnern zur Verfügung zu stellen. Zu 91,3 Prozent aller im SCHUFA-Datenbestand erfassten Personen hat die SCHUFA ausschließlich sogenannte Positivinformationen gespeichert. Diese umfassen zum Beispiel Angaben zu Kredit- oder Leasingverträgen, Daten zur Eröffnung eines Girokontos, zur Ausgabe einer Kreditkarte oder zu Mobilfunkverträgen.

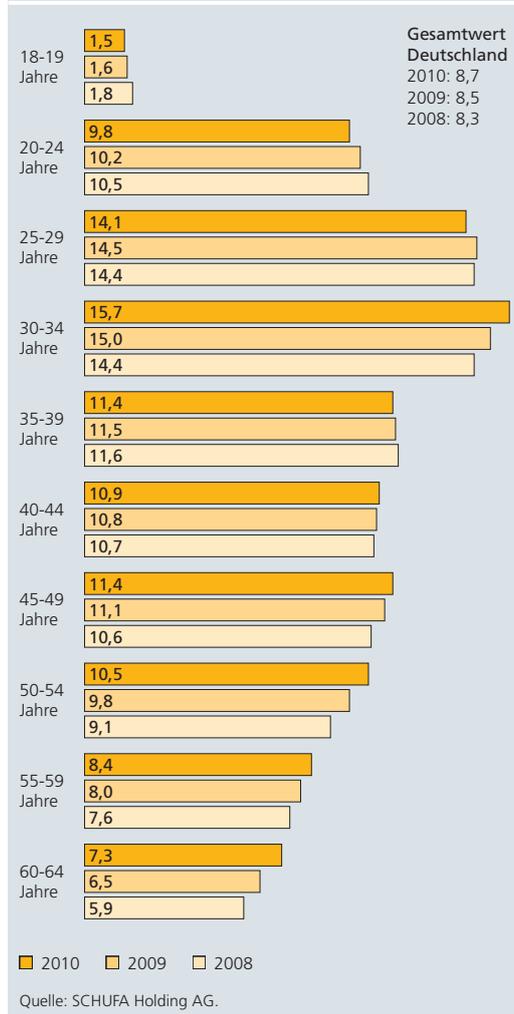
Verhält sich ein Verbraucher nicht vertragsgerecht, so speichert die SCHUFA dies in Form sogenannter Negativmerkmale. Zu den „weichen Negativmerkmalen“ gehören etwa Forderungen, die fällig, angemahnt und nicht bestritten sind, Forderungen nach gerichtlicher Entscheidung sowie Informationen zum Missbrauch eines Giro- oder Kreditkartenkontos nach Nutzungsverbot. Die „harten Negativmerkmale“ umfassen Informationen aus öffentlichen Bekanntmachungen wie eine Eidesstattliche Versicherung, einen Haftbefehl zur Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung oder Informationen zu einem Verbraucherinsolvenzverfahren.

2010 hatte die SCHUFA zu insgesamt 8,7 Prozent aller erfassten Personen mindestens eines dieser weichen oder harten Negativmerkmale gespeichert (siehe Abbildung 6.8). Der Anteil der Personen mit Negativmerkmal nahm gegenüber dem Vorjahr damit um 0,2 Prozentpunkte zu.

Die Schwankungen innerhalb der einzelnen Altersgruppen waren dabei unterschiedlich. Die stärksten Veränderungen zeigten sich in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen, wo der

### Abb. 6.8: Anteil der unter 30-Jährigen mit Negativmerkmal sinkt

(Anteil der Personen, zu denen die SCHUFA [mindestens] ein Negativmerkmal gespeichert hat, nach Altersgruppen, in Prozent)



Anteil der Personen mit Negativmerkmal zwischen 2009 und 2010 um 0,8 Prozentpunkte auf 7,3 Prozent anstieg. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung lag er damit aber noch unter dem Durchschnitt. In den Altersgruppen von 50 bis 54 und 30 bis 34 Jahren nahm der Anteil der Personen mit Negativmerkmal im gleichen Zeitraum um 0,7 Prozentpunkte zu.

Insgesamt verfügte die SCHUFA 2010 zu 15,7 Prozent der 30- bis 34-Jährigen über Negativinformationen (siehe Abbildung 6.8). Ähnlich hoch lag der Anteil der Personen mit Negativmerkmal nur bei den 25- bis 29-Jährigen. Er betrug hier 2010 insgesamt 14,1 Prozent. Die Entwicklung gegenüber 2009 ist in dieser

**i** **Negativmerkmale sind Informationen zu nicht vertragsgemäßem Verhalten und Informationen aus öffentlichen Bekanntmachungen wie etwa den Verzeichnissen der Amtsgerichte.**

Altersgruppe allerdings positiv (-0,4 Prozentpunkte). Ein vergleichbar guter Trend zeigte sich im gleichen Zeitraum nur in der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen.

**Anteil der Personen mit weichem Negativmerkmal konstant**

Der Blick auf die weichen Negativmerkmale zeigt, dass der Anteil der Personen mit nur weichen Negativmerkmalen bundesweit mit insgesamt 4,2 Prozent 2010 auf dem gleichen Niveau lag wie im Jahr zuvor (siehe Abbildung 6.9). Die Schwankungen innerhalb der einzelnen Altersgruppen reichen von einem Rückgang

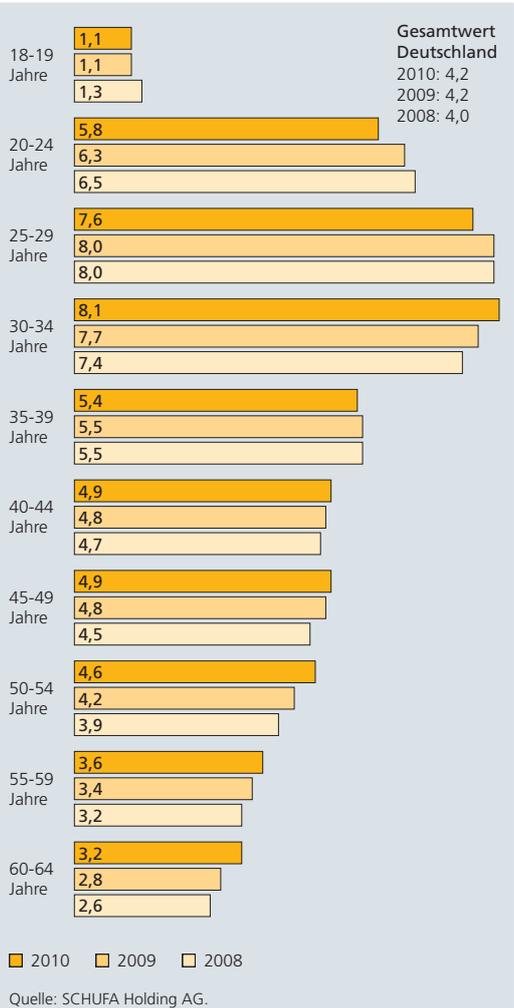
**I Weiche Negativmerkmale sind Informationen zu nicht vertragsgemäßem Verhalten, die die SCHUFA etwa von Banken, Leasinggesellschaften, Telekommunikationsunternehmen, dem Handel oder dem Versandhandel erhält.**

**I Harte Negativmerkmale sind Informationen, die die SCHUFA aus öffentlichen Verzeichnissen generiert. Beispiele sind Informationen zur Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung oder zu einem Verbraucherinsolvenzverfahren.**

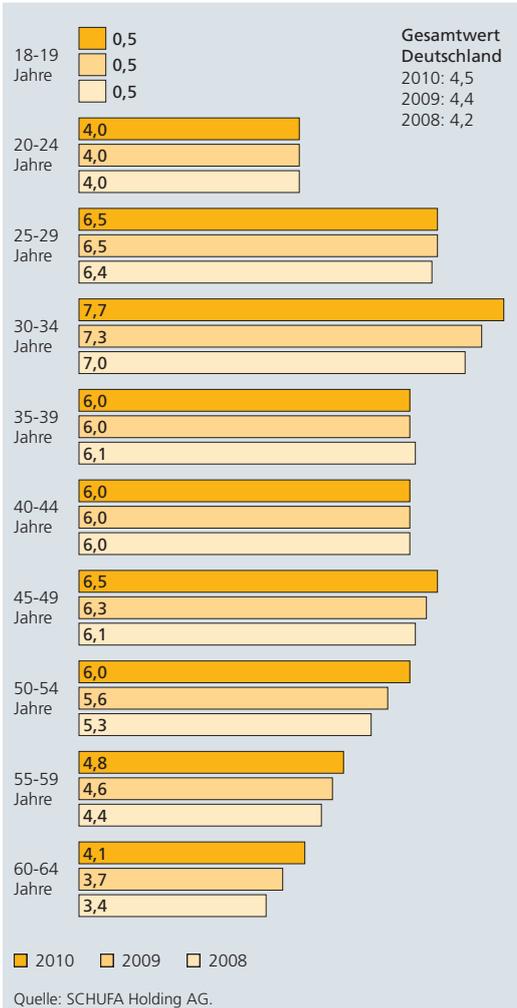
um 0,5 Prozentpunkte bei den 20- bis 24-Jährigen bis zu einer Zunahme von 0,4 Prozentpunkten bei den 30- bis 34-, 50- bis 54- und 60- bis 64-Jährigen. Tendenziell nahm der Anteil der Personen mit weichem Negativmerkmal von 2008 bis 2010 in den Altersklassen bis 29 Jahre ab und in den Altersklassen ab 30 Jahre zu.

Der höchste Anteil an Personen mit weichem Negativmerkmal war 2010 in der Altersklasse zwischen 30 und 34 Jahren zu verzeichnen. Er betrug 8,1 Prozent. In den folgenden Altersklassen sinkt der Anteil der Personen mit weichem Negativmerkmal dann kontinuierlich auf bis zu 3,2 Prozent (60 bis 64 Jahre) ab.

**Abb. 6.9: Anteil der Personen mit weichem Negativmerkmal gegenüber 2009 konstant**  
(Anteil der Personen, zu denen die SCHUFA nur weiche Negativmerkmale gespeichert hat, nach Altersgruppen; in Prozent)



**Abb. 6.10: Anteil der Personen mit hartem Negativmerkmal steigt leicht**  
(Anteil der Personen, zu denen die SCHUFA ein hartes Negativmerkmal gespeichert hat, nach Altersgruppen; in Prozent)



### Leichte Zunahme harter Negativmerkmale

Die generelle Zunahme des Anteils der Personen mit Negativmerkmal ist vor allem auf einen leichten Anstieg bei den harten Negativmerkmalen zurückzuführen (siehe Abbildung 6.10). Zu 4,5 Prozent der Personen ihres Datenbestandes – 0,1 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr – hatte die SCHUFA 2010 (mindestens) ein hartes Negativmerkmal gespeichert. 2008 hatte der Anteil der Personen mit hartem Negativmerkmal noch bei 4,2 Prozent gelegen.

Der höchste Anstieg gegenüber dem Vorjahr war 2010 in den Altersgruppen der 30- bis 34-Jährigen, der 50- bis 54-Jährigen und der 60- bis 64-Jährigen zu verzeichnen. Er betrug in allen diesen Altersklassen jeweils 0,4 Prozentpunkte. In fast allen anderen Altersklassen ist der Anteil der Personen mit hartem Negativmerkmal seit einigen Jahren konstant. Das gilt vor allem für die jungen Menschen im Alter von unter 30 Jahren.

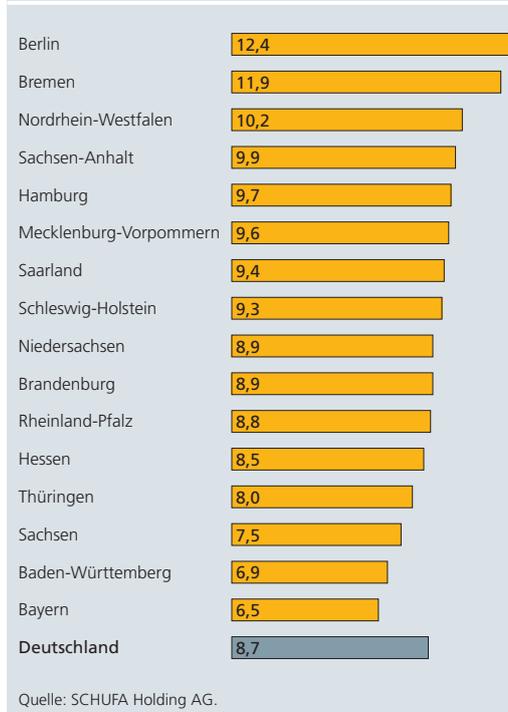
### Zahlungsstörungen im regionalen Vergleich

Der regionale Vergleich zeigt, dass Personen, die in den Bundesländern Berlin und Bremen leben, besonders häufig Zahlungsschwierigkeiten haben (siehe Abbildung 6.11). Während die SCHUFA Ende 2010 im Bundesdurchschnitt zu 8,7 Prozent aller in ihrer Datenbank erfassten Personen (mindestens) ein Negativmerkmal gespeichert hatte, lag der Anteil der Personen, auf die dies zutrifft, in Berlin bei 12,4 Prozent und in Bremen bei 11,9 Prozent. Auch in Nordrhein-Westfalen (10,2 Prozent), Sachsen-Anhalt (9,9 Prozent) und Hamburg (9,7 Prozent) lagen die Anteile der Personen mit Zahlungsschwierigkeiten noch mindestens 1 Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt.

Die Bevölkerung in den Bundesländern des Südens, also in Bayern und in Baden-Württemberg, sowie in den Ländern des Südostens, also in Thüringen und in Sachsen, hatte hingegen eher selten Zahlungsschwierigkeiten. Der Anteil

#### Abb. 6.11: Zahlungsschwierigkeiten in Berlin und Bremen besonders hoch

(Anteil der mindestens 18-jährigen Personen, zu denen die SCHUFA 2010 mindestens ein Negativmerkmal gespeichert hatte, nach Bundesländern; in Prozent)



**i** Die Abbildung zeigt im Bundesländervergleich, wie hoch der Anteil der Personen mit (mindestens) einem gemeldeten Negativmerkmal ist.

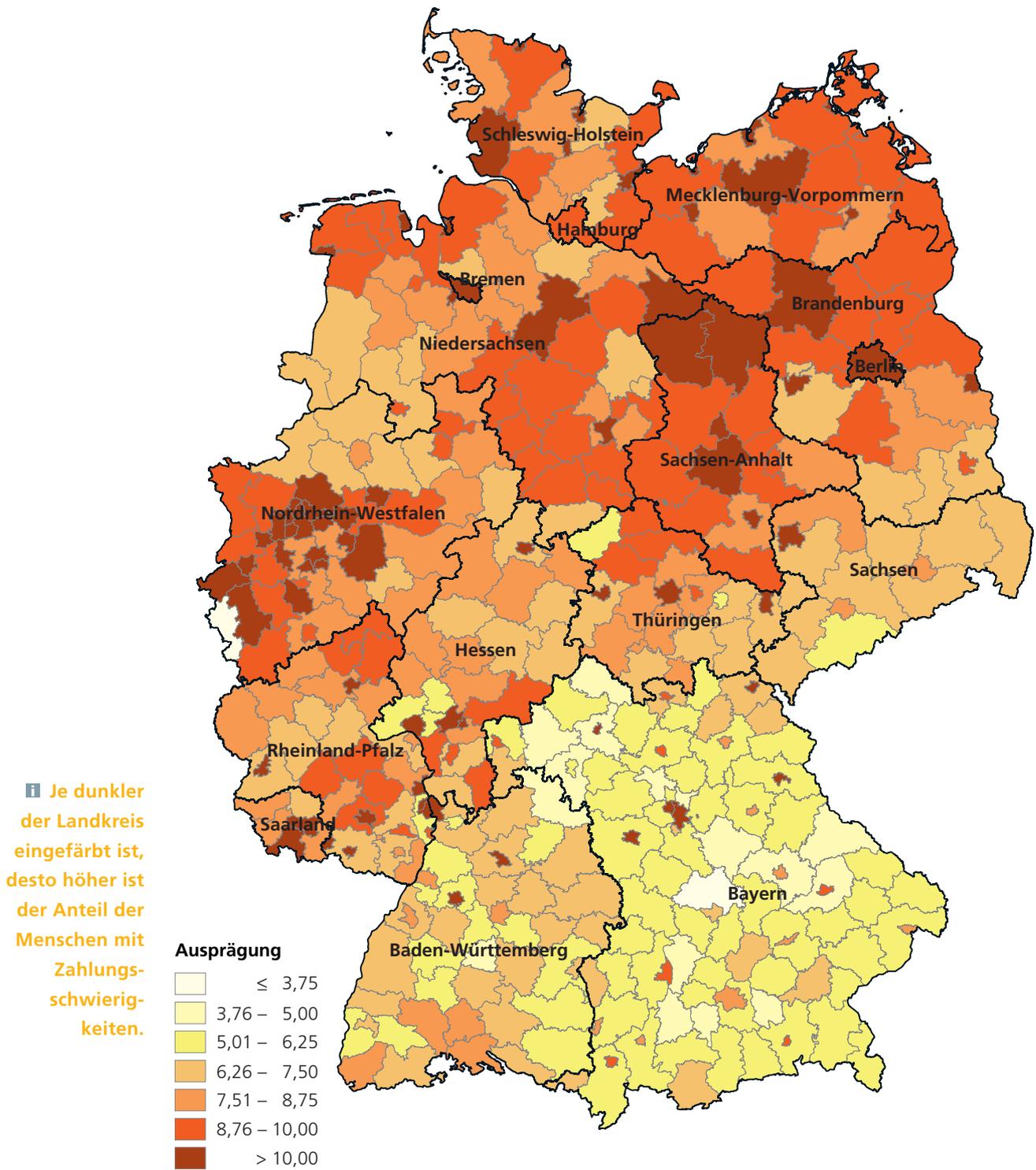
der Personen, zu denen die SCHUFA (mindestens) ein Negativmerkmal erfasst hatte, lag hier bei höchstens 8 Prozent. Auch in Hessen war der Anteil der Personen mit Negativmerkmal mit 8,5 Prozent noch geringer als im Bundesdurchschnitt.

Eine Betrachtung der Situation im Zeitvergleich zeigt, dass sich die Anteile der Personen mit Negativmerkmal in der SCHUFA-Datenbank 2010 gegenüber 2009 in allen Bundesländern leicht erhöht haben<sup>1)</sup>. Die Schwankungen betragen dabei bis zu 0,4 Prozentpunkte. Die Reihenfolge der Bundesländer hat sich gegenüber 2009 daher auch nicht nennenswert verändert.

Eine detaillierte Übersicht über die Anteile der Personen mit Negativmerkmal in der SCHUFA-Datenbank zeigen die Karten 6.1, 6.2 und 6.3 auf den folgenden drei Seiten.

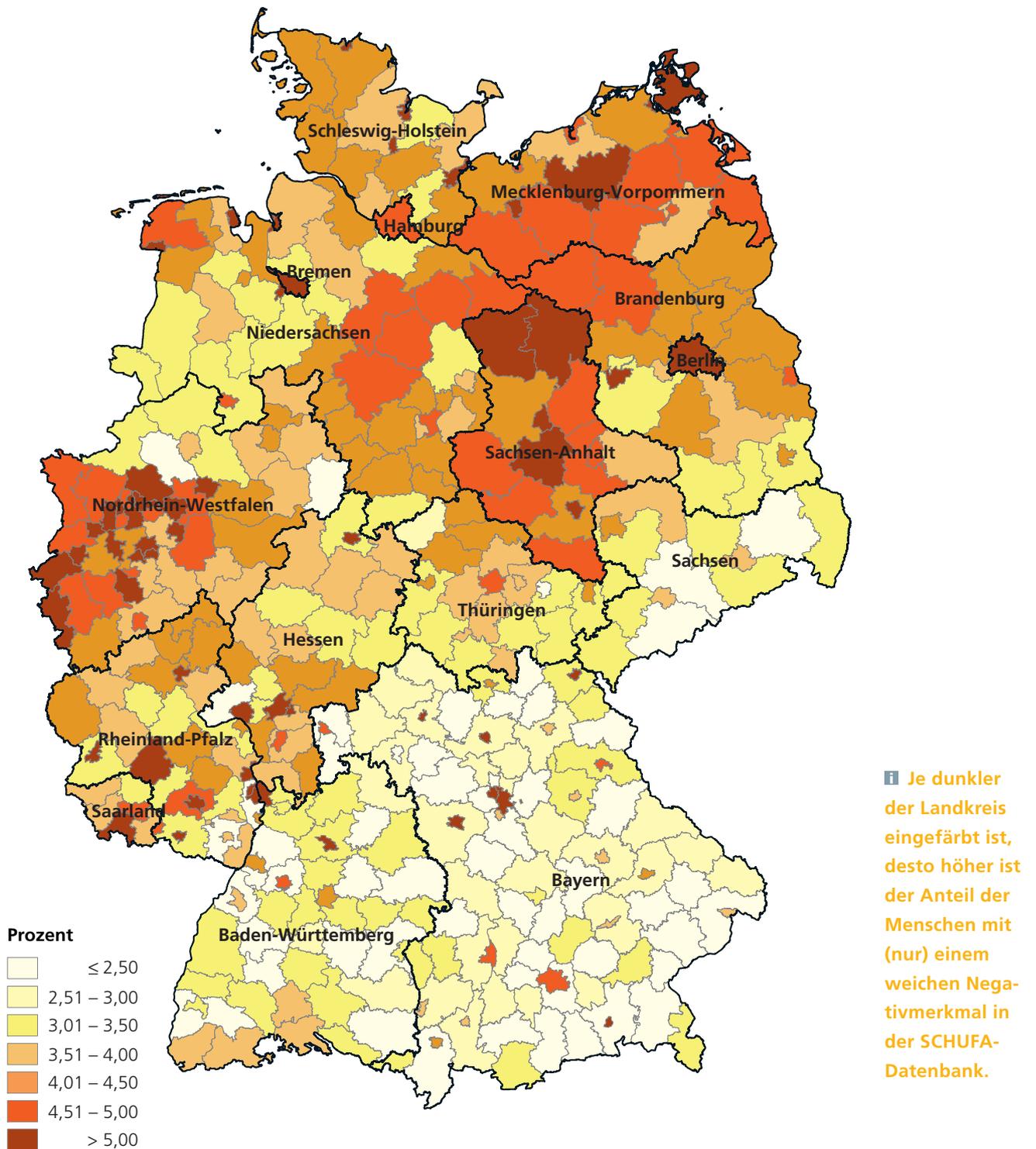
1) Siehe dazu SCHUFA Kredit-Kompass 2010, Seite 46.

Karte 6.1: Menschen im Norden Deutschlands haben häufiger Zahlungsschwierigkeiten  
 (Anteil der mindestens 18-jährigen Personen, zu denen die SCHUFA 2010 [mindestens] ein [hartes oder weiches] Negativmerkmal gespeichert hatte, nach Landkreisen; in Prozent)

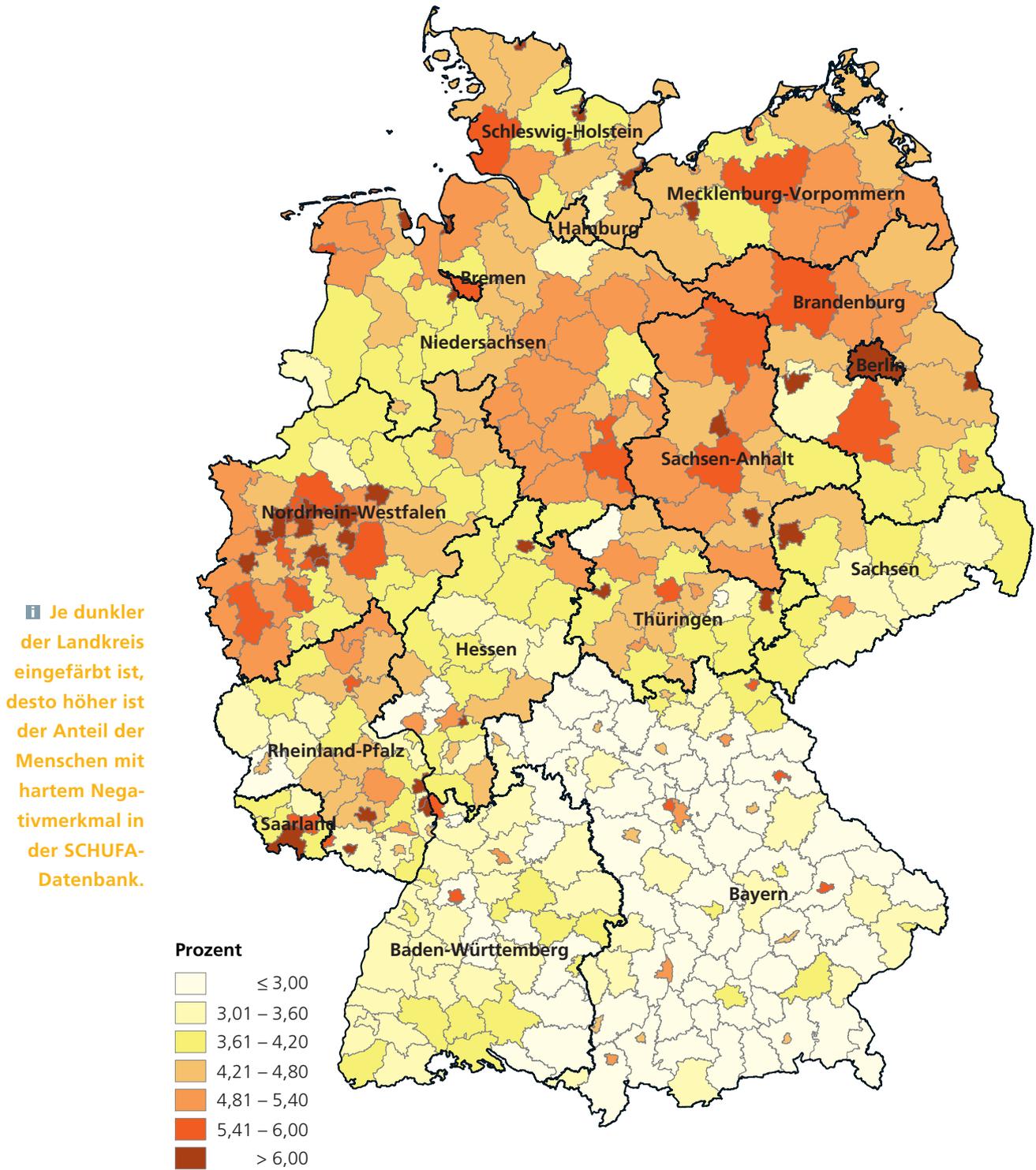


Quelle: SCHUFA Holding AG.

Karte 6.2: Anteile der Personen mit weichen Negativmerkmalen im Westen und im Nordosten besonders hoch (Anteil der mindestens 18-jährigen Personen, zu denen die SCHUFA 2010 [mindestens] ein weiches Negativmerkmal gespeichert hatte, nach Landkreisen; in Prozent)



Karte 6.3: Anteile der Personen mit hartem Negativmerkmal im Süden Deutschlands selten über 4,2 Prozent (Anteil der mindestens 18-jährigen Personen, zu denen die SCHUFA 2010 [mindestens] ein hartes Negativmerkmal gespeichert hatte, nach Landkreisen; in Prozent)



Quelle: SCHUFA Holding AG.

## Risiken der privaten Kreditaufnahme

### Das SCHUFA-Risikomodel

Das von der SCHUFA 2004 entwickelte Risikomodel teilt die Stufen der Verschuldung in vier unterschiedliche Risikobereiche ein. Basierend auf einem Indikatorenmodell, sind beispielsweise Analysen über den Verlauf einer Überschuldung möglich. Die Risikostufen werden wie folgt gebildet:

Risikostufe Grün:

- kein negatives Merkmal und ohne jegliche aktuelle Kreditverpflichtung
- kein negatives Merkmal und mit aktueller Kreditverpflichtung und SCHUFA-Risikoquote nach Score < 10 Prozent

Risikostufe Gelb:

- nur noch erledigte Negativmerkmale
- kein negatives Merkmal und mit aktueller Kreditverpflichtung und SCHUFA-Risikoquote nach Score  $\geq$  10 Prozent
- ein aktuelles Negativmerkmal einer Nichtbank
- mehr als ein aktuelles Negativmerkmal von Nichtbanken

Sogenannte Nichtbanken sind Unternehmen aus Branchen, die Kredite vergeben, die an ihre eigentlichen Leistungen gekoppelt sind (Handel, Versandhandel, Internethandel, Telekommunikation etc.).

Risikostufe Orange:

- ein offenes Negativmerkmal von einer Bank jünger als ein Jahr
- ein offenes Negativmerkmal von einer Bank jünger als ein Jahr und von Nichtbanken

- mehr als ein offenes Negativmerkmal von mindestens einer Bank jünger als ein Jahr
- Negativmerkmalhistorie bei mindestens einer Bank von ein bis drei Jahren

Offene Negativmerkmale sind Zahlungsausfälle, also offene, ausreichend gemahnte und unbestrittene Forderungen.

Risikostufe Rot:

- Merkmal Eidesstattliche Versicherung (EV) oder Haftbefehl zur Abgabe einer EV
- Merkmal der Privatinsolvenz
- Personen mit Suchauftrag

Personen mit Suchauftrag sind Personen, gegenüber denen ein Vertragspartner der SCHUFA eine offene, ausreichend gemahnte und unbestrittene Forderung besitzt, die aber unbekannt verzogen sind.

### SCHUFA-Risikomodel zeigt keine Zunahme einer kritischen Verschuldung

Die Zuordnung der Bevölkerung zu den einzelnen Risikostufen nach dem SCHUFA-Risikomodel zeigt, dass die SCHUFA 89,7 Prozent der Personen, zu denen sie 2010 Daten gespeichert hatte, als nicht von Überschuldung bedroht ansieht (siehe Tabelle 6.1). Zu diesen insgesamt rund 59,4 Millionen Personen liegen keine Hinweise auf Zahlungsprobleme vor, und die Wahrscheinlichkeit, dass Zahlungsprobleme eintreten, liegt unter 10 Prozent.

Die SCHUFA stuft 3,7 Prozent der Personen, also rund 2,5 Millionen Menschen, in die Risikogruppe Gelb ein. Diese Personen haben entweder erste Zahlungsschwierigkeiten (etwa im Ver-

**Tab. 6.1: Einstufung der Bevölkerung nach Risikostufen konstant**  
(Anzahl und Anteile der Personen in den Warnstufen des SCHUFA-Risikomodels)

	Warnstufe	Anzahl	Anteile 2010 (in %)	Anteile 2009 (in %)
●	Grün	59.429.664	89,7	89,6
●	Gelb	2.475.392	3,7	3,8
●	Orange	986.926	1,5	1,5
●	Rot	3.340.145	5,0	5,0
	gesamt	66.232.127	99,9 <sup>1)</sup>	99,9 <sup>1)</sup>

1) Die Summen betragen aufgrund von Rundungen nicht 100 Prozent.

Quelle: SCHUFA Holding AG

**Das Risikomodel klassifiziert das persönliche Verschuldungsrisiko einer Person in vier Warnstufen.**

sandhandel oder gegenüber Telekommunikationsanbietern), oder die statistische Wahrscheinlichkeit, dass Probleme bei der Rückzahlung auftreten könnten, liegt bei über 10 Prozent.

Insgesamt 1,5 Prozent der Personen im SCHUFA-Datenbestand, insgesamt rund 987.000 Personen, haben mindestens eine offene Verbindlichkeit gegenüber einer Bank, die angemahnt und unbestritten ist. Sie werden in die Risikogruppe mit der Farbe Orange eingestuft.

Bei 5 Prozent der Personen zeichnet sich eine kritische finanzielle Lage ab. Diese rund 3,3 Millionen Personen wurden daher in die Warnstufe Rot eingestuft. Hinweise auf finanziell kritische Situationen sind etwa die Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung oder Informationen zu einem Verbraucherinsolvenzverfahren.

#### **Der SCHUFA-Privatverschuldungsindex (PVI)**

Der von der SCHUFA 2006 entwickelte Privatverschuldungsindex (PVI) ist ein Instrument, das nicht nur die historische Entwicklung der kritischen Anzeichen privater Verschuldung analysiert, sondern darüber hinaus auch die künftige, mittelfristige Entwicklung prognostiziert. Die Prognosen des PVI sind einzigartig in der Überschuldungsforschung, da aus einer Fülle von Einzelindikatoren die Lage der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland in einem einzigen Indexwert für Gesamtdeutschland, die 16 Bundesländer sowie die derzeit 412 Landkreise und kreisfreien Städte ausgedrückt wird.

Der PVI zeigt, inwiefern die private Verschuldungs- und Überschuldungsgefahr ab- oder zugenommen hat und wie stark die kritischen Anzeichen der privaten Verschuldung in welchen geographischen Regionen ausgeprägt sind. Um die sehr unterschiedliche regionale Entwicklung der privaten Verschuldung darzustellen, werden Analysen auf Bundes- und Kreisebene vorgestellt. Je nach Höhe des Indexwertes befindet sich ein Bundesland bzw. ein Kreis in der grünen, gelben, orangefarbenen oder roten Stufe. In den Regionen mit dem niedrigsten

Indexwert sind die kritischen Anzeichen einer Privatverschuldung am schwächsten ausgeprägt.

Durch die Ganzjahresprognose hat sich der PVI in Deutschland zu einem wichtigen Barometer für die kritischen Anzeichen privater Verschuldung entwickelt. Er erhöht die Transparenz hinsichtlich der Überschuldungslage bzw. Überschuldungsgefahr von Privatpersonen in Deutschland. Der PVI dient daher als Frühwarnsystem für die deutsche Volkswirtschaft.

#### **Konstruktion des PVI**

Um die verschiedenen Abstufungen der privaten Überschuldungsgefahr darzustellen, berücksichtigt der PVI ein Bündel von messbaren Anzeichen der privaten Ver- und Überschuldung. Die Datengrundlage besteht aus den kreditrelevanten Informationen der SCHUFA Holding AG von 66,2 Millionen volljährigen Privatpersonen in Deutschland.

Zur Erstellung des PVI wird eine Kombination aus negativen kreditrelevanten Informationen für die Wohnbevölkerung individuell betrachtet und gewichtet. Daraus ergibt sich ein Gesamtwert. Zur Berechnung des PVI dienen die sogenannten weichen und harten Negativmerkmale. Diese weichen und harten Negativmerkmale sind je nach Ausprägung in die drei Stufen Gelb, Orange und Rot des Risikomodells eingeteilt.

Bei den weichen Negativmerkmalen (gelbe und orangefarbene Stufe im Risikomodell) handelt es sich um Zahlungsausfälle bei Nichtbanken und Banken. Die rote Stufe im Risikomodell enthält harte Negativmerkmale wie Informationen über die Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung oder über eine Privatinsolvenz. Weil die Stufe Grün des Risikomodells keine Negativmerkmale aufweist, geht sie nicht in die Berechnung des Indexes ein.

#### **Die Stufen des PVI**

Ähnlich wie im Risikomodell werden auch die PVI-Werte in vier Ausprägungsstufen eingeteilt.

Diese beschreiben, inwiefern kritische Anzeichen für eine künftige Verschuldungsgefahr ausgeprägt sind. Zwar nutzt der PVI die gleiche Farbeinteilung wie das Risikomodell. Es handelt sich aber um zwei unterschiedliche, unabhängige Indikatoren. Der PVI aggregiert die unterschiedlichen Negativinformationen zu einer Kenngröße und bildet sowohl die historische als auch die aktuelle und zukünftige Situation der Verschuldung ab. Er hat daher vor allem auch einen prognostischen Wert. Der PVI unterteilt die kritischen Anzeichen einer Verschuldung in die vier Kategorien:

- gering
- mäßig
- stark
- sehr stark

### Gesamtdeutscher PVI auf stabilem Niveau

Die Entwicklung des PVI für Gesamtdeutschland zeigt 2009 bis 2010 ein relativ stabiles Niveau: Der PVI stieg um 5 Punkte auf 1.178 Punkte an (siehe Tabelle 6.2). Dies spricht dafür, dass sich Deutschland nach der Wirtschaftskrise weitgehend gut erholt hat. Für das laufende Jahr erwartet die SCHUFA einen gesamtdeutschen PVI-Wert von 1.185 Punkten. Diese Prognose kann als Zeichen der Stabilität gewertet werden.

### Nach wie vor Nord-Süd-Gefälle beim PVI

Sowohl die Karten 6.4 und 6.5 auf den folgenden Seiten als auch die Tabellen 6.2 und 6.3 zum SCHUFA-Privatverschuldungsindex (PVI) stellen die Ausprägungen des PVI nach Bundesländern und nach Landkreisen dar. Die vier PVI-Stufen Grün, Gelb, Orange und Rot wurden mit Hilfe einer Clusteranalyse berechnet. Anhand der zugehörigen Indexwerte wurden die Bundesländer und Kreise diesen Stufen zugeordnet. Wie in den vergangenen Jahren zeigen die aktuellen Auswertungen ein Nord-Süd-Gefälle: So weisen die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern die besten Indexwerte und damit die geringsten Zeichen der Überschuldungsgefahr für Privatpersonen auf. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr waren in diesen Ländern minimal. Der PVI 2010 weicht im Vergleich zum PVI 2009 um weniger als +/-0,5 Prozent ab (siehe Tabelle 6.2). Auch die Prognosen für das Jahr 2011 bewegen sich im Schwankungsbereich von weniger als +/-0,5 Prozent und zeugen damit insgesamt von Stabilität.

Auf der Karte 6.4 auf Seite 70 gelb eingefärbt – und damit der Kategorie der mäßigen Überschuldungsgefahr zugeordnet – sind die Länder Hessen, Sachsen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Thüringen. In der Rangfolge aller Bundesländer belegen sie wie schon im Jahr 2009 auch 2010

**i Je geringer der Indexwert, desto geringer die Anzeichen einer Überschuldungsgefahr.**

Tab. 6.2: Regionale Ungleichgewichte beim Privatverschuldungsindex nehmen zu

(Rangliste des Privatverschuldungsindex (PVI) der Bundesländer für das Jahr 2010)

Platz 2010	Bundesland		PVI 2010	Änderung 2009/10 (%)	Platz 2009	PVI 2009	Platz 2011 (P*)		PVI 2011 (P*)	Änderung 2010/11 (%; P*)
1	Baden-Württemberg	●	834	0,24	1	832	1	●	835	0,12
2	Bayern	●	855	-0,35	2	858	2	●	852	-0,35
3	Hessen	●	1.001	1,32	3	988	3	●	1.015	1,40
4	Sachsen	●	1.021	2,10	4	1.000	4	●	1.032	1,08
5	Hamburg	●	1.036	0,88	5	1.027	5	●	1.034	-0,19
6	Rheinland-Pfalz	●	1.050	1,06	6	1.039	6	●	1.055	0,48
7	Thüringen	●	1.114	1,55	7	1.097	7	●	1.129	1,35
8	Saarland	●	1.141	-2,06	10	1.165	8	●	1.142	0,09
9	Brandenburg	●	1.145	1,42	8	1.129	9	●	1.165	1,75
10	Schleswig-Holstein	●	1.167	0,95	9	1.156	10	●	1.177	0,86
11	Niedersachsen	●	1.175	0,34	11	1.171	11	●	1.185	0,85
12	Nordrhein-Westfalen	●	1.204	1,60	12	1.185	12	●	1.231	2,24
13	Mecklenburg-Vorpommern	●	1.273	0,95	13	1.261	13	●	1.290	1,34
14	Sachsen-Anhalt	●	1.278	1,03	14	1.265	14	●	1.294	1,25
15	Bremen	●	1.315	1,86	15	1.291	15	●	1.332	1,29
16	Berlin	●	1.466	-0,20	16	1.469	16	●	1.462	-0,27
	Deutschland		1.178	0,43		1.173			1.185	0,59

\* (P): Prognose.

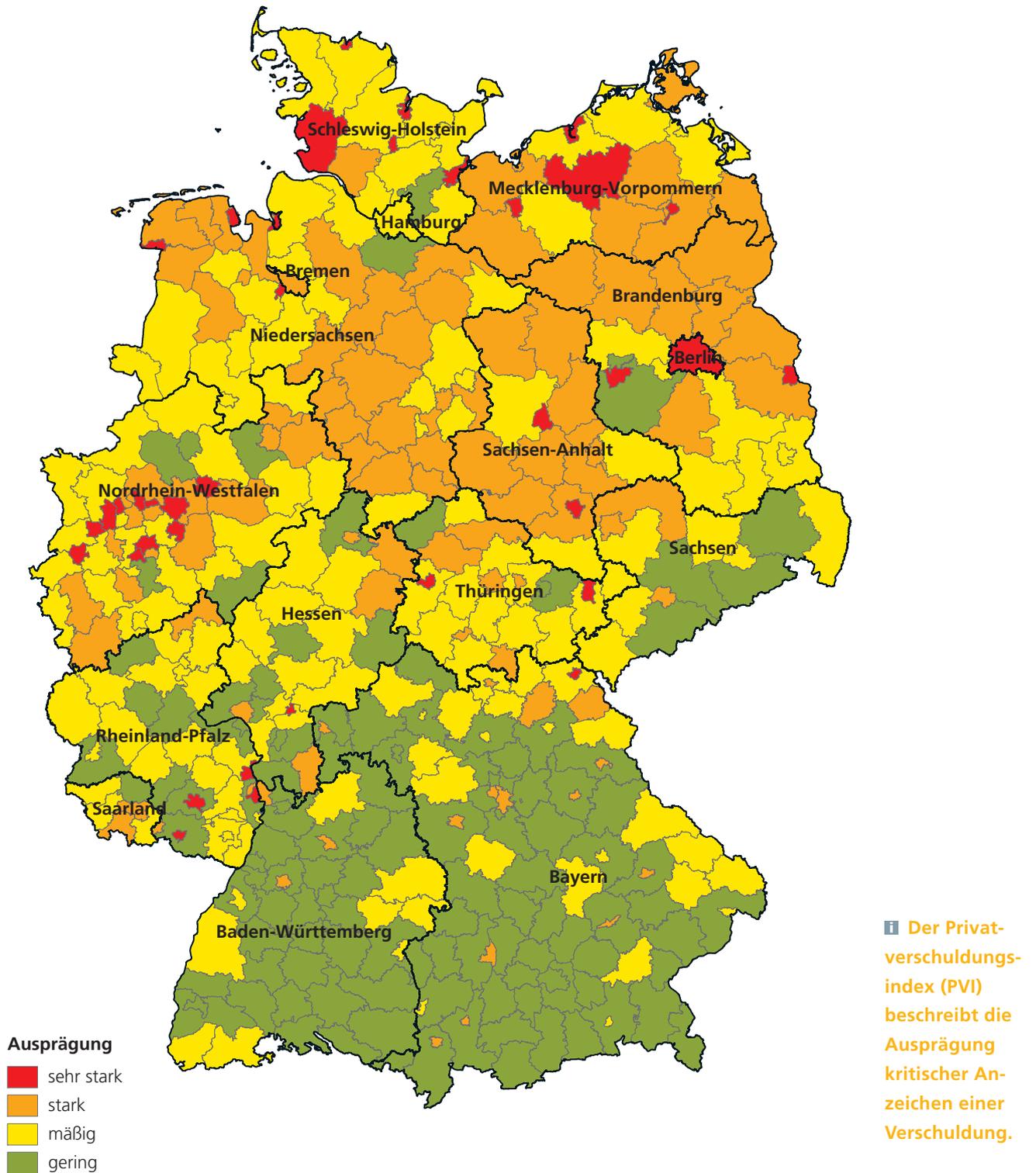
Karte 6.4: Privatverschuldungsindex in den Bundesländern

(Darstellung des Privatverschuldungsindex [PVI] für das Jahr 2010 auf Bundeslandebene)



Quelle: SCHUFA Holding AG.

Karte 6.5: Privatverschuldungsindex in den Kreisen und kreisfreien Städten  
(Darstellung des Privatverschuldungsindex [PVI] für das Jahr 2010 auf Kreisebene)



die Plätze 3 bis 7. Die Veränderungen der PVI-Werte gegenüber dem Vorjahr liegen in allen Bundesländern in einem Schwankungsbereich von weniger als 2,2 Prozent.

Die Bundesländer Saarland, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Bremen – in Karte 6.4 auf Seite 70

### Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen

Seit dem 1. Januar 1999 können Verbraucher in der Bundesrepublik Deutschland nach der Insolvenzordnung in Konkurs gehen. Der Schuldner kann nach einer sechsjährigen Wohlverhaltensphase von den im Insolvenzverfahren nicht erfüllten Verbindlichkeiten befreit werden. Ohne Verbraucherinsolvenz würden Forderungstitel erst nach 30 Jahren verjähren.

Das mehrstufige Verbraucherinsolvenzverfahren gilt:

- für natürliche Personen, die keine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit ausüben oder ausgeübt haben und
- für solche ehemaligen Selbständigen, die weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten aus Beschäftigungsverhältnissen mit Arbeitnehmern haben.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag im Jahr 2010 mit 108.798 Fällen um 7,6 Prozent höher als im Vorjahr. Bei den ehemals selbständigen Personen war im Jahr 2010 ein Rückgang der Insolvenzen um 6,4 Prozent auf 23.065 Verfahren zu verzeichnen.

#### Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen von 2008 bis 2010

Jahr	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
2010	108.798	+7,6 %
2009	101.102	+3,0 %
2008	98.140	-7,1 %

#### Entwicklung der Insolvenzen ehemals selbständiger Personen von 2008 bis 2010

Jahr	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (%)
2010	23.065	-6,4 %
2009	24.634	+3,0 %
2008	23.926	-4,4 %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

orange eingefärbt – weisen PVI-Werte auf, die auf eine höhere private Überschuldungsgefahr hinweisen. Sie belegen die Plätze 8 bis 15 in der Rangfolge der Bundesländer (siehe Tabelle 6.2 auf Seite 69).

Gegenüber dem Vorjahr gab es in dieser Gruppe interessante Veränderungen: So fiel der PVI des Saarlandes um mehr als 2,0 Prozent und verbesserte sich damit vergleichsweise deutlich von 1.165 Punkten auf aktuell 1.141 Punkte. Damit rückte das Saarland in der Rangfolge der Länder von Platz 10 im Jahr 2009 auf Platz 8 vor. Die SCHUFA-Prognosen für 2011 gehen davon aus, dass das Land dieses Niveau auch im laufenden Jahr halten wird.

## Fazit

Zusammenfassend zeigt die Entwicklung der Indikatoren für die private Kreditaufnahme ein beständiges Bild. Die Zahl der laufenden Ratenkredite ist bis Ende 2010 auf 17,3 Millionen angestiegen. Im Jahr zuvor waren es 16,8 Millionen und im Jahr 2008 15,7 Millionen.

Das Interesse an Krediten – gemessen an der Anzahl der SCHUFA-Anfragen – ist gesunken. Die Verbraucher schlossen 2010 weniger neue Ratenkreditverträge ab als 2009. Da 2009 von Sondereffekten, etwa durch die sogenannte „Abwrackprämie“, geprägt war, ist die Entwicklung aber nicht als Rückgang, sondern eher als Normalisierung zu werten.

Die Analyse über drei Jahre, also seit 2008, belegt, dass neu aufgenommene Ratenkredite derzeit tendenziell kleinere Volumina umfassen. So ist der Anteil der Kredite in Höhe von bis zu 1.000 Euro von 2008 bis 2010 um 6,3 Prozentpunkte auf 31,5 Prozent gestiegen. Auch die durchschnittliche Höhe neu aufgenommener Kredite ist gesunken.

Insgesamt 97,5 Prozent der Ratenkredite wurden im Jahr 2010 ordnungsgemäß zurückgezahlt. Im Vorjahr 2009 waren es 97,6 Prozent. Bei den unter 30-Jährigen liegen die Kreditaus-

fälle leicht über dem Durchschnitt. Sie haben hier in den vergangenen Jahren zudem tendenziell stärker zugenommen als in den anderen Altersgruppen.

Eine positive Kreditbiographie haben 91,3 Prozent der Personen im SCHUFA-Datenbestand. Im Jahr 2009 waren es 91,5 Prozent. Zwar haben die Verbraucherinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr um 7,6 Prozent zugenommen (+7.696 Fälle), in der gleichen Zeit ist die Zahl

der Insolvenzen ehemals selbständiger Personen aber um 6,4 Prozent (-1.569 Fälle) gesunken.

Gemessen an dem SCHUFA-Privatverschuldungsindex bewegte sich die Überschuldungsgefahr im Jahr 2010 für Gesamtdeutschland mit 1.178 Punkten auf stabilem Niveau (2009: 1.173 Punkte). Eine bedeutende Zunahme der Überschuldungsgefahr war für die 66,2 Millionen Personen, zu denen die SCHUFA Daten gespeichert hat, demnach nicht zu erkennen.

Tab. 6.3: Tabellarische PVI-Übersichten zu 412 Kreisen

(Rangliste des Privatverschuldungsindex [PVI] der Kreise für das Jahr 2010)

Platz 2010	Kreise	PVI 2010	Änderung 2009/10 (%)	Platz 2009	PVI 2009	Platz 2011 (P*)	PVI 2011 (P*)	Änderung 2010/11 (%; P*)
1	München, Landkreis	● 533	0,57	1	530	4	● 536	0,56
2	Starnberg, Landkreis	● 544	-2,86	3	560	2	● 533	-2,02
3	Erlangen-Höchstadt, Landkreis	● 547	0,00	2	547	2	● 533	-2,56
4	Eichstätt, Landkreis	● 556	-1,59	4	565	5	● 550	-1,08
5	Heidelberg, Stadtkreis	● 592	-3,27	7	612	6	● 563	-4,90
6	Tübingen, Landkreis	● 596	0,34	6	594	7	● 598	0,34
7	Ebersberg, Landkreis	● 599	2,39	5	585	11	● 618	3,17
8	Roth, Landkreis	● 631	-6,24	19	673	10	● 617	-2,22
9	Main-Taunus-Kreis	● 634	2,76	8	617	13	● 644	1,58
10	Biberach, Landkreis	● 652	-1,51	14	662	12	● 640	-1,84
11	Aichach-Friedberg, Landkreis	● 654	-1,80	16	666	14	● 645	-1,38
12	Hochtaunuskreis	● 656	2,02	9	643	17	● 666	1,52
12	Schweinfurt, Landkreis	● 656	-4,51	25	687	9	● 616	-6,10
14	Rosenheim, Landkreis	● 657	0,92	11	651	16	● 665	1,22
15	Jena, krsfr. Stadt	● 659	0,76	12	654	15	● 662	0,46
16	Fürstenfeldbruck, Landkreis	● 660	1,54	10	650	18	● 674	2,12
17	Fürth, Landkreis	● 670	0,90	15	664	19	● 679	1,34
18	Dachau, Landkreis	● 675	0,45	17	672	20	● 680	0,74
19	Ravensburg, Landkreis	● 682	1,49	17	672	21	● 682	0,00
20	Trier-Saarburg, Landkreis	● 683	0,00	24	683	23	● 683	0,00
21	Alb-Donau-Kreis	● 687	1,93	20	674	21	● 682	-0,73
21	Bodenseekreis	● 687	1,93	20	674	25	● 687	0,00
23	Esslingen, Landkreis	● 690	1,17	22	682	31	● 696	0,87
24	Hohenlohekreis	● 698	2,35	22	682	24	● 684	-2,01
25	Main-Tauber-Kreis	● 699	0,87	26	693	37	● 703	0,57
26	Böblingen, Landkreis	● 702	0,86	27	696	36	● 702	0,00
27	Erlangen, krsfr. Stadt	● 705	-0,70	29	710	31	● 696	-1,28
27	Traunstein, Landkreis	● 705	-1,67	32	717	28	● 692	-1,84
29	Augsburg, Landkreis	● 707	-0,70	31	712	35	● 701	-0,85
30	Amberg-Weilburg, Landkreis	● 712	-1,25	35	721	38	● 704	-1,12
30	Straubing-Bogen, Landkreis	● 712	-18,44	101	873	1	● 502	-29,49
32	Landsberg am Lech, Landkreis	● 717	-2,85	38	738	41	● 712	-0,70
32	Regensburg, Landkreis	● 717	-1,38	36	727	40	● 707	-1,39
34	Donau-Ries, Landkreis	● 718	-4,39	43	751	26	● 688	-4,18
34	Würzburg, Landkreis	● 718	0,14	32	717	43	● 722	0,56
36	Rheingau-Taunus-Kreis	● 722	3,44	28	698	51	● 741	2,63
37	Reutlingen, Landkreis	● 730	2,82	29	710	54	● 752	3,01
38	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Landkreis	● 731	1,81	34	718	34	● 698	-4,51
39	Heilbronn, Landkreis	● 733	0,83	36	727	49	● 739	0,82
39	Unterallgäu, Landkreis	● 733	11,74	13	656	26	● 688	-6,14
41	Bad Tölz-Wolfratshausen, Landkreis	● 739	-0,81	41	745	45	● 728	-1,49
41	Neuburg-Schrobenhausen, Landkreis	● 739	-2,12	45	755	47	● 733	-0,81
43	Freising, Landkreis	● 740	-0,13	39	741	50	● 740	0,00
44	Bamberg, Landkreis	● 744	-3,13	50	768	39	● 705	-5,24
45	Enzkreis	● 745	-2,49	49	764	44	● 724	-2,82
46	Bayreuth, Landkreis	● 746	-0,67	43	751	33	● 697	-6,57
47	Neustadt a.d. Waldnaab, Landkreis	● 750	-1,70	47	763	46	● 731	-2,53
48	Freudenstadt, Landkreis	● 752	0,80	42	746	57	● 757	0,66
49	Pfaffenhofen a.d. Ilm, Landkreis	● 757	-2,32	52	775	60	● 763	0,79
50	Rhein-Pfalz-Kreis	● 759	-0,13	46	760	54	● 752	-0,92
51	Breisgau-Hochschwarzwald, Landkreis	● 760	-2,94	59	783	48	● 738	-2,89
52	Main-Spessart, Landkreis	● 767	-1,03	52	775	58	● 759	-1,04
53	Erding, Landkreis	● 768	-2,04	60	784	53	● 751	-2,21
54	Aschaffenburg, Landkreis	● 775	0,00	52	775	61	● 773	-0,26
55	Harburg, Landkreis	● 776	0,13	52	775	63	● 775	-0,13
55	Landshut, Landkreis	● 776	-5,94	74	825	42	● 719	-7,35
57	Miesbach, Landkreis	● 777	-0,26	56	779	62	● 774	-0,39
57	Stormarn, Landkreis	● 777	1,83	47	763	65	● 783	0,77
59	Rottweil, Landkreis	● 779	1,43	50	768	69	● 794	1,93
60	Neumarkt i.d.OPf., Landkreis	● 782	-5,44	75	827	56	● 756	-3,32
61	Rhein-Neckar-Kreis	● 784	0,51	57	780	66	● 787	0,38
62	Miltenberg, Landkreis	● 787	6,21	39	741	29	● 694	-11,82
63	Schwäbisch Hall, Landkreis	● 793	0,76	61	787	52	● 744	-6,18
64	Oberallgäu, Landkreis	● 794	-1,49	69	806	67	● 788	-0,76
65	Ludwigsburg, Landkreis	● 797	1,01	62	789	72	● 808	1,38
66	München, krsfr. Stadt	● 803	1,65	63	790	74	● 813	1,25
	Deutschland	1.178	0,43		1.173		1.185	0,59

\* (P): Prognose.

Platz 2010	Kreise		PVI 2010	Änderung 2009/10 (%)	Platz 2009	PVI 2009	Platz 2011 (P*)	PVI 2011 (P*)	Änderung 2010/11 (%; P*)
67	Münster, krsfr. Stadt	●	805	1,51	65	793	77	818	1,61
67	Rottal-Inn, Landkreis	●	805	1,00	66	797	79	821	1,99
69	Karlsruhe, Landkreis	●	807	0,50	68	803	73	811	0,50
70	Weilheim-Schongau, Landkreis	●	812	-3,33	82	840	64	777	-4,31
71	Mainz-Bingen, Landkreis	●	814	-1,57	75	827	70	801	-1,60
72	Berchtesgadener Land, Landkreis	●	816	-2,51	81	837	68	789	-3,31
72	Forchheim, Landkreis	●	816	-0,61	72	821	71	807	-1,10
74	Mainz, krsfr. Stadt	●	824	2,74	67	802	89	843	2,31
75	Freiburg im Breisgau, Stadtkreis	●	825	-5,39	99	872	58	759	-8,00
75	Potsdam-Mittelmark, Landkreis	●	825	0,24	73	823	83	830	0,61
77	Altötting, Landkreis	●	826	-0,84	79	833	81	828	0,24
77	Ansbach, Landkreis	●	826	-1,78	84	841	80	824	-0,24
77	Kusel, Landkreis	●	826	4,42	64	791	29	694	-15,98
77	Rhön-Grabfeld, Landkreis	●	826	-2,36	86	846	85	834	0,97
81	Rastatt, Landkreis	●	827	1,22	70	817	86	838	1,33
82	Coesfeld, Kreis	●	830	-0,12	78	831	84	831	0,12
83	Rems-Murr-Kreis	●	831	-0,48	80	835	81	828	-0,36
84	Dingolfing-Landau, Landkreis	●	832	-17,54	177	1009	8	608	-26,92
84	Neu-Ulm, Landkreis	●	832	0,60	75	827	86	838	0,72
86	Bautzen, Landkreis	●	834	1,96	71	818	75	814	-2,40
87	Darmstadt-Dieburg, Landkreis	●	841	-0,59	86	846	86	838	-0,36
88	Lindau (Bodensee), Landkreis	●	842	7,67	58	782	89	843	0,12
88	Nürnberger Land, Landkreis	●	842	-1,98	94	859	78	820	-2,61
90	St. Wendel, Landkreis	●	851	-1,39	96	863	92	846	-0,59
91	Calw, Landkreis	●	854	-0,35	93	857	91	845	-1,05
91	Ostallgäu, Landkreis	●	854	-4,15	109	891	76	817	-4,33
93	Erzgebirgskreis	●	859	1,42	88	847	100	874	1,75
93	Zollernalbkreis	●	859	-1,49	99	872	98	864	0,58
95	Gütersloh, Kreis	●	861	-1,03	97	870	95	855	-0,70
96	Saale-Holzland-Kreis	●	864	2,61	85	842	102	877	1,50
97	Rhein-Hunsrück-Kreis	●	865	2,98	82	840	115	891	3,01
97	Tuttlingen, Landkreis	●	865	2,13	88	847	101	876	1,27
99	Eichsfeld, Kreis	●	869	1,52	91	856	109	888	2,19
99	Schwabach, krsfr. Stadt	●	869	1,52	91	856	105	883	1,61
101	Emmendingen, Landkreis	●	874	-2,67	116	898	93	847	-3,09
102	Passau, Landkreis	●	877	-1,57	109	891	97	860	-1,94
103	Schwandorf, Landkreis	●	879	0,00	105	879	103	880	0,11
104	Stuttgart, Stadtkreis	●	882	-2,43	120	904	94	851	-3,51
105	Gießen, Landkreis	●	883	0,46	105	879	108	886	0,34
105	Günzburg, Landkreis	●	883	0,00	108	883	103	880	-0,34
105	Rheinisch-Bergischer Kreis	●	883	2,67	95	860	122	903	2,27
108	Kassel, Landkreis	●	884	1,03	102	875	119	897	1,47
108	Südwestpfalz, Landkreis	●	884	1,61	97	870	117	894	1,13
110	Dillingen a.d.Donau, Landkreis	●	885	-3,07	127	913	96	858	-3,05
111	Bergstraße, Landkreis	●	886	1,03	104	877	99	872	-1,58
112	Garmisch-Partenkirchen, Landkreis	●	887	1,26	103	876	120	898	1,24
113	Würzburg, krsfr. Stadt	●	889	1,02	107	880	109	888	-0,11
114	Karlsruhe, Stadtkreis	●	894	-0,78	118	901	121	899	0,56
115	Ahrweiler, Landkreis	●	896	-0,11	115	897	117	894	-0,22
116	Schwarzwald-Baar-Kreis	●	899	5,15	90	855	150	955	6,23
117	Fulda, Landkreis	●	900	0,90	112	892	125	906	0,67
117	Ingolstadt, krsfr. Stadt	●	900	-1,10	126	910	112	890	-1,11
117	Konstanz, Landkreis	●	900	-0,66	122	906	116	893	-0,78
117	Mittelsachsen, Landkreis	●	900	0,90	112	892	126	910	1,11
121	Kaiserslautern, Landkreis	●	902	-0,22	120	904	124	905	0,33
122	Cochem-Zell, Landkreis	●	905	-0,22	123	907	112	890	-1,66
123	Sigmaringen, Landkreis	●	906	0,44	119	902	105	883	-2,54
124	Darmstadt, krsfr. Stadt	●	907	0,78	117	900	128	923	1,76
125	Siegen-Wittgenstein, Kreis	●	908	-0,55	127	913	137	937	3,19
126	Göppingen, Landkreis	●	911	2,24	109	891	131	929	1,98
127	Dresden, Stadt	●	915	0,88	123	907	112	890	-2,73
127	Pinneberg, Landkreis	●	915	2,12	114	896	134	932	1,86
129	Lörrach, Landkreis	●	922	0,66	130	916	132	930	0,87
130	Eifelkreis Bitburg-Prüm	●	926	-2,94	146	954	123	904	-2,38
131	Wolfsburg, krsfr. Stadt	●	927	-1,07	139	937	127	919	-0,86
132	Ulm, Stadtkreis	●	928	2,09	125	909	140	943	1,62
132	Warendorf, Kreis	●	928	1,20	131	917	139	942	1,51
134	Waldshut, Landkreis	●	930	-2,92	150	958	136	936	0,65
135	Bad Dürkheim, Landkreis	●	931	-0,32	136	934	142	945	1,50
	Deutschland		1.178	0,43		1.173		1.185	0,59

\* (P): Prognose.

Platz 2010	Kreise	PVI 2010	Änderung 2009/10 (%)	Platz 2009	PVI 2009	Platz 2011 (P*)	PVI 2011 (P*)	Änderung 2010/11 (%; P*)
135	Südliche Weinstraße, Landkreis	● 931	-0,64	139	937	140	● 943	1,29
137	Tirschenreuth, Landkreis	● 932	-2,51	149	956	130	● 926	-0,64
138	Freyung-Grafenau, Landkreis	● 934	-3,81	156	971	107	● 884	-5,35
139	Bonn, krsfr. Stadt	● 941	0,53	137	936	138	● 940	-0,11
140	Leipzig, Landkreis	● 942	1,29	133	930	151	● 956	1,49
140	Rhein-Sieg-Kreis	● 942	0,21	141	940	148	● 952	1,06
142	Offenbach, Landkreis	● 943	2,28	132	922	157	● 965	2,33
143	Spree-Neiße, Landkreis	● 944	0,85	137	936	149	● 954	1,06
144	Ostalbkreis	● 950	2,15	133	930	161	● 973	2,42
145	Wetteraukreis	● 951	0,11	143	950	145	● 950	-0,11
146	Meißen, Landkreis	● 955	2,69	133	930	167	● 983	2,93
147	Saarpfalz-Kreis	● 958	-5,89	184	1.018	133	● 931	-2,82
148	Paderborn, Kreis	● 963	-0,31	153	966	157	● 965	0,21
149	Cham, Landkreis	● 964	-3,02	171	994	154	● 961	-0,31
150	Görlitz, Landkreis	● 965	5,58	129	914	187	● 1.025	6,22
150	Kelheim, Landkreis	● 965	-1,63	163	981	143	● 946	-1,97
150	Wittenberg, Landkreis	● 965	2,44	142	942	156	● 964	-0,10
153	Osnabrück, Landkreis	● 968	-0,62	158	974	152	● 957	-1,14
153	Vogelsbergkreis	● 968	-6,20	192	1.032	109	● 888	-8,26
155	Deggendorf, Landkreis	● 969	-2,91	174	998	129	● 924	-4,64
156	Bad Kissingen, Landkreis	● 970	-2,41	171	994	144	● 947	-2,37
157	Göttingen, Landkreis	● 971	-0,21	157	973	159	● 969	-0,21
157	Merzig-Wadern, Landkreis	● 971	0,94	152	962	160	● 972	0,10
157	Rendsburg-Eckernförde, Landkreis	● 971	2,21	143	950	164	● 974	0,31
160	Ortenaukreis	● 972	-1,22	167	984	153	● 958	-1,44
161	Neckar-Odenwald-Kreis	● 975	-1,91	171	994	170	● 988	1,33
162	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, Landkreis	● 977	-3,17	177	1.009	134	● 932	-4,61
162	Rhein-Kreis Neuss	● 977	1,66	151	961	172	● 994	1,74
164	Bernkastel-Wittlich, Landkreis	● 979	0,51	158	974	161	● 973	-0,61
164	Groß-Gerau, Landkreis	● 979	1,24	154	967	171	● 992	1,33
166	Heidenheim, Landkreis	● 980	2,94	145	952	176	● 1.007	2,76
167	Limburg-Weilburg, Landkreis	● 982	2,83	147	955	176	● 1.007	2,55
167	Saarlouis, Landkreis	● 982	-3,06	181	1.013	155	● 963	-1,93
169	Sömmerda, Kreis	● 983	2,93	147	955	178	● 1.009	2,64
170	Baden-Baden, Stadtkreis	● 984	-0,91	170	993	173	● 1.000	1,63
171	Mühlendorf a.Inn, Landkreis	● 986	0,41	164	982	187	● 1.025	3,96
171	Saalfeld-Rudolstadt, Kreis	● 986	1,02	161	976	174	● 1.001	1,52
173	Oberspreewald-Lausitz, Landkreis	● 995	2,90	154	967	184	● 1.021	2,61
174	Segeberg, Landkreis	● 999	2,46	160	975	180	● 1.010	1,10
175	Main-Kinzig-Kreis	● 1.001	2,35	162	978	186	● 1.023	2,20
176	Bamberg, krsfr. Stadt	● 1.002	-1,86	187	1.021	165	● 976	-2,59
177	Greifswald, krsfr. Stadt	● 1.009	2,54	167	984	193	● 1.028	1,88
178	Weißenburg-Gunzenhausen, Landkreis	● 1.010	-4,36	206	1.056	145	● 950	-5,94
179	Germersheim, Landkreis	● 1.013	-0,20	183	1.015	169	● 987	-2,57
180	Alzey-Worms, Landkreis	● 1.014	-2,59	195	1.041	167	● 983	-3,06
180	Oldenburg, Landkreis	● 1.014	-4,16	209	1.058	166	● 977	-3,65
182	Regensburg, krsfr. Stadt	● 1.015	2,32	169	992	197	● 1.035	1,97
183	Ilm-Kreis	● 1.016	1,80	174	998	197	● 1.035	1,87
183	Stade, Landkreis	● 1.016	0,49	180	1.011	185	● 1.022	0,59
183	Steinfurt, Kreis	● 1.016	-0,97	188	1.026	192	● 1.027	1,08
186	Rosenheim, krsfr. Stadt	● 1.017	-1,36	191	1.031	181	● 1.012	-0,49
187	Haßberge, Landkreis	● 1.024	0,59	184	1.018	193	● 1.028	0,39
187	Mettmann, Kreis	● 1.024	1,09	181	1.013	204	● 1.051	2,64
189	Coburg, Landkreis	● 1.030	-1,81	200	1.049	182	● 1.014	-1,55
190	Schwalm-Eder-Kreis	● 1.031	-4,00	221	1.074	161	● 973	-5,63
191	Kitzingen, Landkreis	● 1.032	-1,62	200	1.049	178	● 1.009	-2,23
192	Potsdam, krsfr. Stadt	● 1.033	3,51	174	998	216	● 1.069	3,48
193	Bad Kreuznach, Landkreis	● 1.035	5,29	165	983	231	● 1.098	6,09
193	Plön, Landkreis	● 1.035	-0,86	197	1.044	191	● 1.026	-0,87
195	Hamburg, Land	● 1.036	0,88	189	1.027	196	● 1.034	-0,19
196	Vogtlandkreis	● 1.038	-0,76	199	1.046	195	● 1.030	-0,77
197	Saale-Orla-Kreis	● 1.040	3,07	177	1.009	221	● 1.076	3,46
198	Elbe-Elster, Landkreis	● 1.042	2,16	186	1.020	211	● 1.056	1,34
199	Ammerland, Landkreis	● 1.043	-3,96	231	1.086	175	● 1.004	-3,74
200	Wolfenbüttel, Landkreis	● 1.046	1,65	190	1.029	213	● 1.061	1,43
201	Wartburgkreis	● 1.048	-0,76	206	1.056	199	● 1.038	-0,95
202	Marburg-Biedenkopf, Landkreis	● 1.051	-0,94	213	1.061	207	● 1.053	0,19
203	Waldeck-Frankenberg, Landkreis	● 1.052	-0,09	204	1.053	147	● 951	-9,60
204	Osnabrück, krsfr. Stadt	● 1.057	1,83	194	1.038	219	● 1.075	1,70
	Deutschland	1.178	0,43		1.173		1.185	0,59

\* (P): Prognose.

Platz 2010	Kreise	PVI 2010	Änderung 2009/10 (%)	Platz 2009	PVI 2009	Platz 2011 (P*)	PVI 2011 (P*)	Änderung 2010/11 (%; P*)
204	Regen, Landkreis	● 1.057	-2,94	235	1.089	203	● 1.048	-0,85
206	Lichtenfels, Landkreis	● 1.058	-2,58	231	1.086	183	● 1.020	-3,59
207	Gotha, Kreis	● 1.060	0,00	212	1.060	204	● 1.051	-0,85
208	Neuwied, Landkreis	● 1.064	1,82	198	1.045	223	● 1.082	1,69
209	Donnersbergkreis	● 1.065	2,21	196	1.042	187	● 1.025	-3,76
210	Minden-Lübbecke, Kreis	● 1.067	0,00	217	1.067	230	● 1.096	2,72
211	Grafschaft Bentheim, Landkreis	● 1.068	-0,84	223	1.077	207	● 1.053	-1,40
212	Olpe, Kreis	● 1.069	-0,83	226	1.078	207	● 1.053	-1,50
212	Osterholz, Landkreis	● 1.069	-0,37	220	1.073	215	● 1.067	-0,19
212	Weimarer-Land, Kreis	● 1.069	0,94	210	1.059	234	● 1.102	3,09
215	Birkenfeld, Landkreis	● 1.071	2,10	200	1.049	243	● 1.112	3,83
216	Parchim, Kreis	● 1.073	-0,74	230	1.081	227	● 1.087	1,30
216	Wesel, Kreis	● 1.073	1,80	205	1.054	233	● 1.101	2,61
218	Gifhorn, Landkreis	● 1.074	-0,28	223	1.077	219	● 1.075	0,09
218	Hildburghausen, Kreis	● 1.074	3,97	193	1.033	238	● 1.107	3,07
220	Oberbergischer Kreis	● 1.076	2,48	203	1.050	234	● 1.102	2,42
220	Viersen, Kreis	● 1.076	1,13	215	1.064	238	● 1.107	2,88
222	Börde, Landkreis	● 1.077	1,41	214	1.062	224	● 1.083	0,56
223	Frankfurt am Main, krsfr. Stadt	● 1.078	1,99	208	1.057	224	● 1.083	0,46
224	Passau, krsfr. Stadt	● 1.080	1,12	218	1.068	229	● 1.092	1,11
225	Nordfriesland, Landkreis	● 1.085	-1,18	240	1.098	217	● 1.073	-1,11
226	Bad Doberan, Kreis	● 1.086	-2,51	247	1.114	214	● 1.062	-2,21
226	Ennepe-Ruhr-Kreis	● 1.086	1,69	218	1.068	241	● 1.110	2,21
228	Dahme-Spreewald, Landkreis	● 1.087	2,64	210	1.059	249	● 1.127	3,68
229	Greiz, Kreis	● 1.088	2,16	216	1.065	236	● 1.103	1,38
229	Herzogtum Lauenburg, Landkreis	● 1.088	-4,48	263	1.139	202	● 1.040	-4,41
231	Emsland, Landkreis	● 1.090	-2,24	248	1.115	210	● 1.054	-3,30
232	Havelland, Landkreis	● 1.093	1,58	222	1.076	237	● 1.104	1,01
232	Höxter, Kreis	● 1.093	0,64	231	1.086	228	● 1.089	-0,37
234	Vechta, Landkreis	● 1.094	-6,42	278	1.169	187	● 1.025	-6,31
235	Lahn-Dill-Kreis	● 1.097	1,01	231	1.086	240	● 1.108	1,00
235	Speyer, krsfr. Stadt	● 1.097	-1,70	249	1.116	222	● 1.080	-1,55
237	Mayen-Koblenz, Landkreis	● 1.099	1,85	228	1.079	246	● 1.121	2,00
238	Nordhausen, Kreis	● 1.102	-7,47	291	1.191	200	● 1.039	-5,72
239	Diepholz, Landkreis	● 1.103	-1,25	251	1.117	226	● 1.084	-1,72
240	Neustadt an der Weinstraße, krsfr. Stadt	● 1.104	0,36	242	1.100	232	● 1.100	-0,36
241	Rhein-Lahn-Kreis	● 1.105	2,31	229	1.080	257	● 1.137	2,90
242	Borken, Kreis	● 1.107	-4,16	270	1.155	212	● 1.058	-4,43
242	Hof, Landkreis	● 1.107	1,65	235	1.089	248	● 1.124	1,54
244	Westerwaldkreis	● 1.109	2,97	223	1.077	254	● 1.132	2,07
245	Schweinfurt, krsfr. Stadt	● 1.111	1,65	237	1.093	246	● 1.121	0,90
246	Landau in der Pfalz, krsfr. Stadt	● 1.112	-4,88	278	1.169	200	● 1.039	-6,56
247	Rhein-Erft-Kreis	● 1.119	2,10	239	1.096	260	● 1.147	2,50
247	Zwickau, Landkreis	● 1.119	0,72	246	1.111	249	● 1.127	0,71
249	Bayreuth, krsfr. Stadt	● 1.120	-0,36	256	1.124	217	● 1.073	-4,20
249	Kronach, Landkreis	● 1.120	2,38	238	1.094	261	● 1.149	2,59
249	Memmingen, krsfr. Stadt	● 1.120	13,94	165	983	206	● 1.052	-6,07
252	Ostvorpommern, Kreis	● 1.121	1,45	244	1.105	241	● 1.110	-0,98
253	Nordvorpommern, Kreis	● 1.122	0,45	251	1.117	249	● 1.127	0,45
254	Schmalkalden-Meiningen, Kreis	● 1.125	4,36	226	1.078	269	● 1.169	3,91
255	Lüchow-Dannenberg, Landkreis	● 1.126	0,54	254	1.120	253	● 1.130	0,36
256	StädteRegion Aachen (einschl. Stadt Aachen) <sup>1)</sup>	● 1.128	<sup>1)</sup>	<sup>1)</sup>	<sup>1)</sup>	264	● 1.157	2,57
256	Vulkaneifel, Landkreis	● 1.128	-0,62	259	1.135	245	● 1.116	-1,06
258	Burgenlandkreis	● 1.134	-0,18	260	1.136	255	● 1.133	-0,09
259	Cuxhaven, Landkreis	● 1.136	1,43	254	1.120	281	● 1.196	5,28
260	Cottbus, krsfr. Stadt	● 1.138	-0,70	266	1.146	249	● 1.127	-0,97
260	Leverkusen, krsfr. Stadt	● 1.138	3,55	241	1.099	266	● 1.158	1,76
262	Altenburger Land, Kreis	● 1.139	2,80	245	1.108	271	● 1.177	3,34
263	Schleswig-Flensburg, Landkreis	● 1.140	1,97	253	1.118	268	● 1.163	2,02
264	Hochsauerlandkreis	● 1.143	0,26	264	1.140	263	● 1.155	1,05
264	Mülheim an der Ruhr, krsfr. Stadt	● 1.143	2,42	249	1.116	272	● 1.179	3,15
266	Trier, krsfr. Stadt	● 1.148	0,88	262	1.138	264	● 1.157	0,78
267	Verden, Landkreis	● 1.149	-0,86	273	1.159	259	● 1.146	-0,26
268	Heinsberg, Kreis	● 1.150	0,00	268	1.150	262	● 1.151	0,09
269	Kleve, Kreis	● 1.151	1,32	260	1.136	267	● 1.161	0,87
269	Ostholstein, Landkreis	● 1.151	-1,12	275	1.164	256	● 1.136	-1,30
271	Koblenz, krsfr. Stadt	● 1.154	2,12	258	1.130	273	● 1.180	2,25
271	Peine, Landkreis	● 1.154	0,70	266	1.146	269	● 1.169	1,30
273	Lippe, Kreis	● 1.169	1,21	270	1.155	294	● 1.217	4,11
	Deutschland	1.178	0,43		1.173		1.185	0,59

\* (P): Prognose.

Platz 2010	Kreise	PVI 2010	Änderung 2009/10 (%)	Platz 2009	PVI 2009	Platz 2011(P*)	PVI 2011(P*)	Änderung 2010/11 (%; P*)
274	Hannover, Region	● 1.170	3,82	257	1.127	292	● 1.213	3,68
274	Heilbronn, Stadtkreis	● 1.170	2,18	265	1.145	279	● 1.193	1,97
276	Düsseldorf, krsfr. Stadt	● 1.172	1,38	272	1.156	277	● 1.186	1,19
277	Aurich, Landkreis	● 1.178	-0,08	287	1.179	276	● 1.185	0,59
277	Chemnitz, Stadt	● 1.178	1,03	276	1.166	279	● 1.193	1,27
279	Augsburg, krsfr. Stadt	● 1.180	1,46	274	1.163	282	● 1.198	1,53
279	Oberhavel, Landkreis	● 1.180	2,34	269	1.153	286	● 1.206	2,20
281	Cloppenburg, Landkreis	● 1.182	-4,60	316	1.239	244	● 1.115	-5,67
282	Mecklenburg-Strelitz, Kreis	● 1.184	1,11	281	1.171	297	● 1.224	3,38
283	Nordsachsen, Landkreis	● 1.187	1,37	281	1.171	286	● 1.206	1,60
284	Kulmbach, Landkreis	● 1.188	-0,34	294	1.192	313	● 1.250	5,22
285	Amberg, krsfr. Stadt	● 1.189	-1,33	299	1.205	273	● 1.180	-0,76
286	Barnim, Landkreis	● 1.191	0,00	291	1.191	278	● 1.190	-0,08
286	Coburg, krsfr. Stadt	● 1.191	1,71	281	1.171	286	● 1.206	1,26
288	Prignitz, Landkreis	● 1.192	1,88	280	1.170	292	● 1.213	1,76
289	Landshut, krsfr. Stadt	● 1.193	-2,53	309	1.224	258	● 1.141	-4,36
290	Ludwigslust, Kreis	● 1.194	0,42	290	1.189	291	● 1.211	1,42
291	Nordwestmecklenburg, Kreis	● 1.195	1,96	284	1.172	296	● 1.220	2,09
292	Weimar, krsfr. Stadt	● 1.196	0,42	291	1.191	282	● 1.198	0,17
293	Rügen, Kreis	● 1.197	-0,83	300	1.207	275	● 1.184	-1,09
294	Recklinghausen, Kreis	● 1.211	2,89	285	1.177	314	● 1.251	3,30
295	Sonneberg, Kreis	● 1.213	-0,57	307	1.220	285	● 1.203	-0,82
295	Unna, Kreis	● 1.213	2,62	288	1.182	315	● 1.253	3,30
297	Wiesbaden, Landeshauptstadt, krsfr. Stadt	● 1.214	3,94	277	1.168	303	● 1.237	1,89
298	Köln, krsfr. Stadt	● 1.215	3,23	285	1.177	308	● 1.247	2,63
298	Saalekreis	● 1.215	0,08	302	1.214	300	● 1.235	1,65
300	Suhl, krsfr. Stadt	● 1.218	1,42	297	1.201	295	● 1.218	0,00
301	Mansfeld-Südharz, Landkreis	● 1.219	1,58	296	1.200	305	● 1.241	1,80
301	Uckermark, Landkreis	● 1.219	0,00	305	1.219	298	● 1.228	0,74
303	Ansbach, krsfr. Stadt	● 1.221	-1,37	313	1.238	284	● 1.199	-1,80
304	Anhalt-Bitterfeld, Landkreis	● 1.223	2,34	295	1.195	300	● 1.235	0,98
304	Schaumburg, Landkreis	● 1.223	1,58	298	1.204	307	● 1.243	1,64
306	Bottrop, krsfr. Stadt	● 1.224	3,12	289	1.187	318	● 1.260	2,94
306	Braunschweig, krsfr. Stadt	● 1.224	0,41	305	1.219	306	● 1.242	1,47
308	Bremen, krsfr. Stadt	● 1.225	1,16	301	1.211	302	● 1.236	0,90
309	Oldenburg (Oldenburg), krsfr. Stadt	● 1.229	-0,73	313	1.238	311	● 1.249	1,63
310	Lüneburg, Landkreis	● 1.231	0,65	308	1.223	316	● 1.255	1,95
311	Hildesheim, Landkreis	● 1.235	0,00	312	1.235	309	● 1.248	1,05
312	Müritzkreis	● 1.238	0,57	311	1.231	309	● 1.248	0,81
312	Teltow-Fläming, Landkreis	● 1.238	1,73	303	1.217	311	● 1.249	0,89
314	Hersfeld-Rotenburg, Landkreis	● 1.243	-0,16	317	1.245	304	● 1.239	-0,32
315	Aschaffenburg, krsfr. Stadt	● 1.247	-1,89	327	1.271	289	● 1.210	-2,97
315	Oder-Spree, Landkreis	● 1.247	1,80	310	1.225	319	● 1.265	1,44
317	Northeim, Landkreis	● 1.250	2,71	303	1.217	322	● 1.278	2,24
318	Kempten (Allgäu), krsfr. Stadt	● 1.252	-0,56	323	1.259	321	● 1.276	1,92
319	Euskirchen, Kreis	● 1.253	0,08	319	1.252	320	● 1.270	1,36
320	Soest, Kreis	● 1.263	-1,86	329	1.287	299	● 1.233	-2,38
321	Friesland, Landkreis	● 1.267	-4,67	349	1.329	289	● 1.210	-4,50
321	Nienburg (Weser), Landkreis	● 1.267	1,12	320	1.253	323	● 1.285	1,42
323	Osterode am Harz, Landkreis	● 1.271	1,19	322	1.256	326	● 1.294	1,81
324	Harz, Landkreis	● 1.272	0,63	325	1.264	324	● 1.289	1,34
324	Nürnberg, krsfr. Stadt	● 1.272	2,75	313	1.238	332	● 1.304	2,52
326	Kyffhäuserkreis	● 1.278	2,00	320	1.253	327	● 1.295	1,33
327	Dessau-Roßlau, krsfr. Stadt	● 1.290	1,90	326	1.266	337	● 1.321	2,40
328	Pforzheim, Stadtkreis	● 1.296	0,00	333	1.296	329	● 1.296	0,00
329	Fürth, krsfr. Stadt	● 1.302	0,00	335	1.302	330	● 1.299	-0,23
330	Remscheid, krsfr. Stadt	● 1.303	-2,32	350	1.334	316	● 1.255	-3,68
330	Rotenburg (Wümme), Landkreis	● 1.303	-0,61	338	1.311	327	● 1.295	-0,61
330	Stendal, Landkreis	● 1.303	3,49	323	1.259	337	● 1.321	1,38
333	Altenkirchen (Westerwald), Landkreis	● 1.304	1,16	330	1.289	341	● 1.329	1,92
334	Erfurt, krsfr. Stadt	● 1.310	1,24	332	1.294	335	● 1.316	0,46
335	Bielefeld, krsfr. Stadt	● 1.313	-0,30	340	1.317	347	● 1.345	2,44
336	Helmstedt, Landkreis	● 1.315	2,41	328	1.284	352	● 1.361	3,50
337	Märkisch-Oderland, Landkreis	● 1.317	-1,72	354	1.340	325	● 1.290	-2,05
338	Mannheim, Stadtkreis	● 1.320	1,30	336	1.303	339	● 1.326	0,45
339	Uecker-Randow, Kreis	● 1.322	2,56	330	1.289	351	● 1.360	2,87
340	Goslar, Landkreis	● 1.323	1,85	334	1.299	354	● 1.374	3,85
341	Düren, Kreis	● 1.324	0,46	341	1.318	343	● 1.335	0,83
341	Saarbrücken, Stadtverband	● 1.324	-2,36	359	1.356	346	● 1.343	1,44
343	Kaufbeuren, krsfr. Stadt	● 1.327	0,00	347	1.327	342	● 1.332	0,38
	Deutschland	1.178	0,43		1.173		1.185	0,59

\* (P): Prognose.

Platz 2010	Kreise	PVI 2010	Änderung 2009/10 (%)	Platz 2009	PVI 2009	Platz 2011 (P*)	PVI 2011 (P*)	Änderung 2010/11 (%; P*)
343	Wesermarsch, Landkreis	● 1.327	-2,64	362	1.363	333	● 1.307	-1,51
345	Wunsiedel i.Fichtelgebirge, Landkreis	● 1.329	-1,77	356	1.353	331	● 1.302	-2,03
346	Bochum, krsfr. Stadt	● 1.331	1,29	339	1.314	344	● 1.341	0,75
347	Salzlandkreis	● 1.340	1,06	344	1.326	350	● 1.359	1,42
348	Frankenthal (Pfalz), krsfr. Stadt	● 1.346	1,51	344	1.326	363	● 1.395	3,64
348	Herford, Kreis	● 1.346	0,75	351	1.336	355	● 1.376	2,23
350	Wismar, krsfr. Stadt	● 1.348	8,19	318	1.246	344	● 1.341	-0,52
351	Jerichower Land, Landkreis	● 1.352	0,45	355	1.346	349	● 1.357	0,37
352	Holzwinden, Landkreis	● 1.356	-2,31	368	1.388	340	● 1.327	-2,14
353	Unstrut-Hainich-Kreis	● 1.359	2,57	343	1.325	360	● 1.392	2,43
354	Stralsund, krsfr. Stadt	● 1.364	2,71	348	1.328	366	● 1.406	3,08
355	Uelzen, Landkreis	● 1.365	0,52	360	1.358	356	● 1.378	0,95
356	Essen, krsfr. Stadt	● 1.368	3,56	342	1.321	361	● 1.393	1,83
356	Kassel, krsfr. Stadt	● 1.368	2,40	351	1.336	368	● 1.413	3,29
358	Ostprignitz-Ruppin, Landkreis	● 1.369	5,07	336	1.303	367	● 1.407	2,78
359	Hameln-Pyrmont, Landkreis	● 1.370	3,32	344	1.326	364	● 1.399	2,12
360	Altmarkkreis Salzwedel	● 1.371	-0,29	364	1.375	348	● 1.355	-1,17
361	Demmin, Kreis	● 1.372	2,69	351	1.336	357	● 1.379	0,51
362	Straubing, krsfr. Stadt	● 1.373	-11,53	396	1.552	336	● 1.319	-3,93
363	Weiden i.d.OPf., krsfr. Stadt	● 1.374	1,40	358	1.355	358	● 1.381	0,51
364	Leer, Landkreis	● 1.384	-3,28	376	1.431	334	● 1.315	-4,99
365	Werra-Meißner-Kreis	● 1.386	0,51	365	1.379	359	● 1.389	0,22
366	Soltau-Fallingb., Landkreis	● 1.392	-2,18	375	1.423	353	● 1.362	-2,16
367	Märkischer Kreis	● 1.394	2,35	361	1.362	372	● 1.434	2,87
368	Salzgitter, krsfr. Stadt	● 1.400	1,08	367	1.385	368	● 1.413	0,93
369	Celle, Landkreis	● 1.401	-0,28	369	1.405	361	● 1.393	-0,57
370	Steinburg, Landkreis	● 1.402	2,11	363	1.373	371	● 1.430	2,00
371	Wittmund, Landkreis	● 1.405	-0,78	372	1.416	370	● 1.424	1,35
372	Odenwaldkreis	● 1.407	-0,92	373	1.420	365	● 1.404	-0,21
373	Neunkirchen, Landkreis	● 1.422	0,64	371	1.413	373	● 1.435	0,91
374	Zweibrücken, krsfr. Stadt	● 1.423	5,10	357	1.354	385	● 1.497	5,20
375	Leipzig, Stadt	● 1.437	4,13	366	1.380	384	● 1.496	4,11
376	Rostock, krsfr. Stadt	● 1.449	-0,28	380	1.453	374	● 1.445	-0,28
377	Dortmund, krsfr. Stadt	● 1.452	1,47	376	1.431	379	● 1.480	1,93
378	Hagen, krsfr. Stadt	● 1.455	3,19	370	1.410	378	● 1.475	1,37
379	Berlin, Land	● 1.466	-0,20	387	1.469	375	● 1.462	-0,27
379	Güstrow, Kreis	● 1.466	1,88	378	1.439	380	● 1.482	1,09
381	Frankfurt (Oder), krsfr. Stadt	● 1.468	1,73	379	1.443	386	● 1.503	2,38
382	Emden, krsfr. Stadt	● 1.471	3,45	374	1.422	387	● 1.506	2,38
383	Kaiserslautern, krsfr. Stadt	● 1.476	0,54	386	1.468	377	● 1.474	-0,14
384	Brandenburg an der Havel, krsfr. Stadt	● 1.480	1,51	382	1.458	382	● 1.492	0,81
385	Kiel, Landeshauptstadt, krsfr. Stadt	● 1.482	1,44	385	1.461	381	● 1.487	0,34
385	Krefeld, krsfr. Stadt	● 1.482	1,93	381	1.454	388	● 1.510	1,89
387	Magdeburg, krsfr. Stadt	● 1.485	-0,07	388	1.486	376	● 1.467	-1,21
388	Dithmarschen, Landkreis	● 1.504	-0,33	393	1.509	383	● 1.493	-0,73
389	Oberhausen, krsfr. Stadt	● 1.520	4,11	384	1.460	391	● 1.568	3,16
390	Ludwigshafen am Rhein, krsfr. Stadt	● 1.525	2,49	389	1.488	389	● 1.521	-0,26
391	Lübeck, Hansestadt, krsfr. Stadt	● 1.538	2,67	391	1.498	391	● 1.568	1,95
392	Gera, krsfr. Stadt	● 1.541	5,69	382	1.458	399	● 1.625	5,45
392	Solingen, krsfr. Stadt	● 1.541	3,08	390	1.495	391	● 1.568	1,75
394	Neubrandenburg, krsfr. Stadt	● 1.559	3,66	392	1.504	397	● 1.602	2,76
395	Halle (Saale), krsfr. Stadt	● 1.569	0,84	397	1.556	395	● 1.577	0,51
396	Schwerin, krsfr. Stadt	● 1.576	-0,32	398	1.581	394	● 1.573	-0,19
397	Worms, krsfr. Stadt	● 1.590	-0,56	400	1.599	390	● 1.567	-1,45
398	Hamm, krsfr. Stadt	● 1.596	3,77	395	1.538	400	● 1.640	2,76
399	Herne, krsfr. Stadt	● 1.597	4,86	394	1.523	401	● 1.649	3,26
400	Hof, krsfr. Stadt	● 1.616	-0,86	402	1.630	396	● 1.598	-1,11
401	Wuppertal, krsfr. Stadt	● 1.617	1,76	399	1.589	402	● 1.650	2,04
402	Flensburg, krsfr. Stadt	● 1.642	0,80	401	1.629	398	● 1.622	-1,22
403	Duisburg, krsfr. Stadt	● 1.684	2,68	404	1.640	403	● 1.714	1,78
404	Gelsenkirchen, krsfr. Stadt	● 1.700	3,79	403	1.638	404	● 1.759	3,47
405	Offenbach am Main, krsfr. Stadt	● 1.719	2,75	405	1.673	407	● 1.780	3,55
406	Delmenhorst, krsfr. Stadt	● 1.743	-0,57	409	1.753	405	● 1.768	1,43
407	Neumünster, krsfr. Stadt	● 1.762	1,38	408	1.738	406	● 1.772	0,57
408	Eisenach, krsfr. Stadt	● 1.763	4,38	406	1.689	410	● 1.835	4,08
409	Bremerhaven, krsfr. Stadt	● 1.778	4,40	407	1.703	408	● 1.808	1,69
410	Mönchengladbach, krsfr. Stadt	● 1.798	1,41	410	1.773	409	● 1.829	1,72
411	Wilhelmshaven, krsfr. Stadt	● 1.892	2,16	411	1.852	411	● 1.911	1,00
412	Pirmasens, krsfr. Stadt	● 2.177	1,44	412	2.146	412	● 2.226	2,25
	Deutschland	1.178	0,43		1.173		1.185	0,59

1) Die Stadt Aachen und der Landkreis Aachen sind 2010 zur StädteRegion Aachen fusioniert. Daher können keine Vergleichswerte zum Vorjahr dargestellt werden.

\* (P): Prognose.

Quelle: SCHUFA Holding AG.

## 7 Hilfen für das Finanzmanagement

*Die beste Schuldenprävention ist ein bewusster Umgang mit Geld. Dieser beginnt im Alltäglichen: Den Überblick über Ausgaben und Einnahmen des eigenen Haushalts zu behalten und die Ausgaben den Einnahmen anzupassen ist die Basis jeder wirtschaftlichen Haushaltsführung. Doch wie erlernt man das? Und wer bzw. was hilft dabei?*

*Das Angebot an entsprechenden Informationen und Hilfsmitteln ist riesig. Das Stichwort „Finanzen im Griff“ etwa ergibt allein bei der Internetrecherche über Google mehr als 600.000 Suchergebnisse. Der Onlinebuchhändler Amazon zeigt nach Eingabe des gleichen Stichworts immerhin noch mehr als 250 Angebote. Das passende Material zu finanziellen Themen bzw. Fragen zu finden ist angesichts dieser Fülle an Informationen nicht leicht. Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Übersicht über ausgewählte Softwareprogramme und Ratgeberbücher, die das Finanzmanagement Ihres Haushalts unterstützen und verbessern können.*

### Ausgewählte Software zur Haushaltsbuchführung

Das gesamte Angebot an Software für das private Finanzmanagement ist riesig und reicht vom professionellen Tool für Selbständige und Freiberufler bis zu kleinen „selbstgemachten“ Datenbankprogrammen zum Weiterentwickeln. Im Folgenden finden Sie eine (alphabetisch geordnete) Auswahl an Programmen, die Ihnen eine Buchführung am heimischen PC ermöglichen und helfen können, die privaten Finanzen im Griff zu behalten. Verstehen Sie diese bitte lediglich als ersten Einstieg, und finden Sie selbst die für Sie passende Software.

#### **Aquamarin Haushaltsbuch**

*Kostenlose Haushaltsbuchfreeware  
Informationen und Download:  
[www.haushaltsbuch-freeware.de](http://www.haushaltsbuch-freeware.de)*

Die kostenlose Finanzsoftware Haushaltsbuchfreeware bietet dem privaten Nutzer einen Überblick über alle Einnahmen und Ausgaben. Die Software ist auch für den Laien vergleichsweise einfach zu bedienen. Über die Programmoberfläche erfolgt die Erfassung und Auswertung aller Prozesse. Durch das Erstellen von Vorlagen kann der Anwender wiederkehrende Buchungen

schnell erfassen. Das Programm kann Daueraufträge einrichten. Jedem Prozess können mit Haushaltsbuchfreeware eine Kategorie und eine Unterkategorie zugeordnet werden. Diese Kategorien können jederzeit individuell angepasst werden. Haushaltsbuchfreeware bietet die Möglichkeit, die Daten mit verschiedenen Diagrammen auszuwerten, gegenüberzustellen und langfristig zu verfolgen.

#### **Cash Matrix**

*Haushaltsbuch für Finanzanalysen und aussagekräftige Prognosen der eigenen finanziellen Möglichkeiten.*

*Kostenlose Basisversion, Vollversion 24,95 Euro  
Informationen und Download:  
[www.cash-matrix.de](http://www.cash-matrix.de)*

Cash Matrix erfasst monatliche Einnahmen und Ausgaben wie Lohn, Mietkosten, Versicherungen und mehr. Diese werden nicht nur tabellarisch, sondern optional auch als Grafik dargestellt. Die Software ist außerdem in der Lage, dem Anwender Tipps zu geben und Prognosen für die Zukunft aufzustellen. Die Prognosen können manuell eingestellt werden. Im Rhythmus von 35, 70, 105 oder 140 Tagen zeigt „Cash Matrix Home“ dann die eigenen ganz speziellen Zukunftstrends an. Mit dem zusätzlichen Online-

dienst „Cash Matrix Live“ können Ausgaben direkt unterwegs per Handy oder per Internet-terminal etwa in der Hotellobby erfasst werden.

### **Moneytoring.de**

*Kostenloses digitales Haushaltsbuch*

*Informationen und Download:*

*www.moneytoring.de*

Das Onlinehaushaltsbuch ermöglicht die Überwachung aller Ausgaben in einem Buchungsjournal. Eine Besonderheit stellt die Budgetüberwachung dar: So warnt das Programm per E-Mail, sobald eine festgelegte Ausgabengrenze (Monat/Quartal), überschritten zu werden droht. Ein Versicherungsmanager verwaltet alle persönlichen Versicherungen.

### **Quicken 2011**

*Kostenpflichtige Onlinebanking- und Finanzsoftware der Haufe-Lexware GmbH & Co. KG*

*Kosten ab 49,99 Euro*

*Informationen und Kauf: www.lexware.de*

Quicken bietet zahlreiche Funktionen, die helfen, die privaten Finanzen im Blick zu behalten. Das Programm verwaltet Einnahmen, Ausgaben, Konten sowie Wertpapierdepots. Auch Onlinebanking und die elektronische Steuererklärung (ELSTER) sind inklusive. Die etwas teurere Deluxe-Version bietet zudem Funktionen zur privaten Finanzbuchhaltung sowie verschiedene Planungsmodule. Die Version „Home & Business“ besitzt eine Steuerbuchhaltung. Alle Versionen enthalten umfangreiche Dokumentations-, Grafik- und Berichtsfunktionen.

### **Mit StarMoney mehr Transparenz über SCHUFA-Daten**

StarMoney ist eine umfassende Finanzsoftware, die für mehr Transparenz in der Organisation der Finanzen sorgt. Star Money 8.0 für Privatkunden und StarMoney Business 5.0 für Geschäftskunden

- bieten Transparenz und Kontrolle über die persönlichen SCHUFA-Daten. Die Daten können online abgerufen, verwaltet und kontrolliert werden. Auch Fragen zu einzelnen Daten können aus dem Programm heraus bequem online gestellt werden;
- ermöglichen das Onlinebanking bei verschiedenen Banken in nur einem Programm;
- erlauben eine komfortable Übersicht über verschiedene persönliche Onlineshoppingkonten, etwa bei eBay oder Amazon;
- bieten verschiedene Kontoarten: Das Kraftfahrzeugkonto organisiert beispielsweise alle Kosten und Dokumente im Zusammenhang mit dem Fahrzeug und ermöglicht die Führung eines vom Finanzamt anerkannten Fahrtenbuchs. Das Gesundheitskonto hilft, Krankenkassenleistungen im Blick zu behalten und erlaubt das Auslesen offener Daten der elektronischen Gesundheitskarte.
- sammeln und verwalten Quittungen für die alljährliche Steuererklärung;
- bieten TÜV-geprüfte Sicherheit. Die Promon-Sicherheitstechnologie, eine hohe Verschlüsselung der Daten, Unterstützung aktueller Sicherheitsverfahren und die neue TAN-Eingabe per Maus bieten einen umfassenden Schutz vor Datenmissbrauch, Phishing und Trojanern.

Neben verschiedenen Analyse- und Reportingtools ist die Software auch mit der Möglichkeit ausgestattet, eine Liquiditätsvorschau zu erstellen. So leitet StarMoney die wahrscheinliche Entwicklung der persönlichen Finanzen aus Erfahrungswerten ab und bietet damit eine verlässliche Finanzplanung. Über eine Million Anwender arbeiten bereits mit der Onlinebankingsoftware StarMoney, die von Banken und Sparkassen empfohlen wird. 60 Tage kann das Programm kostenfrei getestet werden.

#### **Vorteile für StarMoney-Kunden:**

- vergünstigte Konditionen bei der Registrierung zur SCHUFA-Auskunft online (12,50 Euro statt 18,50 Euro)
- 1 Jahr SCHUFA-Update-Service kostenlos
- 1 SCHUFA-Webcode zum Testen gratis

**Registrierte Nutzer der SCHUFA-Auskunft online erhalten 15 Prozent Nachlass auf den Preis von 49,90 Euro.**

Informationen und Kauf: [www.starmoney.de](http://www.starmoney.de)

Informationen zu Produkten und Leistungen der SCHUFA: [www.meineSCHUFA.de](http://www.meineSCHUFA.de)



**Reinhard Schlieker** ist Wirtschafts- und Börsenredakteur beim Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) und berichtet dort über Wirtschafts- und Finanzthemen in den Sendungen der Hauptredaktion Aktuelles. Er moderiert außerdem für die Nachrichtensendungen des ZDF aus dem Börsenstudio des Senders in Frankfurt am Main.

## Digitale Hilfen für das private Finanzmanagement

Von Reinhard Schlieker

### Haushaltbücher und Buchführungssoftware im Netz

Will man den Experten glauben, so ist das A und O der heutigen Haushaltsbewältigung ein funktionierendes Finanzmanagement. Die technischen Mittel des Bezahlens haben sich grundlegend gewandelt. Der Überblick geht leicht verloren. Als Hilfsmittel bieten sich genau jene Ausprägungen neuer Technik an, die uns auch die Bezahlservices beschert haben: Internet, mobile Kommunikation und elektronische Datenverarbeitung.

Gleichwohl steht am Beginn jeder geordneten Haushaltsführung zunächst das Haushaltsbuch. Auch das gibt es, elektronisch geliefert, in altbekannter Form – nur eben zum Ausdrucken über den Computer. Wer es lieber über den Papierwarenhandel beziehen will – bitte. Am Ende machen nur die eingetragenen Zahlen den Unterschied: Sind sie rot oder schwarz?

Für alle, die knapp bei Kasse sind, bietet sich ein Haushaltsbuch zum Herunterladen an. Die Auswahl ist unerschöpflich. Viele Angebote sind kostenlos. Unter der Internetadresse **www.haushaltsbuch.com** etwa lassen sich schon verfeinerte Versionen finden.

Allen Angeboten – seien sie nun kostenlos oder gegen einen geringen Obolus zu haben – ist gemeinsam, dass sie dem Verbraucher beim schuldenfreien Dasein helfen wollen. Ob dieses generelle Ziel erreicht werden kann, ja überhaupt im Einzelfall sinnvoll ist, muss der genannte Verbraucher selbst entscheiden.

Ein gutes Haushaltsbuch, das mehr bietet als nur das Eintragen von Einnahmen und Ausgaben, findet sich unter **www.softwarenetz.de**. Diese Software für Windows zeigt tatsächlich, wo das Geld geblieben ist. Und sie kann noch einiges mehr. Ein Video auf der Homepage des Unternehmens zeigt, wie sich das „Haushaltsbuch 2“ nutzen lässt. Eine höherwertige Version unterstützt auch das Onlinebanking. Das Ganze kostet dann aber rund 23 Euro. Hier stößt man schon in Sphären vor, die über das reine Aufschreiben hinausgehen. Und das ist auch gut so. Das Notieren von Einnahmen und Ausgaben am Küchentisch mag für die Vergangenheit interessant sein, holt jedoch keinen Cent zurück und vermeidet kaum einen verschwendeten Cent für die Zukunft.

Bei allen Angeboten im Internet empfiehlt sich, wie beim Gebrauchtwagenkauf, genaues Hinsehen. Was für welche Zwecke geeignet ist, kommt auf die Situation des Verbrauchers an. Wer zum Beispiel mehr braucht als nur die Übersicht über seine Familienfinanzplanung, ist beispielsweise mit **MacHabu/WinHabu** gut bedient. Diese Software ermöglicht eine vernünftige Finanzplanung für Selbständige, Freiberufler und Vereine – und ist damit für den Privatbedarf fast schon zu umfangreich. Es mag dennoch klug sein, sich eine solche Software einmal anzusehen. Schließlich benutzen viele Menschen auch Microsoft Office, ohne auch nur einen Bruchteil von dessen Möglichkeiten je zu entdecken, geschweige denn zu nutzen.

### Der praktische Gewinn

Was bringt die Software, und was bringe ich mit? Ziel der Führung eines Haushaltsbuches ist, dass man bei zunehmend komplexer werdenden Zahlungsmöglichkeiten und diversen Konten den Überblick behält. Was bisher mit einer einfachen Einnahmen-Ausgaben-Auflistung zu bewerkstelligen war, ist schon beim Besitz von einer EC-Karte, einer Kreditkarte und einem Spar- bzw. Girokonto plus Altvorsorgespargplan etwas unübersichtlich – wenn man nicht jeden Zettel sammeln und jede Rechnung durchwühlen will.

Wenn nun in Zukunft noch an der Kasse des Supermarktes mit dem Smartphone bezahlt werden kann, dann sollte man schon kerngesund sein, um ohne eine private Buchhaltung leben zu wollen. Man mag ja sagen, dass die automatisierten Systeme der Banken den Kunden inzwischen davor bewahren, mehr auszugeben, als er hat (sprich: ihm eine Genehmigung verweigern), aber das hilft mir für die künftigen Ausgaben wenig. Die kommen unweigerlich. Der praktische Nutzen einer guten Haushaltsführung per Software ist also schlicht und einfach: mein Gewinn.

### Funktionsweise einer Haushaltsbuchsoftware

Ihr Computer kann fast alles, was der Rechner in der Bank auch kann. Wir wollen uns hier eine typische Software ansehen, die ich persönlich nutze und daher gut beschreiben kann. Sie wurde für Apple-Computer geschrieben, ist aber natürlich in ähnlicher Form auch für Windows- und Linux-Betriebssysteme zu bekommen. Die Rede ist von dem Programm **MoneyControl**. Das Programm kann weit mehr, als man zum Führen des Haushaltsbuches im Alltag braucht.

Zwar ist die Grafik etwas in die Jahre gekommen – aber: Die Möglichkeiten sind es nicht. Und Geld ist Geld. MoneyControl, wie auch andere Programme, bietet eine Möglichkeit, an die viele Programmierer zunächst gar nicht gedacht haben: Es ermöglicht einen Blick in die Zukunft. Und das geht so: Mit der Software – anders als mit dem schriftlichen Haushaltsbuch – kann man mehr, als nur getätigte Geschäfte notieren und sehen, wo das Geld geblieben ist. Der Punkt ist: Man kann besser vorausplanen. Dazu muss man verstehen, nach welchen Prinzipien eine solche, auf Datenbanksystemen aufbauende Software funktioniert.

Nein, ganz einfach ist das auch nicht – aber einfacher, als blind in eine Pleite zu schlittern, ist fast alles. Eine Haushaltsbuchsoftware arbeitet mit Konten und Kategorien, Beträgen und Kommentaren. Genau wie wir das auch im alltäglichen Leben tun: Wir gehen zu einem Supermarkt, kaufen ein, zahlen an der Kasse und sagen: „Au weia“. In Computersoftware übersetzt heißt das: Wir haben unser Konto „Geldbeutel“, zahlen an das Konto „Supermarkt“, zählen den Geldbetrag ab und sagen oder schreiben: „War das teuer!“

In unserer Software haben wir, ehe wir sie benutzen, einige Grundeinstellungen vorzunehmen. Diese sind allesamt logisch und verständlich. „Konten“ beispielsweise sind Girokonten, Bargeld, Spargeld und so weiter als „Eigenkonten“. Daneben gibt es diverse „Fremdkonten“ wie etwa Supermarkt, Handwerker, Lieferant und so weiter. Sobald diese einfach definiert sind, fehlen nur noch Kategorien wie „Lebensmittel“, „Elektronik“, „Dienstleistungen“ oder Ähnliches. Man sieht schon: Man kann sowohl die Konten als auch die Kategorien je nach Bedarf einrichten. Man sollte kennzeichnen, was „Eigenkonten“ sind (nämlich dann, wenn Geld vom Giro- auf das Sparkonto überwiesen wird) oder „Fremdkonten“ – wenn das Geld vom Spargeld zum Beispiel zum Enkel geht. Denn dann ist es weg.

### Fazit

Die Einrichtung einer Software erfordert etwas Schweiß und Mühe. Aber die lohnen sich. Denn: Mit Software können wir die Zukunft planen, indem wir für erwartbare Zahlungen sogenannte Daueraufträge eingeben. Etwa die Abschläge der Stadtwerke. Wir können diese regelmäßig eintragen lassen – für eine beliebige Zeit im Voraus, etwa für einen Zeitraum von 365 Tagen. Wenn wir das mit allen erwartbaren Ausgaben machen, haben wir an jedem 1. Januar eine Übersicht, was uns im kommenden Jahr blüht – das wissen sonst nur die Gärtner.

Wer dann noch angenehme Beträge als „Dauerauftrag“ eingibt, etwa das verfügbare Haushaltsgeld, oder auch vierteljährliche Zahlungen, ist fein raus. Einige Summen noch für unvorhergesehene Ereignisse (etwa Weihnachtsgeschenke), und schon steht die Budgetplanung fürs nächste Jahr. Am besten macht man das etwa im Oktober und orientiert sich an dem, was im zurückliegenden Jahr gewesen ist. Dann muss man nur noch die Preiserhöhungen der Versicherungen einfügen – fertig. Was man aus einem solchen Plan macht, und wie das geplante Jahr am Ende tatsächlich gewesen ist – das kann man dann noch verfolgen, indem man am 31. Dezember, dem Tag aller guten Vorsätze, eine Kopie der Datenbank abspeichert und am nächsten 31. Dezember (dem Tag der Reue) mal hineinblickt.

Die Mühe, die die Aufzeichnungen normalerweise machen, wird durch Computerprogramme schon erheblich reduziert. Und man kann gestalten, wie immer man will: Ob man „Gemüse“ gesondert erfasst oder nur „Lebensmittel“ – es bleibt einem selbst überlassen. Wenn man wissen will, wie sich die Gurkenpreise entwickeln, dann ist strenge Buchführung gefordert. Will man nur nachvollziehen (oder vorhersagen), was man für Strom, Lebensmittel oder DVD ausgegeben hat, ist das auch machbar. Der Computer schafft Transparenz – er bewahrt aber auch die Sünden der Vergangenheit auf, wenn in der Datenbank denn steht: „Urlaub 2010 – viel zu viel“.

**Spartipp-Haushaltsbuch**

*Kostenloses Finanzverwaltungstool*  
 Informationen und Download:  
[www.spartipp-haushaltsbuch.de](http://www.spartipp-haushaltsbuch.de)

Das kostenlose Spartipp-Haushaltsbuch soll helfen, den Überblick über die eigenen Finanzen zu behalten. Es besteht aus nur einem Excel-File. Bewusst schlicht und übersichtlich gehalten, teilt die Tabelle die Einnahmen und die Ausgaben auf und berücksichtigt dabei fixe und flexible Kosten, die wiederum detailliert aufgelistet werden. Zu jedem Punkt in der Liste kann man sich mit dem Spartipp-Haushaltsbuch Spartipps des Herstellers einholen. In umfangreicheren Tabellen für einzelne Monate lassen sich die teuersten Ausgaben eines Monats festhalten. Zudem beinhalten diese Listen im Spartipp-Haushaltsbuch einen Gas- und Stromkostenrechner.

**Web-Budgetplaner**

*Kostenloses Onlinehaushaltsbuch von Geld und Haushalt, dem Beratungsdienst der Sparkassen-Finanzgruppe im Deutschen Sparkassen- und Giroverband*  
 Informationen und Buchführung:  
[www.geldundhaushalt.de](http://www.geldundhaushalt.de)

Der Web-Budgetplaner ermöglicht einen Zugang via PC oder Smartphone. Wie bei den meisten Programmen kann man seine Einnahmen und Ausgaben dokumentieren, sie bestimmten Kategorien zuordnen und mit Anmerkungen versehen. Es ist möglich, wiederkehrende Ausgaben für die Zukunft fortzuschreiben. Ausgaben unterwegs können via Smartphone an den Web-Budgetplaner geschickt werden. Der Planer bietet diverse Auswertungsmöglichkeiten und einen Soll-Ist-Vergleich. Dieser ist besonders nützlich, um die Finanzen vorausschauend zu planen und Planabweichungen frühzeitig zu bemerken.

**WISO Haushaltsbuch 2011**

*Kostenpflichtige Finanzsoftware der Buhl Data GmbH*  
 Kosten 14,95 Euro  
 Informationen und Kauf:  
[www.wiso-meingeld.de/haushaltsbuch/](http://www.wiso-meingeld.de/haushaltsbuch/)

Das WISO Haushaltsbuch verschafft dem Anwender einen Überblick über seine gesamte finanzielle Lage. Es bezieht auch die Altersvorsorge oder die Absicherung von Lebensrisiken mit ein. Die Software bietet vorgefertigte Auswertungen, etwa zu der Frage: „Wie viel Geld bleibt real bzw. im Schnitt pro Monat übrig?“ Eine Drag-and-Drop-Funktion erleichtert die Handhabung. Mit der Steuervorschau lässt sich im Voraus planen, ob bzw. wann sich größere Anschaffungen steuerlich tatsächlich lohnen.

**Literatur zum privaten Finanzmanagement**

Auch die Ratgeberliteratur hat das Thema private Finanzen schon lange für sich entdeckt. Das Angebot ist riesig. Im Folgenden finden Sie eine Auswahl empfehlenswerter Bücher zu unterschiedlichen Themen wie etwa dem alltäglichen Haushaltsmanagement, konkreten Tipps zum Sparen, zur Schuldenprävention oder zur Geldanlage. Auch hier muss jeder Leser selbst entscheiden, welche Ratgeber für seinen individuellen Zweck geeignet sind.

**Tipps zum alltäglichen Umgang mit Geld**

*Hedwig Kellner: Die Kunst, mit meinem Geld auszukommen. Verlag nymphenburger. 4. Auflage. München 2009.*  
 Kosten 12,95 Euro

Die Unternehmensberaterin und Managementtrainerin Hedwig Kellner motiviert ihre Leser und vor allem Leserinnen, sich intensiv mit den eigenen Finanzen auseinanderzusetzen und finanzielle Ziele festzulegen. Sie animiert dazu, das eigene Kaufverhalten kritisch zu hinterfragen und gibt Tipps, wie es gelingt, schlechte

Gewohnheiten beim Geldausgeben zu erkennen und zu ändern. In zwölf Grundregeln fasst sie zusammen, was den erfolgreichen Umgang mit Geld ausmacht. Die Mischung aus praktischen Vorschlägen und Geschichten, die jeder schon selbst oder im Bekanntenkreis erlebt hat, macht dieses Buch kurzweilig. Ganz automatisch beginnt der Leser dabei, auch das eigene Verhalten zu reflektieren.

**Barbara Kettl-Römer: So erziehen Sie Ihre Kinder im Umgang mit Geld. FinanzBuch Verlag. München 2010.**  
**Kosten 9,95 Euro**

Die Autorin, selbst Mutter von drei Kindern, zeigt Eltern, wie sie ihr Kind Schritt für Schritt dabei unterstützen können, einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit Geld zu erlernen und zu trainieren. Dabei beantwortet sie konkrete Fragen, etwa zur angemessenen Höhe des Taschengeldes oder zu rechtlichen Aspekten rund um das Taschengeld. Sie ermuntert Eltern, Geld und Finanzen zum Gesprächsthema zu machen und macht Vorschläge, wie sie ihren Kindern beibringen können, sich „in der bunten Welt des Konsums“ zurechtzufinden. Die ergänzenden Experteninterviews, Fallbeispiele und Checklisten machen das Buch zu einem gut lesbaren Übersichtswerk.

**Claudia Nöllke: Gut leben mit wenig Geld. Keine Frage offen. Haufe Mediengruppe. Freiburg 2010.**  
**Kosten 12,90 Euro**

Wer mit wenig Geld gut leben möchte, muss systematisch wirtschaften. Die Autorin zeigt, dass sparen und gut leben kein Widerspruch sein müssen, sofern man sein Geld umsichtig ausgibt und seine Finanzen vorausschauend plant. Sie gibt einfache und praktische Tipps für alle wichtigen Lebensbereiche, etwa Lebensmittel- und Kleiderkauf, Kochen, Freizeit- und Urlaubsplanung, Wohnen, Mobilität und Kommunikation sowie Vorsorge und Versicherungen. Die Empfehlungen sind brauchbar, leicht umzusetzen und werden vielen Lesern an verschiede-

nen Stellen die Augen öffnen. Zu den Themen Vorsorge und Versicherungen sollten allerdings vertiefende Informationen herangezogen werden.

### **Sparen bei Energie, Mobilität und Kommunikation**

**Monika Götze und Gudrun Pinn: Das Energiesparbuch. Stiftung Warentest. Berlin 2009.**  
**Kosten 12,90 Euro**

Energiesparen entlastet nicht nur den privaten Geldbeutel, sondern schont auch die Umwelt. Die Autorinnen vermitteln dem Leser zunächst ein Gefühl dafür, an welchen Stellen er im Alltag Energie verbraucht. Sie zeigen, was jeder einzelne Mensch tun kann, um seinen Energiebedarf im Interesse des Umweltschutzes zu reduzieren. Zudem gibt der Ratgeber Hinweise, wie der Leser „Energiefresser“ im eigenen Haushalt aufspüren und beseitigen kann und mit welchen Maßnahmen er seinen Verbrauch an Strom, Heizung und Warmwasser senkt. Ein umfassendes Werk, das auch durch seine Rechenbeispiele überzeugt: Energie sparen lohnt sich.

**Roman Leuthner: Die Kostentreiber in den Griff bekommen. ARD-Ratgeber Geld. Energie, Mobilität, Kommunikation. Verlagsgemeinschaft Stiftung Warentest und Verbraucherzentrale NRW. Düsseldorf 2007.**  
**Kosten 9,90 Euro**

Der Ratgeber gibt dem Leser Hilfestellungen, um bei wesentlichen Ausgabeposten im privaten Haushalt – Energie, Mobilität und Kommunikation – den Überblick zu bewahren und Einsparpotentiale aufzudecken. Der Autor gibt nicht nur praktikable Spartipps, sondern auch Empfehlungen für Sanierungsarbeiten und Neuan-schaffungen, die langfristig eine Kostenersparnis versprechen. Während das Kapitel Energie für Nichtimmobilienbesitzer an vielen Stellen uninteressant ist, gibt der Autor in den Bereichen Mobilität und Kommunikation Hinweise, die

jeder Leser für sich prüfen und gegebenenfalls umsetzen kann.

### **Schuldenprävention und -abbau**

*Verbraucherzentrale NRW (Hrsg.): Geschäft: Schuldenfrei! Tipps und Hilfestellungen.*

*Publikation der Verbraucherzentrale NRW. 5. Auflage. Düsseldorf 2010.*

*Kosten 9,90 Euro*

Die Publikation bietet überschuldeten Menschen einen umfassenden Überblick über ihre rechtliche Lage und Verfahren wie etwa Offenbarungseid, Zwangsversteigerung oder Verbraucherinsolvenz. Sie gibt Hinweise, welche Berater und Institutionen Hilfestellungen leisten, erklärt wichtige Fachbegriffe und enthält Musteranträge. Daneben zeigt der Ratgeber zahlreiche praktische Möglichkeiten, die dabei helfen, sich auf Dauer von finanziellen Schwierigkeiten zu befreien. Ein „Arbeitsplan“ fasst die Tipps in einer Sechs-Schritte-Strategie zusammen. Das Buch ist einfach zu lesen, zeigt den Betroffenen, dass sie nicht allein sind, und macht Mut, aktiv zu werden.

*Thorsten Schmidt: Die Finanzen im Griff! So behalten Sie den Überblick. Das Buch zur TV-Sendung ‚Raus aus den Schulden‘. Eichborn. Frankfurt 2008.*

*Kosten 12,95 Euro*

„Raus aus den Schulden“ ist eines der erfolgreichsten TV-Formate im deutschen Fernsehen. Dieser Finanzratgeber fasst Ergebnisse und Erfahrungen der Sendung in einem Werk zur Schuldenprävention zusammen: Der Autor zeigt, wie man Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht hält, größere Anschaffungen plant und finanziert, wie man sich im Krankheitsfall absichert oder einer Arbeitslosigkeit wirksam entgegensteuert. Er weist auf finanzielle Risiken in typischen Lebenssituationen (etwa Geburt des ersten Kindes, Scheidung oder Tod des Partners) hin und präsentiert entsprechende Handlungsmöglichkeiten. Fallgeschichten aus der TV-Sendung zeigen anschaulich, wie

Peter Zwegat, Finanzberater der TV-Sendung, die Probleme seiner Klienten löst. Obwohl die Tipps zur Schuldenprävention vielen Lesern sicher bekannt sind, schärft das Buch die Aufmerksamkeit und ist somit für jeden geeignet, der schnell mal zu viel Geld ausgibt.

### **Rechtliche Ratgeber**

*Detlef Pohl: Geld. Die 20 teuersten Irrtümer. Haufe-Lexware. Freiburg 2010.*

*Kosten 14,95 Euro*

Der Autor fasst verbreitete Irrtümer rund um die Themen Geldanlage, Einkauf, Versicherungen, Wohnen und Vorsorge zusammen. Er schildert schwierige finanzielle Situationen, in die jeder Mensch geraten kann: Arbeitsplatzverlust, Reklamation, Mieterhöhung etc. Der Autor klärt den Leser über seine Rechte auf und gibt ihm durch konkrete Hinweise wie etwa Musterbriefe Handlungshilfen an die Hand, mit denen er sich gegen Unrecht zur Wehr setzen kann. Das Buch eignet sich vor allem als Nachschlagewerk, sollte man in eine der dargestellten Situationen geraten.

*Ulrich Ropertz und Deutscher Mieterbund (Hrsg.): Mietnebenkosten. Abrechnung prüfen – Rechte kennen – Betriebskosten senken. Verlagsgemeinschaft Stiftung Warentest und Verbraucherzentrale NRW. Düsseldorf 2009.*

*Kosten 9,90 Euro*

Betriebskosten und Mietnebenkosten sind für den Deutschen Mieterbund seit vielen Jahren die Topthemen der Rechtsberatung. Der Autor Ulrich Ropertz, Jurist beim Deutschen Mieterbund, hat in diesem Buch alles Wissenswerte zu diesen Themen zusammengefasst: So erfährt der Leser, welche Kosten genau als Betriebskosten abgerechnet werden dürfen, welche vertraglichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind und wie der Mieter seine Betriebskostenabrechnung überprüfen kann. Checklisten und Musterabrechnungen zeigen, worauf bei der Neben-

kostenabrechnung zu achten ist. Das Buch ist klar strukturiert und eignet sich daher auch als Nachschlagewerk.

## Geldanlage

*Thomas Luther: Zinsanlagen. Anleihen, Sparbriefe & Co. Stiftung Warentest. 3. Auflage. Berlin 2008. Kosten 12,95 Euro*

Der umfassende Ratgeber vermittelt einen kompakten und verständlichen Überblick über alle wichtigen Zinsanlagen. Er richtet sich sowohl an Einsteiger als auch an Fortgeschrittene und erhebt den Anspruch, jedem Leser den besten Weg zu seinem Anlageziel zeigen zu können. Dazu kann der Leser zunächst testen, welcher Anlagetyp – eher risiko- oder eher sicherheitsorientiert – er ist. Dann erklärt der Autor, wie Sparangebote der Banken und Sparkassen (etwa Tages- oder Festgeldkonten), Anleihen und Rentenfonds funktionieren und für welche Anlageziele und -typen sie sich eignen. Im Serviceteil findet der Leser nicht nur ein hilfreiches Glossar, sondern auch eine Einführung in das Lesen des Kursteils in der Tageszeitung.

*Verbraucherzentrale NRW (Hrsg.): Kleine Beträge clever anlegen. Aus wenig Geld das Beste machen. Publikation der Verbraucherzentrale NRW. Düsseldorf 2010. Kosten 7,90 Euro*

Der Ratgeber der Verbraucherzentrale richtet sich an Menschen, die sich mit kleineren monatlichen Sparbeträgen – etwa ab 50 Euro – ein Vermögen aufbauen wollen. Er ist somit gut geeignet für junge Menschen, die gerade erst mit dem Sparen beginnen, und für finanziell weniger gut ausgestattete Haushalte, die nur kleine Summen zurücklegen können. Übersichtlich und in einfacher Sprache erklärt der Ratgeber, welche Anlageprodukte sich für niedrige Sparraten eignen, und erläutert, wie der Sparer am besten von staatlichen Förderungen profitieren kann. Umfassende Darstellungen gibt es zu Bundeswertpapieren, Investmentfonds und

staatlich geförderten Geldanlagen. Praktische Hinweise und Tipps helfen dem Leser, eigene Sparziele festzulegen und seine Einnahmen und Ausgaben im Griff zu behalten.

*Verbraucherzentrale NRW (Hrsg.): ABC der Geldanlage. Das aktuelle Verbraucherlexikon. Publikation der Verbraucherzentrale NRW. 2. Auflage. Düsseldorf 2009. Kosten 9,90 Euro*

Von A wie Abgeltungsteuer bis Z wie Zinseszins listet das Verbraucherlexikon Begriffe rund um die Geldanlage alphabetisch auf und erläutert diese. Sparformen, Begriffe rund um den Vermögensaufbau und verschiedene Strategien der Altersvorsorge werden sorgfältig erklärt. Kleine Icons symbolisieren besondere Tipps, hohe Anlagerisiken oder wichtige Fachausdrücke und geben dem Buch so eine zusätzliche inhaltliche Struktur. Die lexikalische Form der Publikation macht es schwer bzw. nicht sehr sinnvoll, es von vorn bis hinten zu lesen. Als Nachschlagewerk ist es jedoch gut geeignet.

## Versichern

*Verbraucherzentrale Bundesverband (Hrsg.): Richtig versichert. Wer braucht welche Versicherung? Publikation der Verbraucherzentrale Bundesverband. 22. Auflage. Berlin 2008. Kosten 12,90 Euro*

Der Ratgeber informiert, welche Versicherungen auf dem Markt angeboten werden. Die Einleitung hilft dem Leser, seinen persönlichen Versicherungsbedarf zu erkennen, und dient damit als grundlegende Orientierung für die folgenden Kapitel, in denen alle Versicherungssparten, etwa Berufsunfähigkeits-, Unfall-, Haftpflicht- und Krankenversicherungen und viele andere, vorgestellt werden. Zudem gibt der Ratgeber Hinweise, was vor dem Abschluss einer Versicherung oder bei einem Anbieterwechsel zu beachten ist und wie man aus falschen bzw. unpassenden Versicherungsverträgen mit möglichst geringem finanziellem Verlust aussteigt.

# Glossar

## **ALLBUS**

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) erhebt aktuelle Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1980 wird alle zwei Jahre ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung mit einem teils konstanten, teils variablen Fragenprogramm befragt. Die Daten stehen unmittelbar nach ihrer benutzer-gerechten Aufbereitung und Dokumentation allen Interessenten für Forschung und Lehre zur Verfügung.

## **Dispositions kredit**

Eine Form des Konsumentenkredits. Nicht-Ratenkredit auf das Lohn und Gehaltskonto, der hauptsächlich zur Überbrückung kurzfristiger Engpässe genutzt wird.

## **Finanzverhalten**

Ländertypisches Zahlungsverhalten, Verschuldungsmuster, genutzte Kreditformen.

## **Haushaltsnettoeinkommen**

Das Haushaltsnettoeinkommen ergibt sich aus dem Haushaltsbruttoeinkommen vermindert um Einkommen- und Vermögensteuern, Pflichtbeiträge der Sozialversicherung und ab 1992 um den Solidaritätszuschlag. Das Haushaltsnettoeinkommen umfasst nicht die Auflösung von Ersparnissen, die Aufnahme von Krediten, den Verkauf von Vermögenswerten, Gewinne, Erbschaften etc.

## **Konsumentenkredit**

Auch als Konsumfinanzierung bezeichnet. Bezieht sich auf private Raten-, Nicht-Raten- und Dispositionskredite. Hypothekenkredite zählen nicht dazu.

## **Kredit**

Wortherkunft: credere (lat.) glauben, vertrauen. Befristete, gewerbliche Bereitstellung von Kaufkraft.

## **Kreditklemme**

Rückläufige Kreditdynamik, die aufgrund einer Einschränkung des Kreditangebots entsteht. Diese Einschränkung ist quantitativ so bedeutsam, dass sie ein maßgebliches konjunkturelles Risiko begründet. Da hierbei viele Faktoren seitens des Angebots und der Nachfrage einwirken, ist der Begriff in der Finanzwirtschaft nicht einheitlich definiert.

## **Kreditverhalten**

Die zugrundeliegende Motivation und der Umgang mit Aufnahme von Privatkrediten. Zu den meistverbreiteten Formen des Privatkredits gehören die Hypothek, der Raten- sowie der Dispositionskredit.

## **Kreditfähigkeit**

Finanzielle Rückzahlungsfähigkeit, basiert auf der voraussichtlichen, künftigen Einkommenssituation und des bisherigen Verhaltens bei Kreditrückzahlungen.

## **Kreditwürdigkeit**

Neben der Prüfung von Sicherheiten umfasst die Kreditwürdigkeit auch die bisherige „Kreditgeschichte“ bei der Kreditvergabe. Dabei wird insbesondere berücksichtigt, ob Kredite in der Vergangenheit über einen längeren Zeitraum vertragsgemäß bedient worden sind und ob es zu Zahlungsausfällen gekommen ist.

## **Negativmerkmal**

„Hartes“, bei der SCHUFA gespeichertes Negativmerkmal: Eidesstattliche Versicherung (EV), Haftbefehle zur Abgabe einer EV, Privatinsolvenz.

„Weiches“, bei der SCHUFA gespeichertes Negativmerkmal: Der SCHUFA angeschlossene Unternehmen melden Zahlungsausfälle als offene, ausreichend gemahnte und unbestrittene Forderungen.

### **Privatkredit**

Sämtliche ökonomisch und/oder juristisch geregelten Zahlungsverpflichtungen, die bei einer Einzelperson oder bei einem Haushalt entstehen können. Unterschieden wird grundsätzlich nach Finanz-, Waren- und Dienstleistungskrediten.

### **Privatverschuldungsindex (PVI)**

Der von der SCHUFA entwickelte Privatverschuldungsindex ist eine statistische Messzahl und zeigt, inwiefern kritische Anzeichen der privaten Verschuldung bzw. Überschuldungsgefahren in verschiedenen Regionen Deutschlands zu oder abgenommen haben. Mit dem Privatverschuldungsindex sind Prognosen möglich, die auf dem von der SCHUFA entwickelten Risikomodell und den dort definierten drei kritischen Warnsektoren Gelb, Orange und Rot basieren. Diese Sektoren enthalten jeweils eine Indikatoren-Kombination aus weichen und harten Negativmerkmalen wie beispielsweise einem Zahlungsausfall, einem Kreditausfall und/oder der Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung. Die PVI-Prognose ist einzigartig in der Überschuldungsforschung und zeigt, wie sich die kritischen Anzeichen der privaten Verschuldung über einen Zeitraum von etwa zwölf Monaten entwickeln werden.

### **Ratenkredit/Ratenzahlungskredit**

Der Ratenkredit hat seinen Ursprung in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts und wird häufig als Konsumentenkredit bezeichnet. Dabei macht er nur einen Teil der Konsumfinanzierung aus. Zu zwei Dritteln dienen die Ratenkredite der Absatzfinanzierung langlebiger Konsumgüter am Point of Sale. Das restliche Drittel wird in Form von Barkrediten zur freien Verwendung herausgelegt.

### **SCHUFA**

Der Name SCHUFA steht für „Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung“. Die SCHUFA verhilft zu einer schnellen und kosten-

günstigen Kreditaufnahme. Im Prinzip sind von nahezu jedem erwachsenen Bürger, der in Deutschland am Wirtschaftsleben teilnimmt, kreditrelevante Daten bei der SCHUFA notiert. Dies sind personenbezogene Daten wie Name, Geburtstag, Anschrift sowie andere kreditrelevante Daten wie Girokonto, Kreditkarte, laufende Kredite, Zahlungsausfälle etc. Die SCHUFA stellt den ihr angeschlossenen Unternehmen (z.B. Banken, Leasinggesellschaften, Handels- oder Telekommunikationsunternehmen) einen Teil der für das Geschäft erforderlichen Informationen zur Verfügung. Im Gegenzug melden die Unternehmen der SCHUFA Informationen zum Kreditverhalten ihres Kunden.

### **SCHUFA-Klausel**

Mit Unterzeichnung der SCHUFA-Klausel entbindet ein Verbraucher den Kreditgeber von der Bankgeheimnispflicht. Damit wird dem Kreditgeber ermöglicht, der SCHUFA Angaben über die Aufnahme und Abwicklung von Kreditgeschäften eines Verbrauchers zu liefern.

### **Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)**

Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) führt die Erhebung im jährlichen Rhythmus seit 1984 bei denselben Personen und Familien durch. Die Befragung umfasst 12.000 Haushalte mit insgesamt rund 23.000 Personen. Themenschwerpunkte sind u.a. Persönlichkeitsmerkmale, Erwerbs- und Familienbiographien, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe, Haushaltszusammensetzung, Wohnsituation, gesellschaftliche Partizipation, Zeitverwendung und Lebenszufriedenheit.

### **Überschuldung**

Es gibt keine allgemein gültige Definition für Überschuldung. Folgende Begriffsbestimmung beschreibt Überschuldung als einen Prozess:

- **Subjektive Überschuldung:** Die Person fühlt sich psychisch und finanziell überfordert, Schulden zurückzuzahlen.
- **Relative Überschuldung:** Trotz Reduzierung des Lebensstils reicht der Einkommensrest nach Abzug der Lebenshaltungskosten (Miete, Energie, Versicherung, Grundnah-

rungsmittel, öffentliche Verkehrsmittel, Telefon, Kleidung etc.) nicht zur fristgerechten Schuldentilgung aus. Relative Überschuldung eines Haushalts liegt dann vor, wenn trotz Reduzierung der Lebenshaltungskosten auf die Pfändungsfreigrenze (alternativ: Sozialhilfegrenze) der verbleibende Einkommensrest nicht ausreicht, um alle Zahlungsverpflichtungen aus Schulden zu erfüllen.

- **Absolute Überschuldung (Insolvenz):** Einkommen und Vermögen des Schuldners reichen nicht mehr aus, um die bestehenden Verbindlichkeiten zu decken.

### **Verschuldung**

Verschuldung ist jede Form des Eingehens von Zahlungsverpflichtungen und stellt ein normales, in vielen Haushalten unvermeidliches Verbraucherverhalten dar. Verschuldung meint daher lediglich die Kreditaufnahme und ist strikt von dem Begriff Überschuldung zu trennen.

### **Zahlungsausfall**

Offene, ausreichend gemahnte und unbestrittene Forderung, die der SCHUFA von den angeschlossenen Unternehmen gemeldet wurden. Siehe Negativmerkmal.

# SCHUFA macht Schule

## Alltagsnahe Unterrichtsmaterialien zum Thema Geld und Finanzen

Jeden Tag setzen sich engagierte Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitarbeiter von z.B. Schuldnerberatungen oder kirchlichen Einrichtungen dafür ein, jungen Menschen eine finanzielle Allgemeinbildung mit auf den Lebensweg zu geben, damit sie in Geldangelegenheiten reflektiert handeln können.

Mit „SCHUFA macht Schule“ möchten wir diese Menschen bei ihrer Arbeit unterstützen und damit einen Beitrag leisten, dass Jugendliche wirtschaftliche Zusammenhänge erkennen und Handlungskompetenz als Verbraucherinnen und Verbraucher erwerben.

In Zusammenarbeit mit Lehrerinnen, Lehrern und Schuldnerberatern wurden leicht verständliche Unterrichtsmaterialien zur Vermittlung von Finanzkompetenz entwickelt.

Die Materialien stehen **kostenlos zum Download** unter auf der Website von SCHUFA macht Schule zur Verfügung oder können dort kostenlos bestellt werden.

Außerdem bieten wir regelmäßig **kostenlose Informationsveranstaltungen** für interessierte Lehrerinnen und Lehrer an. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Website von SCHUFA macht Schule.



Materialien für den Unterricht:

- Im ersten Modul wird zunächst die Rolle von Informationen und Vertrauen im Wirtschaftsleben und insbesondere bei Kreditgeschäften vermittelt. Was genau sind überhaupt Kreditgeschäfte und welche Aufgabe hat die SCHUFA hierbei?
- Das zweite Modul dient zur Prävention von Ver- und Überschuldung bei Jugendlichen. In einer lebensnahen Geschichte werden mögliche finanzielle Fallstricke sowie Wege, wie man ein selbst- oder fremdverschuldetes Abrutschen in die Schuldenfalle verhindern kann, vorgestellt.

**Information und Download:**  
[www.SCHUFAmachtSchule.de](http://www.SCHUFAmachtSchule.de)

# SCHUFA Verbraucherbeirat

Für die Diskussion verbraucherrelevanter Themen hat die SCHUFA im Jahr 2008 einen unabhängigen Beirat als neutrale und öffentliche Instanz eingerichtet. Dieser Verbraucherbeirat nimmt gegenüber der SCHUFA die Funktion der öffentlichen „Spiegelung“ verbraucherrelevanter Themen wahr. Dem interdisziplinär besetzten Gremium gehören Persönlichkeiten verschiedener Institutionen, Verbände, Unternehmen und gesellschaftlicher Einrichtungen an.

## Arbeitsschwerpunkte

Zu den Arbeitsschwerpunkten des Verbraucherbeirates zählen folgende Themen:

- Finanz- und Konsumkompetenz
- Verbraucher- und Anbieterverhalten rund um Kredite
- Abbau asymmetrischer Informationen zwischen Kreditgebern und -nehmern
- Transparenz in Bonitätsbewertungs- und Kreditvergabeprozessen

- Einbeziehung des Verbrauchers in einen selbstbestimmten, sicheren und bewussten Umgang mit eigenen Daten

Ferner diskutiert der Beirat Grundlagen, Methoden und Ergebnisse zu Studien im Rahmen des **SCHUFA Kredit-Kompasses**, empfiehlt wissenschaftliche und/oder andere Projektaufträge und gibt Anregungen insbesondere hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und der publizistischen Schwerpunkte.

## Berichtinstanz für den SCHUFA-Ombudsmann

Der SCHUFA-Ombudsmann berichtet an den ebenfalls unabhängigen SCHUFA Verbraucherbeirat als neutrale und öffentliche Instanz. Neben regelmäßiger Berichterstattung legt der Ombudsmann dem Verbraucherbeirat einmal jährlich seinen Tätigkeitsbericht vor.

*Weitere Informationen finden Sie unter [www.SCHUFA-Verbraucherbeirat.de](http://www.SCHUFA-Verbraucherbeirat.de)*

# SCHUFA Kredit-Kompass

## Empirische Indikatoren der privaten Kreditaufnahme in Deutschland

Während Aktienindizes als Barometer an den Finanzmärkten eingesetzt werden, will der SCHUFA Kredit-Kompass

- Fakten und Trends zur Aufnahme von Konsumentenkrediten in Deutschland ermitteln und
- einen objektiven Beitrag zur Diskussion über die Finanzkultur, das Konsumverhalten sowie zur Überschuldungsforschung liefern.

Auf Basis des anonymisierten SCHUFA-Datenbestandes veröffentlicht das Unternehmen seit dem Jahr 2003 jährliche Analysen. Berücksichtigt wurden bislang unter anderem die folgenden Aspekte:

- Interesse der Verbraucher an Konsumentenkrediten
- Anzahl der neu abgeschlossenen Kreditverträge
- durchschnittliche Kreditverpflichtung pro Kopf
- Entwicklung von Zahlungsstörungen

- Anteil der ausgefallenen Kredite
- Risiken der privaten Kreditaufnahme

Das Messen ist das eine, die Diagnose das andere. Daher hat die SCHUFA durch die Mitwirkung angesehener Experten und Institutionen seit dem Jahr 2003 rund 20 Studien in Auftrag gegeben bzw. veröffentlicht – unter anderem zu folgenden Schwerpunkten:

- Kreditkultur in Deutschland
- Wege in die Überschuldung
- Überschuldung und Armut
- Kinder / Jugendliche im Umgang mit Geld
- Leben in der Privatinsolvenz
- SCHUFA-freie Kredite
- privates Haushaltsmanagement

*Alle Ergebnisse des SCHUFA Kredit-Kompasses sowie alle Studien zum Download finden Sie unter [www.SCHUFA-Kredit-Kompass.de](http://www.SCHUFA-Kredit-Kompass.de)*

# Studien in der Wissenschaftsreihe SCHUFA Kredit-Kompass (eine Auswahl)

Für die Wissenschaftsreihe Kredit-Kompass hat die SCHUFA in den vergangenen Jahren zahlreiche externe Analysen in Auftrag gegeben und veröffentlicht. Die Ergebnisse der Studien liefern im Zusammenhang mit den regelmäßigen Auswertungen des SCHUFA-Datenbestands wichtige Erkenntnisse zur Konsum- und Finanzkultur, zu den Hintergründen der privaten Kreditaufnahme und auch zu deren Risiken. Nachfolgend eine Auswahl an Studien.

Alle Studien ab dem Jahr 2003 finden Sie zum Download unter [www.SCHUFA-Kredit-Kompass.de](http://www.SCHUFA-Kredit-Kompass.de)

## Kreditkultur

### 60 Jahre Bundesrepublik, 60 Jahre Konsumentenkredit – eine Bestandsaufnahme

Wie unterscheidet sich die heutige Kreditaufnahme von ihren Anfängen in den 50er Jahren? Welche Impulse kann der Konsumentenkredit für Wachstum und Konjunktur geben? In einem historischen Überblick werden die verschiedenen Ausprägungen des Konsumentenkredits sowie die Entwicklung der Konsumfinanzierung im Kontext der zurückliegenden Wirtschaftskrisen 1972/73, 1981/82, 1993 und 2000/2001 dargestellt.

Erscheinungsjahr: 2010

*Autor: Theophil Graband, Vorstandsvorsitzender der VR Leasing AG, Aufsichtsratsvorsitzender der SCHUFA Holding AG.*

### Finanzkulturen in Europa: Ähnlichkeiten und Unterschiede

In den vergangenen 20 Jahren ist der Konsum der privaten Haushalte in den meisten industrialisierten Ländern gestiegen. Daraufhin sind Konsumentenkredite zu einer weitverbreiteten Form der Konsumfinanzierung geworden, und die Sparquote ist gesunken. Welche Faktoren beeinflussen die Vergabe und die Inanspruchnahme

von Krediten an Privatpersonen in ausgewählten europäischen Ländern? Die Studie geht den Fragen nach, welche Finanzkulturen in Europa bestehen und wie sie sich auf das Spar- und Konsumentenverhalten der Bevölkerung auswirken.

Erscheinungsjahr: 2010

*Autoren: Prof. Dr. Lucia Reisch, Professorin für interkulturelles Konsumentenverhalten und Verbraucherpolitik an der Copenhagen Business School; Dr. oec. Wencke Gwozdz, PostDoc an der Copenhagen Business School, Department of Intercultural Communication and Management.*

## „SCHUFA-freie Kredite“

### „SCHUFA-frei“: Statt Kredit nur draufgezahlt

Im Teletext, im Internet oder in der Zeitung – überall findet man Angebote für „Kredite ohne SCHUFA“, Verbraucherkredite, die angeblich ohne aufwendige Antragstellung und Auskunft durch die SCHUFA zustande kommen sollen. Durch die Anonymität der neuen Kommunikationskanäle wächst die Zahl dieser Angebote beständig. Die Studie prüft, was hinter diesen Offerten steckt, und untersucht die Verbreitung unseriöser Praktiken bei der Vermittlung von

Verbraucherkredit. Dabei sollen das öffentliche Bewusstsein für die unseriösen Praktiken der Kreditvermittlung und die weitestgehend unbekannte Gefahr einer Überschuldung geschärft werden und die Studie als eine Informationsgrundlage für Präventionsansätze dienen. Erscheinungsjahr: 2007

*Autoren: Prof. Dr. Hugo Grote, Dozent für Wirtschaftsprivatrecht und Sozialrecht an der Fachhochschule in Koblenz; Christian Maltry, Schuldnerberater am Landratsamt Main-Spessart, Karlstadt und Koordinator des Arbeitskreises „Geschäfte mit der Armut“.*

## Jugend/junge Erwachsene

### Jugend und Geld

Die in der Öffentlichkeit weitverbreitete Meinung, dass minderjährige Kinder und Jugendliche zunehmend in die Ver- und Überschuldungsfalle geraten, war Anlass für die repräsentative Befragung von 1.003 Kindern und Jugendlichen im Alter von zehn bis 17 Jahren. Untersucht wurden der Kauf und die Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und, inwiefern das Mobiltelefon zu einer Ver- und Überschuldung beiträgt. Außerdem werden u.a. die Finanzerziehung, die Einnahmesituation und das Sparverhalten von Jugendlichen betrachtet.

Erscheinungsjahr: 2006

*Autoren: Prof. Dr. Elmar Lange, Universitätsprofessor für Soziologie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld; Dr. Karin R. Fries, Research Director und Head of Synovate Kids+Teens in München (ehemals Institut für Jugendforschung).*

### Sozialprofile ver- und überschuldeter junger Erwachsener

Welche charakteristischen Merkmale kennzeichnen Ver- bzw. Überschuldungssituationen bei jungen Erwachsenen? Die Auswertungen der

Schuldnerberaterdaten CAWIN und des SOEP ermöglichen Aussagen über Trends der Ver- und Überschuldung junger Erwachsener zwischen 18 und 24 Jahren. Hintergrund ist, dass sich bei jungen ver- und überschuldeten Personen Unterschiede feststellen lassen hinsichtlich der Wohn- und Lebensform, der Höhe der Restschulden, des Geschlechtes und des Erwerbsstatus.

Erscheinungsjahr: 2005

*Autoren: Prof. Dr. Udo Reifner, Jurist, Direktor des Instituts für Finanzdienstleistungen e.V. in Hamburg, seit 1981 Professor für Wirtschaftsrecht an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Berater bei Verbänden, Ministerien und der EU-Kommission; Dr. Dr. Gunther E. Zimmermann, Mathematiker und Soziologe, seit 2000 freiberuflicher Sozialwissenschaftler und Armutsforscher. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Themen wie soziale Ungleichheit, Armut, Überschuldung. Mitglied des Gutachtergremiums für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.*

## Privatinsolvenz

### Erste Längsschnittstudie zum Leben in der Verbraucherinsolvenz: eine zweite Chance für alle gescheiterten Schuldner?

„Endlich jemand, der sich für uns interessiert“, so lautete der Tenor der 762 Teilnehmer an der in Deutschland einmaligen Untersuchung zum Leben in der Verbraucherinsolvenz. Die Diskussion um das Verbraucherinsolvenzverfahren kann von der moralischen Ebene auf eine empirisch fundierte verlagert werden. Nicht die vermeintliche Schuld der Schuldner an den Schulden und die Angst vor einer moralischen Unterhöhnung der Gesellschaft stehen dann im Vordergrund der Diskussion, sondern vielmehr Funktion und Nutzen bestehender Regelungen für die Reintegration und Reinklusion der Betroffenen in die Gesellschaft.

Erscheinungsjahr: 2010

*Autor: Dr. Götz Lechner, Soziologe, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Soziologie der TU*

*Chemnitz; die Längsschnittstudie zur Evaluation des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurde durch den Verbraucherbeirat der SCHUFA Holding AG initiiert (www.SCHUFA-Verbraucherbeirat.de).*

### **Daten zum Leben in der Verbraucherinsolvenz**

Welchen soziodemographischen Hintergrund haben Menschen, die sich im Verbraucherinsolvenzverfahren befinden? In dem Forschungsprojekt der Technischen Universität Chemnitz wurden die soziodemographischen Merkmale von 1.600 Personen untersucht, die in den Jahren 2005 und 2006 ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet hatten. Neben der Beschreibung von Ursachendimensionen für die Entstehung der absoluten Überschuldung skizziert die Untersuchung auch verschiedene Überschuldungsgefahren, Gläubigerstrukturen sowie den Verlauf und die Wirkung des Insolvenzverfahrens.

Erscheinungsjahr: 2007

*Autoren: Prof. Dr. Wolfram Backert, Professor am Lehrstuhl für allgemeine Soziologie an der Technischen Universität Chemnitz; Dr. Götz Lechner, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Dietmar Brock am Lehrstuhl für allgemeine Soziologie an der Technischen Universität Chemnitz.*

## **Überschuldungsforschung, Armut und Überschuldung**

### **Verschuldung als soziale Lebenslage**

Die Studie basiert auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) von 2005 sowie des SOEP-Pretests zum Personenfragebogen von 2006 und untersucht, inwiefern nicht nur soziale und personenbedingte Faktoren für

finanzielle Engpässe oder eine kritische Verschuldung verantwortlich sind, sondern welchen Stellenwert dabei der soziale Hintergrund einer Person einnimmt. Über die üblichen Sozialdaten (Alter, Geschlecht, Höhe des Schulabschlusses, Lebensform, Arbeitslosigkeit) hinaus wurden daher auch Persönlichkeitsvariablen berücksichtigt und die Indikatoren für Überschuldung durch subjektive Einschätzungen erweitert. Hängen bestimmte persönliche Eigenschaften stärker oder schwächer mit finanziellen Engpässen zusammen?

Erscheinungsjahr: 2006

*Autoren: Dr. Dr. Detlef Oesterreich, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin; Dr. Eva Schulze, geschäftsführende Gesellschafterin und wissenschaftliche Leiterin der BIS Berliner Institut für Sozialforschung GmbH.*

### **Wege aus der Verschuldung**

Die Untersuchung beschäftigt sich mit der Frage, welche persönlichen Verhaltensstrategien in finanziell kritischen Lebenssituationen zum Erfolg führen und welche nicht. Wie unterscheiden sich die Vorgehensweisen von Kreditnehmern bei gelingenden und misslingenden Kreditbedienungen? Dabei legt die Studie Grundlagen für die Unterstützung des selbstverantwortlichen Verhaltens beim Selbstmanagement in finanziell kritischen Lebenssituationen. Hierzu werden anhand der Untersuchungen aus dem Schulden-Kompass 2003 die Untersuchungen zum „Zahlungswissen“ und zur „Schuldenneigung“ ergänzend ausgewertet. Erscheinungsjahr: 2004

*Autoren: Prof. Dr. Winfried Hacker, Professor für Arbeits- und Organisationspsychologie und Allgemeine Psychologie an der Technischen Universität Dresden; Dr. Peggy Looks, wissenschaftliche Mitarbeiterin von Prof. Dr. Winfried Hacker.*

# Abkürzungsverzeichnis

<b>ALLBUS</b>	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
<b>BMELV</b>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>DIW</b>	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
<b>EV</b>	Eidesstattliche Versicherung
<b>IAB</b>	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
<b>IKT</b>	Informations- und Kommunikationstechnologie
<b>OECD</b>	Organisation for Economic Co-operation and Development/ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>PVI</b>	Privatverschuldungsindex
<b>SCHUFA</b>	Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung
<b>SOEP</b>	Sozio-oekonomisches Panel

# Abbildungsverzeichnis

## 3 Wandel der Alltags- und Lebensökonomie

Abb. 3.1:	Verhaltenswissenschaftliches Handlungsmodell	15
Abb. 3.2:	Entwicklung der Zahl der Haushalte und der Haushaltsgrößen	17
Abb. 3.3:	Entwicklung der Zahl der Eheschließungen und der Ehescheidungen	18
Abb. 3.4:	Entwicklung der Zahl der Alleinerziehenden	19
Abb. 3.5:	Entwicklung der Zahl der abhängig Beschäftigten im Haupt-, Zu- und Nebenerwerb	21
Abb. 3.6:	Entwicklung der Zahl der Selbständigen im Haupt-, Zu- und Nebenerwerb	22
Abb. 3.7:	Entwicklung der Zahl der bestandenen Hochschulprüfungen	23
Abb. 3.8:	Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen	24
Abb. 3.9:	Struktur der Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts	25
Abb. 3.10:	Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten IKT-Gütern	27
Abb. 3.11:	Entwicklung der Zahl der Riester-Verträge	29

## 5 Finanzmanagement in deutschen Haushalten

Abb. 5.1:	„Eigenes Geld“ zu verdienen ist neun von zehn Befragten wichtig	35
Abb. 5.2:	Mehr als die Hälfte findet es immer komplizierter, die Finanzen im Griff zu behalten	36
Abb. 5.3:	Hohe Lebenshaltungskosten erschweren das Finanzmanagement	36
Abb. 5.4:	Unsicherheit bei Haushalten mit geringem Haushaltseinkommen	37
Abb. 5.5:	Über drei Viertel planen ihre Finanzen langfristig	38
Abb. 5.6:	Haushalte mit wenig Geld kaufen nicht gern ein	39
Abb. 5.7:	Konsumenten geben sich umweltbewusst	40
Abb. 5.8:	Bei der Freizeitgestaltung wird nicht gern gespart	40
Abb. 5.9:	Ältere fahren eher Rad, Jüngere sparen am Urlaub	41
Abb. 5.10:	Beschäftigung mit privater Altersvorsorge nicht selbstverständlich	43
Abb. 5.11:	Mit Altersvorsorge beschäftigen sich die meisten erst ab 30	43
Abb. 5.12:	Männer kümmern sich häufiger „intensiv“ um Immobilien und Geldanlage	45
Abb. 5.13:	Auch Gutverdiener beschäftigen sich mit Konsumkrediten oder Ratenzahlung	45
Abb. 5.14:	Über neun von zehn Befragten halten sich für gute Finanzmanager	46
Abb. 5.15:	Telefonkosten klarer als Ausgaben für Kleidung	47
Abb. 5.16:	Gute Haushaltsmanager meinen, ihre Kosten zu kennen	47
Abb. 5.17:	Unter 30-Jährige und Geringverdiener haben oft schlechten Überblick	48
Abb. 5.18:	Nur drei von zehn Haushalten führen Buch über Einnahmen und Ausgaben	49
Abb. 5.19:	Wer ein Haushaltsbuch führt, kennt seine Kosten besser	49
Abb. 5.20:	Junge Haushalte führen ihr Haushaltsbuch lieber am PC	50
Abb. 5.21:	Über die Hälfte der Befragten spart nicht	51
Abb. 5.22:	Geschiedene haben eher Probleme, mit ihrem Einkommen auszukommen	52
Abb. 5.23:	Befragte nach Geschlecht	54

Abb. 5.24:	Befragte nach Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder	55
Abb. 5.25:	Befragte nach Altersklassen	55
Abb. 5.26:	Befragte nach Familienstand	55
Abb. 5.27:	Befragte nach Haushaltsnettoeinkommen	55

## 6 Private Kreditaufnahme in Deutschland

Abb. 6.1:	Interesse an Krediten sinkt wieder	56
Abb. 6.2:	Konsumenten schließen weniger Kreditverträge ab	57
Abb. 6.3:	Kleine Kredite werden attraktiver	57
Abb. 6.4:	Durchschnittliche Höhe neu aufgenommener Kredite sinkt	58
Abb. 6.5:	Ältere nehmen verstärkt Kredite in Anspruch	58
Abb. 6.6:	Durchschnittliche Restschuld nimmt 2010 weiter ab	59
Abb. 6.7:	Anstieg der ausgefallenen Ratenkredite in den Altersgruppen unter 30 Jahren	60
Abb. 6.8:	Anteil der unter 30-Jährigen mit Negativmerkmal sinkt	61
Abb. 6.9:	Anteil der Personen mit weichem Negativmerkmal gegenüber 2009 konstant	62
Abb. 6.10:	Anteil der Personen mit hartem Negativmerkmal steigt leicht	62
Abb. 6.11:	Zahlungsschwierigkeiten in Berlin und Bremen besonders hoch	63

### Karten

Karte 6.1:	Menschen im Norden Deutschlands haben häufiger Zahlungsschwierigkeiten	64
Karte 6.2:	Anteile der Personen mit weichen Negativmerkmalen im Westen und im Nordosten besonders hoch	65
Karte 6.3:	Anteile der Personen mit hartem Negativmerkmal im Süden Deutschlands selten über 4,2 Prozent	66
Karte 6.4:	Privatverschuldungsindex in den Bundesländern	70
Karte 6.5:	Privatverschuldungsindex in den Kreisen und kreisfreien Städten	71

### Tabellen

Tab. 6.1:	Einstufung der Bevölkerung nach Risikostufen konstant	67
Tab. 6.2:	Regionale Ungleichgewichte beim Privatverschuldungsindex nehmen zu	69
Tab. 6.3:	Tabellarische PVI-Übersichten zu 412 Kreisen	74

# Fragebogen der Bevölkerungsbefragung

## MODUL A: Werthaltungen und Orientierungswissen

### Frage A1a)

Zunächst einmal ganz allgemein zum Thema „Konsum und Geld“. Ich lese Ihnen dazu jetzt einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die Aussage „voll und ganz“, „eher“, „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ auf Sie zutrifft. Wie ist es mit ...?

- a) Es ist mir wichtig, mein eigenes Geld zu verdienen.
- b) Ich glaube, dass ich durch mein Konsumverhalten Einfluss auf unsere Wirtschaft und das Warenangebot habe.
- c) Ich empfinde unsere Gesellschaft als zu konsumorientiert.
- d) Bei finanziellen Entscheidungen fühle ich mich oft unsicher.
- e) Es wird immer komplizierter, die Finanzen für den eigenen Haushalt im Griff zu behalten.
- f) Ich finde es anstrengend, mich mit meinem Haushaltsbudget zu beschäftigen.

### Frage A1b)

*Sofern Frage A1e) = „Trifft voll und ganz/eher zu“*

Sie sagten eben, dass es für Sie immer komplizierter wird, die Haushaltsfinanzen im Griff zu behalten. Was sind die Gründe dafür?

### Frage A2

Jetzt einmal dazu, wie Sie konkret mit Geld umgehen. Ich lese Ihnen wieder einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir wieder, ob die Aussage „voll und ganz“, „eher“, „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ auf Sie zutrifft. Wie ist es mit ...?

- a) Ich versuche, so viel wie möglich zu sparen.
- b) Ich plane meine Finanzen langfristig und verfolge damit klare Ziele.
- c) Ich finanziere hin und wieder kleinere Anschaffungen durch Ratenzahlung oder einen Kredit.
- d) Ich gehe gern shoppen und kaufe auch mal Dinge, die ich nicht unbedingt brauche.
- e) Ich habe keinen Spaß am Einkaufen, da ich zu wenig Geld habe.
- f) Es gibt Produkte, die ich aus ethischen oder umweltbezogenen Gründen nicht kaufe, wie z.B. Eier aus Legebatterien oder Möbel aus Teakholz.

**MODUL B: Finanzwissen****Frage B1**

Mit welchen der folgenden finanziellen Themen haben Sie sich schon beschäftigt? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie sich damit bis jetzt „intensiv“, „ein wenig“ oder „gar nicht“ beschäftigt haben.

- a) Private Altersvorsorge
- b) Berufsunfähigkeit
- c) Sicherheitsorientierte Geldanlage wie z.B. Tagesgeldkonto oder Sparbuch
- d) Renditeorientierte Geldanlage wie z.B. Investmentfonds oder Aktienfonds
- e) Möglichkeiten der alltäglichen Budgetplanung und -kontrolle wie z.B. Haushaltsbuch führen
- f) Konsumkredite und Ratenkauf z.B. für den Kauf von Haushalts- oder Elektrogeräten oder Möbeln
- g) Kauf einer Immobilie, z.B. einer Eigentumswohnung oder eines Hauses

**MODUL C: Finanzielles Alltagswissen und Handlungskompetenz****Frage C1**

Was würden Sie sagen: Wie gut können Sie die Finanzen Ihres Haushalts regeln bzw. managen?  
„Sehr gut“, „gut“, „eher nicht so gut“ oder „schlecht“?

- 1 sehr gut
- 2 gut
- 3 eher nicht so gut
- 4 schlecht

**Frage C2**

Manche Menschen kontrollieren regelmäßig die Einnahmen und Ausgaben ihres Haushalts.  
Wie ist das bei Ihnen? Welche der folgenden Kontrollmöglichkeiten nutzen Sie oder eine andere Person in Ihrem Haushalt?

- 1 Eine handschriftliche Buchführung, also ein schriftliches Haushaltsbuch
- 2 Eine PC-basierte Buchführung, also ein Haushaltsbuch am Computer
- 3 Systematische Kontrolle der Kontoauszüge
- 4 Festlegung und Kontrolle von Teilbudgets, z.B. für Kleidung oder Lebensmittel
- 5 Spontan: Sonstiges, und zwar:

- 
- 6 nichts davon

**Frage C3**

Wie genau haben Sie die Ausgaben für Ihren Haushalt im Kopf? Ich nenne Ihnen einige Kosten, die in einem Haushalt anfallen können. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie dafür die Höhe der jeweiligen Ausgaben spontan – also ohne nachzusehen – nennen könnten. Sie müssen uns keinen konkreten Betrag nennen, sondern nur, ob Sie die Höhe der Kosten „genau“, „ungefähr“ oder „gar nicht“ nennen könnten. Wie ist es mit ...?

- a) Ihren monatlichen Ausgaben für Lebensmittel
- b) Ihren monatlichen Telefonkosten – also für Festnetz und Handy
- c) Ihren monatlichen Kosten für Mobilität – also für das Auto oder Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- d) Ihren jährlichen Ausgaben für Kleidung
- e) Ihren jährlichen Kosten für Versicherungen – z.B. Hausrat, Haftpflicht

**Frage C4**

Es gibt ja viele Möglichkeiten, im Alltag Geld zu sparen. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen dazu vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die Aussage „voll und ganz“, „eher“, „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ auf Sie zutrifft. Wie ist es mit ...?

- a) Beim Lebensmitteleinkauf richte ich mich danach, was im Sonderangebot ist.
- b) Ich versuche bei Freizeitaktivitäten zu sparen, z.B. beim Ausgehen, beim Sport oder bei Hobbys.
- c) Ich lege so viele Wege wie möglich zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück.
- d) Vor größeren Anschaffungen stelle ich umfassende Preisvergleiche an.
- e) Ich verzichte auf teure Urlaube.
- f) Haushaltstätigkeiten wie Putzen, Bügeln oder Nähen erledige ich selbst.

**Frage C5**

Nun interessiert mich, wie Sie mit dem Ihnen zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommen auskommen. Ich lese Ihnen dazu vier Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir, welche davon am ehesten auf Sie zutrifft.

- 1 Ich komme gut mit meinem Einkommen aus und kann meist noch Geld sparen.
- 2 Ich komme gut mit meinem Einkommen aus, zum Sparen bleibt aber nichts übrig.
- 3 Ich komme gerade so mit meinem Einkommen aus. Manchmal wird es aber knapp, so dass ich kurzfristig mein Konto überziehen oder mir Geld leihen muss.
- 4 Mein Einkommen ist so gering, dass ich nicht damit auskommen kann.

## Impressum

### Haftungsausschluss:

Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhaltes sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernehmen Redaktion und Herausgeber keine Gewähr.

© März 2011

### Herausgeber:

SCHUFA Holding AG  
Kormoranweg 5  
65201 Wiesbaden

### Projektleitung: Tanja Panhans

Fachliche Expertise: Sven Albrecht, Stefanie Daum, Dr. Dogan Argac

### Verantwortliche Redakteurin: Dr. Annika Ollrog,

F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen  
GmbH, Mainzer Landstraße 199, 60326 Frankfurt am Main  
Gestaltung und Satz: Christine Lambert, F.A.Z.-Institut  
Lektorat: Vera Pfeiffer, F.A.Z.-Institut

Bevölkerungsbefragung: forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, Max-Beer-Straße 2, 10119 Berlin

Druck und Verarbeitung: Boschen Offsetdruck GmbH,  
Alpenroder Straße 14, 65936 Frankfurt am Main  
(mit Ökofarben gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Holzwirtschaft)

Diese Studie wurde klimaneutral hergestellt.

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wurde durch Klimaschutzprojekte neutralisiert.



ISBN: 978-3-89981-661-7



**Kontakt:**

SCHUFA Holding AG  
SCHUFA Kredit-Kompass  
Kormoranweg 5  
65201 Wiesbaden

E-Mail: [SCHUFA-Kredit-Kompass@schufa.de](mailto:SCHUFA-Kredit-Kompass@schufa.de)  
[www.SCHUFA-Kredit-Kompass.de](http://www.SCHUFA-Kredit-Kompass.de)

Wir schaffen Vertrauen

ISBN: 978-3-89981-661-7



**schufa**